H 8040 F
ISSN 1619-1404
24. Jahrgang
Nummer 143
Juli | August 2013
3,00 Euro

# der rechte rand

**magazin** von und für antifaschistInnen



## »IDENTITÄRE BEWEGUNG«

Liebe Leserinnen und Leser,

mit großem Polizeiaufgebot und öffentlichem Tamtam durchsuchten Bundesanwaltschaft und Polizei im Juli die Wohnungen von Neonazis in Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz. Sie werden beschuldigt, ein neues Terrornetz aufgebaut zu haben. Verwunderlich ist das nicht. Denn dass Neonazis Attentate auf MigrantInnen und GegnerInnen planen, Waffen sammeln und Schießtrainings durchführen, ist altbekannt. Und auch die Personen, um die es in diesem Fall geht, sind seit Jahr und Tag den Behörden und aufmerksamen BeobachterInnen der Neonazi-Szene als Teil militanter Strukturen bekannt. Positiv ist, dass der Staat die Bedrohung von rechts seit der Selbstenttarnung des NSU ernster nimmt. Doch warum gewalttätige und kriminelle Neonazi-Strukturen immer wieder und über Jahre unter den Augen der Behörden agieren können, bevor es irgendwann mal zu einer Reaktion kommt, bleibt fraglich. Die Vorgänge um das länderübergreifende Netzwerk »Objekt 21« – von Österreich über Bayern nach Thüringen – oder nun die neue, noch namenlose Truppe lassen mit Blick auf die deutschen Behörden immer wieder Ratlosigkeit zurück. In Frankreich dauerte es keine zwei Monate, bis als Reaktion auf den Mord an einem Antifaschisten in Paris durch Neonazis drei Organisationen verboten wurden.

Die bisher vorgestellten »Verfassungsschutzberichte« aus Bund und Ländern bieten dagegen wieder dieselben alten Textbausteine – vielleicht mit ein paar neuen Zahlen und Namen so aktualisiert, dass ihre Substanzlosigkeit nicht sofort auffällt. In Thüringen – um nur ein Beispiel zu nennen – liegt die Zahl der staatlich gezählten RechtsRock-Konzerte mit 12 deutlich unter den 23 Veranstaltungen, die von Initiativen und Beratungsstellen gegen Rechts aufgelistet wurden. Die Begründung der Behörden für die geringere Zahl: Wenn ein Nazirock-Festival als Kundgebung angemeldet werde, gelte es nicht als Konzert. Auch so kann man – verwaltungstechnisch korrekt – Entwarnung blasen. Unterdessen enthüllen der Prozess gegen den NSU, die Recherchen von JournalistInnen und die Untersuchungsausschüsse weiterhin Unglaubliches – und kaum jemanden interessiert es mehr. Sicherheitsbehörden und Regierung basteln stattdessen unbeirrt und fast lautlos an einer massiven Verschärfung der »inneren Sicherheit«. Mehr Spitzeln lautet das Fazit aus der Causa NSU.

Schwerpunkt dieser umfangreicheren Sommerausgabe ist ein großer Blick auf die noch kleine »Identitäre Bewegung«. Die zeitweise mediale Aufmerksamkeit, die starke Präsenz in den Social Networks, die ideologische Unterfütterung aus dem Spektrum der sogenannten Neuen Rechten und ihre Nähe zu Neonazis machen das Thema, dieses Milieu und ihre Aktionen interessant. Womöglich sogar politisch gefährlich.

Wir wünschen interessante Lektüre bei sonnigem Wetter.

# Deutsche Stimme

## Thüringens neuer Regierungssprecher Karl-Eckhard Hahn war Vordenker der »Neuen Rechten« und Funktionär der »Deutschen Gildenschaft«.

**von Ernst Kovahl**



^ *Hahn*

Die neue Stimme Thüringens klingt sehr deutsch. Seit dem 1. Juli 2013 ist Karl-Eckhard Hahn Sprecher der Landesregierung aus CDU und SPD. Er verantwortet die Kommunikation der Regierung und der Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU). Der Vertraute der Regierungschefin war Funktionär der völkisch geprägten »Deutschen Gildenschaft« (DG), Autor in »neu-rechten« Publikationen und Redakteur des Rechtsblättchens »Phönix«.

**Kulturrevolution**

Hahn studierte ab 1982 in Göttingen und trat der örtlichen Sektion der DG, der »Trutzburg Jena zu Göttingen«, bei. Die DG schrieb 2006 stolz, er sei damals »der Aktivposten der Junggilde« gewesen. Dort war zeitgleich der spätere Mentor der Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF), Karlheinz Weißmann, Mitglied. 1983 begann Hahn, in der Zeitschrift »Phönix« zu schreiben, ein antikommunistisches und nationalistisches Blatt aus dem Dunstkreis der »Jungen Union« und junger »Vertriebener«. Hahn und Weißmann stiegen dann 1984 in die Redaktion ein. Weißmann schrieb Porträts über Theoritiker der »Konservativen Revolution« und Stichwortgeber des Faschismus, wie Julius Evola, Edgar Julius Jung, Carl Schmitt oder den Vordenker der »Neuen Rechten« Armin Mohler. Porträts nationalrevolutionärer Zeitschriften, Warnungen vor Grünen und SPD, Aufsätze über die »positiven Aspekte« der Apartheid in Südafrika oder Leseempfehlungen für die Bücher rechter Autoren, wie Alain de Benoist oder Andreas Mölzer, füllten die Hefte – und immer wieder die »Ostgebiete«. So schrieb Hahn beispielsweise, es bestehe für Deutschland »zweifelsohne« ein »moralischer und völkerrechtlicher Anspruch auf die durch politische Willkür verlorenen Gebiete«. Er berichtete über »Donauschwaben« in Ungarn und die deutschen »Landsleute« in Norditalien. »Reeducation«, eine »totale Nationenvergessenheit« und eine »bußfertige Geschichtsschreibung« präge Deutschland, kritisierte er 1983.
In der »Phönix« wurden früh die Debatten geführt, die sich später – teils mit denselben Autoren – in den Zeitschriften »Etappe«, JF oder »Sezession« wiederfinden. Das Ziel war die Rekonstruktion eines deutsch-nationalen und völkisch geprägten Konservatismus. Die Aufgabe des Heftes sei es, so schrieb die Redaktion 1985, »Beiträge zu einer Kulturrevolution von rechts zu liefern«. »Der Spiegel« befand im selben Jahr, »Phönix« läge »auf Neonazi-Kurs«. Hahn war bis 1986 Redakteur.

**Autor**

Hahn schrieb seit Ende der 1980er Jahre in »Criticón«, dem »Ostpreußenblatt« und in der »Zeitenwende« sowie Anfang der 1990er Jahre in Büchern der »Neuen Rechten«. So steuerte er für die Standardwerke »Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland« (1993), »Die Selbstbewußte Nation« (1994) und das »Lexikon des Konservatismus« (1996) Aufsätze über Geopolitik und die zu geringe Macht Deutschlands bei. 1988 und 1989 schrieb er mehrfach in der neuen Zeitschrift »Etappe«. »Der Anstoß zur Gründung [...] kam von Personen, die den Kern der Autorenschaft der Zeitschrift Phönix bildeten«, schrieb Gründer Heinz-Theo Hofmann. Das Blatt verortete sich »im nationalen Lager«, richtete sich an einen elitären, akademischen Kreis und bemühte sich mit einschlägigen Autoren, wie Weißmann oder Günter Maschke, um die Etablierung eines rechten Zeitgeistes.

**Aktivist**

Hahn engagierte sich auch in der Göttinger »Konservativen Hochschulliste«, die nach einer Vortragsreihe in der DG zu den rechten Denkern Carl Schmitt, Arnold Gehlen, Oswald Spengler und Armin Mohler gegründet worden war und 1984 zu den Hochschulwahlen antrat, um Politik »im Sinne der erwähnten konservativen Köpfe« zu machen. In der DG war Hahn von 1984 bis 1988 »Aktivensprecher«, 1998 wurde er in den Beirat des DG-Vorstandes gewählt. Maßgeblich dürfte Hahn die DG durch seine Arbeit als stellvertretender Schriftleiter (1995 - 2003) der »Blätter der Deutschen Gildenschaft« an der Seite von Kurt Heißig geprägt haben. Zum 75. Gründungstag der DG 1998 hielt er eine zentrale Rede auf dem »Jubiläums-Bundestag« und schrieb in der Festschrift »Im Strom der Zeit« zur Geschichte des Bundes – neben einem programmatischen Aufsatz von Weißmann. Die Nähe der DG zur »Neuen Rechten« war offensichtlich.

**Netzwerk**

Hahns Karriere ist eng mit Lieberknecht verknüpft. Seit 1992 begleitet er sie als Grundsatzreferent und Pressesprecher in ihren Ämtern als Ministerin, Landtagspräsidentin und Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion. Als sie 2008 erneut Ministerin und 2009 Regierungschefin wurde, blieb Hahn Mitarbeiter in der Fraktion, nun wurde er ihr erneut an die Seite gestellt. Hahn zeigt, dass das Netz der DG funktioniert. In unterschiedlichen Strukturen der deutschen Rechten – vom Konservatismus bis zur extremen Rechten – finden sich Gildenschafter in einflussreichen Positionen. Der Bund steht in der Tradition der »Deutsch-Akademischen Gildenschaft«, die in den 1920er und 30er Jahren »Ostforscher«, »Volksgruppen-Theoretiker« und Vordenker des Faschismus hervorbrachte. Auch maßgebliche Strukturen der »Neuen Rechten« wurden von Gildenschaftern aufgebaut: »Criticón«, »Phoenix«, die vom Gildenschafter Dieter Stein (»Balmung zu Freiburg«) gegründete JF sowie das von Weißmann inspirierte und vom ehemaligen DG-Funktionär Götz Kubitschek (»Gilde Hermann Löns«) realsierte »Institut für Staatspolitik«. 1994 warnte der CDU-Politiker Friedbert Pflüger vor einer »Erosion der Abgrenzung« zwischen der CDU/CSU und »Neu-Rechten«. Heute interessieren solche Warnungen nicht mehr.

# Die Freiheit des Holocaust-Leugners



Deutsche Richter sorgten dafür, dass der Holocaust-Leugner David Irving wieder in Deutschland auftreten kann. Am 10. September 2013 kommt er nach Berlin, um über »Redefreiheit« und »Wahre Geschichtsschreibung« zu sprechen – und meint damit die Leugnung des Holocaust.

**von Ernst Kovahl**

»David Irving spricht wieder in Deutschland!«, jubelt sein Verlag »Focal Point Publications«. Auch die Facebook-Fanpage des britischen Holocaust-Leugners Irving wirbt für den Vortrag am 10. September 2013 in Berlin. 120 Dollar kosten die Tickets. Erstmals seit 1993 wird Irving wieder öffentlich in Deutschland einen Vortrag halten können – »mit anschließendem Abendessen im Herzen Berlins«. Er werde über »Redefreiheit« (»freedom of speech«) und die »Risiken der Wahren Geschichtsschreibung« (»the perils of writing Real History«) sprechen, heißt es. »Es wird ein einmaliges Erlebnis werden«, verspricht der Veranstalter.

**Leugnung des Holocaust**

Am 25. Oktober 2012 hatte das Verwaltungsgericht München einer Klage Irvings stattgegeben und erlaubte ihm nach 20 Jahren ab dem 21. März 2013 wieder die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland. Damit hob das Gericht einen Bescheid vom 9. November 1993 auf, mit dem der Holocaust-Leugner ausgewiesen wurde. Er war zuvor im Mai 1992 wegen Beleidigung in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verurteilt worden. Der Grund: Er hatte am 21. April 1990 auf einer von dem damaligen Neonazi Bela Ewald Althans organisierten Veranstaltung des »Deutschen Jugendbildungswerkes« unter dem Titel »Wahrheit macht frei!« im Münchener Löwenbräukeller vor etwa 800 Menschen behauptet, es hätte in Auschwitz keine Gaskammern gegeben. Durch eine Berufung der Staatsanwaltschaft wurde das Strafmaß noch erhöht, 30.000 DM musste Irving zahlen. Er war damals ein gefragter Redner auf Neonazi-Veranstaltungen und unterhielt enge Kontakte zu wichtigen AkteurInnen der Szene. Da er seine Thesen trotz Verurteilung weiter verbreite, stelle er nach Ansicht der Behörden eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar, füge dem Ansehen der Bundesrepublik Schaden zu und motiviere einen »kleinen, aber radikalen Teil der Bevölkerung zu Gewalt und Rassenhass«. Mehrere Versuche Irvings, juristisch gegen die Ausweisung vorzugehen, scheiterten. Weitere Auftritte sollten durch die Ausweisung verhindert werden, hieß es 1999 in einem Urteil.

**Wiedereinreise**

2006 verurteilte ein Wiener Gericht Irving wegen »nationalsozialistischer Wiederbetätigung« zu drei Jahren Haft. Er war 2005 aufgrund eines Haftbefehls von 1989 auf dem Weg zu einem Vortrag bei der Wiener »Burschenschaft Olympia« festgenommen worden. Nachdem er zwei Drittel der Strafe abgesessen hatte, wurde Irving nach Großbritannien ausgewiesen. Ein Einreiseverbot nach Österreich bis 2014 wurde verhängt. Gleich nach seiner Entlassung Ende 2006 hatte Irving im Januar 2007 erfolglos versucht, eine Erlaubnis zur Einreise in die Bundesrepublik zu bekommen. 2011 wandte er sich erneut mit einem Antrag auf Ende des Einreiseverbots an die Münchener Ausländerbehörde, scheiterte jedoch wieder. Allerdings befristete die Behörde das Verbot nur mehr bis 2022. Eine »Änderung seiner Gesinnung bzw. eine Distanzierung vom früheren Verhalten« sei nicht ersichtlich, befand sie.

Dagegen klagte Irving. In ihrer Entscheidung vom Oktober 2012 schrieben die Münchener Richter dann, das Einreiseverbot müsse mit Blick auf die britische Staatsbürgerschaft Irvings, das Freizügigkeitsgesetz der EU und die Entscheidung aus Österreich, das Einreiseverbot in einem ähnlichen Fall viel kürzer zu verhängen, aufgehoben werden. Aber sie ließen sich von Irving offenbar auch gerne täuschen. In der Begründung des Urteils hieß es: Irving »teilte mit, er werde sich an die deutschen Strafgesetze halten und plane keine Vortragsreisen, sondern er wolle nur für ein neues Buch recherchieren.« Schon bald klang das bei Irving ganz anders. In der »neu-rechten« Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF/15.11.2012) kündigte er seine Wiedereinreise an: »Jawohl, das ist klar, gleich am ersten Tag, denn drei Tage später werde ich 75, und es gibt einiges zu feiern.« Und nun folgt »entgegen den Beteuerungen vor Gericht« der erste öffentliche Vortrag. Auch anderen hatten die Richter leichtfertig geglaubt: »Sowohl das Landesamt für Verfassungsschutz als auch das Bayerische Landeskriminalamt konnten von keinen aktuellen Aktivitäten und Erkenntnissen in Deutschland berichten. […] Aktuelle Verbindungen des Klägers zur rechtsextremistischen Szene in Deutschland sind nicht nachweisbar.« Schlechter kann man kaum lügen: Denn bis heute ist Irving über Strömungs- und Ländergrenzen hinweg in der extremen Rechten ein gefragter Autor, Gesprächspartner und Referent – von revisionistischen Hardcore-NS´lern bis zur JF. Seine Bücher werden bei allen relevanten Nazi-Versänden verkauft.

**»Furchtbare Juristen«**

Das Einreiseverbot, mit dem einem prononcierten Holocaust-Leugner das öffentliche Bestreiten der Shoa in der Bundesrepublik untersagt worden war, wurde nun im Jahr 2012 von deutschen Juristen mit dem Hinweis auf Grundrechte, Reisefreiheit, europäische Gesetze und die EU-Bürgerschaft Irvings gekippt. Dank ihrer Entscheidung erhält einer der bekanntesten und aktivsten Holocaust-Leugner erneut die Möglichkeit, im Land der Mörder seine Lügen zu verbreiten. Wenn er von »Meinungsfreiheit« und »wahrer Geschichtsschreibung« spricht, meint er – und das wissen alle! – die Leugnung des Holocaust. Ermöglicht durch eine Entscheidung von Juristen – ein symbolhaftes Urteil in Zeiten der NSU-Aufklärung.

# Die Neonaziband S.K.D.

Die »Hausgemeinschaft Jonastal« in Crawinkel im Landkreis Gotha ist ein wichtiger Treffpunkt der militanten Thüringer Nazi-Szene. Hier wohnen auch Mitglieder der Neonazi-Band S.K.D.

**von Martina Renner**



Mitten in Crawinkel, einem kleinen Ort mit gut 1.500 EinwohnerInnen in Thüringen, hat sich seit 2010 ein wichtiger Treffpunkt der Neonazi-Szene etabliert. In dem Haus mit Gaststätte und Grundstück hinter dem Gebäude wohnen auch Thomas Wagner, Steffen Mäder und Marco Zint. Sie sind zum Teil seit Ende der 1990er Jahre in der örtlichen Kameradschaftsszene aktiv und gehörten zur Westthüringer Sektion des »Thüringer Heimatschutzes« (THS), aus dem später der »Nationalsozialistische Untergrund« (NSU) erwuchs. Mit dem Netzwerk »Blood & Honour« waren sie eng verbunden. Wagner und Mäder sind außerdem Mitglieder der bekannten Thüringer Neonazi-Band S.K.D. (»Sonderkommando Dirlewanger«), benannt nach dem Kriegsverbrecher Oskar Dirlewanger. Die Mitglieder der Band kommen insgesamt auf die stolze Summe von 34 Verurteilungen wegen einschlägiger Straftaten. Oft waren Waffen und Gewalt im Spiel.

**NSU-Solidarität**

S.K.D. machen aus ihren Sympathien für die Taten des NSU keinen Hehl. »Hätten Gewissen Leute doch ruhig mal weiter gemacht...« (Fehler im Original), schrieben S.K.D. am 24. Februar 2012 auf ihrer Facebook-Seite. Das war einen Tag nach der offiziellen Gedenkveranstaltung für die Opfer des NSU mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Angehörigen der Ermordeten in Berlin. Das Statement war der Auftakt einer Serie offener Unterstützungsbekundungen für den inhaftierten, mutmaßlichen NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben und die rechte Terrorgruppe. Auf dem Musiksampler »Solidarität IV« von dem mit der sächsischen NSU-Unterstützerszene eng verflochtenen Label »PC-Records«, dessen Erlös komplett an die in München angeklagten braunen KameradInnen fließen soll, ist S.K.D. mit dem Lied »Nationale Solidarität« vertreten. Sie grölen: »Freiheit für Wolle fordern wir, egal wohin der Weg auch geht. Drinnen wie draußen eine Front – Solidarität.« Mit »Wolle« meinen sie Wohlleben. Im Dezember 2012 posierten Bandmitglieder und weitere Neonazis mit Paintballwaffen im Anschlag auf einem Gruppenfoto, das bei Facebook veröffentlicht wurde. »Kameraden« kommentierten: »Die ›neue‹ NSU aus Thüringen« und »NSU reloaded«. Zum Prozessauftakt gegen die NSU-Mitglieder und Unterstützer vor dem Oberlandesgericht München am 6. Mai 2013 flatterte ein Banner an der Fassade des braunen Wohnprojekts in Crawinkel: »Freiheit für Wolle«.

**Band-Proben im Haus**

Das Haus in Crawinkel mit Gaststättenbetrieb wurde im Dezember 2011 gekauft und bietet den Neonazis einen sicheren Rückzugsraum. Der Versuch der Gemeinde, über die nachträgliche Widmung als Denkmal ein Vorkaufsrecht zu begründen, musste vor Gericht scheitern. Beim örtlichen Sportverein »SG Jugendkraft Crawinkel« konnten Angehörige und Freunde des Neonazidomizils mit dem Team-Namen »Weiße Teufel 2« im Mai 2012 an einem Fußball-Turnier teilnehmen, nachdem der Verein eine Gruppe unter dem Namen »Hausgemeinschaft Jonastal« abgelehnt hatte. Seitdem die Nazis eingezogen sind, gab es Veranstaltungen, Filmvorführungen und Beratungen von Engagierten und Zuständigen gegen das Nazi-Haus. Angesichts der überdurchschnittlichen Wahlzustimmung für die NPD von 8,8 Prozent bei der letzten Landtagswahl 2009 in der Gemeinde, bleibt aber die Frage, ob es vor Ort auch Hilfe bei der Suche nach einem geeigneten Wohnhaus für die Neonazis von S.K.D. gab. Die »Hausgemeinschaft Jonastal« ist heute Veranstaltungsort, Probenraum und brauner Knotenpunkt.

**Netzwerk**

Auch für die Weiterbetätigung des 2011 verbotenen neonazistischen Vereins »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige« (HNG) scheint es hier gute Bedingungen zu geben. Bei einer Razzia im September 2010, die das Vereinsverbot vorbereitete, war in Thüringen der damals noch in Gotha wohnende Zint von den Durchsuchungen betroffen. Wie eng man sich der HNG bis heute verbunden fühlt, zeigen Aufnahmen aus dem Haus. Unter dem Banner der HNG, das an der Wand hängt, wird hier gefeiert, gesoffen und Politik gemacht. Neben der HNG war Zint zusammen mit dem Altenburger Neonazi Thomas Gerlach auch im »Kameradschaftsbund für Thüringer POWs« – einem informellen Gefangenennetzwerk – tätig. Und noch etwas ist auffällig: Vieles deutet darauf hin, dass zwischen dem in Österreich ausgehobenen schwerkriminellen Neonazi-Netzwerk »Objekt 21« (s. drr Nr. 141) und der Gothaer Neonaziszene enge Verbindungen bestehen. Ein deutlicher Hinweis dafür ist der Neonazi Andreas Potyra aus Gotha. Er verbüßte eine mehrjährige Haftstrafte wegen schwerer Körperverletzung. Nach seiner Haftentlassung lebte er in Österreich und wurde dann im November 2012 aufgrund eines internationalen Haftbefehls der österreichischen Staatsanwaltschaft Wels im Zusammenhang mit den Verbrechen der Neonazis aus dem »Objekt 21« in Gotha verhaftet. Auch das S.K.D.-Mitglied Mäder soll das »Objekt 21« besucht haben.

Gute europäische Kontakte, alte Netzwerke, enge Verbindung in die braune Musikszene und fließende Übergänge zur organisierten Kriminalität sind auch hier Bestandteile einer akuten Bedrohung, die von diesem Spektrum militanter Nazi-Strukturen ausgeht. In Thüringen ermittelt die Polizei inzwischen mit der neu gegründeten Ermittlungsgruppe »Zesar« im Landeskriminalamt gegen S.K.D. und andere militante Neonazis. Mit welchem Ergebnis ist offen. Der NSU-Untersuchungsausschuss hat gezeigt, dass die Thüringer »Sonderkommission Rex«, die sich in den 1990er Jahren um ein Verbot des militanten Neonazinetzwerks THS bemühen sollte, am eigenen Unwillen gescheitert war.

# Ein Beitrag zur Aufklärung

## Ein Resümee der ersten drei Monate des Münchner NSU-Prozesses

**von Sebastian Schneider**



^ *Schultze will reinen Tisch – aber ohne Gesicht zu zeigen ...*

Fast acht Verhandlungstage dauerte die Vernehmung von Carsten Schultze im Saal 101 des Münchner Justizzentrums. Er ist einer von zwei Angeklagten, die im aktuellen Verfahren gegen den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) aussagen. Und er ist bisher der einzige, der im Prozess Fragen zur Sache beantwortete. Der Mitangeklagte Holger Gerlach, dem diverse Unterstützungshandlungen vorgeworfen werden, hatte nur in Vernehmungen bei der Polizei ausgesagt. Im Prozess verlas er zur Sache lediglich eine Erklärung, in der er seine Handlungen zu Freundschaftsdiensten erklärte. Schultze, der Ende August 2000 aus der Nazi-Szene ausgestiegen sein will, wird vorgeworfen, die Tatwaffe für die neun rassistischen Morde des NSU gekauft und übergeben zu haben.

**Wohlleben belastet**

Nach der Farce um die Akkreditierung von JournalistInnen startete das Verfahren vor dem Münchner Oberlandesgericht am 6. Mai 2013. Mit der Aussage von Schultze kam das Verfahren endlich zu seinem Kern. Denn er belastete vor allem den Mitangeklagten Ralf Wohlleben, dem unter anderem vorgeworfen wird, das Geld für die Waffenbeschaffung des NSU besorgt zu haben. Schultze sagte, er habe den Kontakt zu den drei mutmaßlichen NSU-Mitgliedern Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe in Wohllebens Auftrag gehalten. Doch auch Wohlleben selbst habe mit den Untergetauchten telefoniert.
Nachdem Schultze sich an zwei Verhandlungstagen selbst erklärt und Fragen des Vorsitzenden Richters Manfred Götzl beantwortet hatte, gab er am 11. Juni an, nun wirklich »reinen Tisch machen« zu wollen. Unter Tränen berichtete er, dass Mundlos und Böhnhardt ihm am Tag der Waffenübergabe erzählt hätten, sie hätten in Nürnberg »eine Taschenlampe hingestellt« und das habe nicht funktioniert. Und tatsächlich gab es einen Anschlag, zu dem diese Beschreibung passen würde. Im Juni 1999 wurde eine Person in einer Bar in Nürnberg durch eine in einer Taschenlampe versteckte Rohrbombe leicht verletzt. Nach allem, was bisher bekannt ist, wäre das der erste Anschlag des NSU.

**Weiteres Opfer?**

Zudem berichtete Schultze, Wohlleben habe ihm bei einem Telefonat berichtet, dass die Untergetauchten jemanden angeschossen hätten. Dieses Gespräch hätte zwischen der Waffenübergabe und seinem Ausstieg aus der Szene, also zwischen März und August 2000, stattgefunden. Keine der bisher bekannten Taten des NSU passt aber auf diese Beschreibung. Es bleiben also nur zwei Erklärungen: Entweder gibt es noch ein weiteres, bisher unbekanntes Opfer des NSU oder die beiden mutmaßlichen NSU-Mitglieder hatten Wohlleben vom Mord an Enver Şimşek berichtet. Er wurde am 9. September 2000 in Nürnberg angeschossen und starb zwei Tage später. Das würde aber bedeuten, dass Schultze die Unwahrheit über den Zeitpunkt seines Ausstiegs und des Abbruchs des Kontakts zu den Untergetauchten sagt. Das würde durchaus zu seinem Aussageverhalten passen. Zwar wirken seine Aussagen glaubwürdig – auch weil er sich selbst stark belastet –, doch sie bleiben oft merkwürdig undeutlich. Schultze kann oder will seine eigene ideologische Eingebundenheit und seine frühere Rolle als Nazi-Kader nicht öffentlich eingestehen. Stattdessen präsentiert er sich, wie es Nebenklagevertreter Alexander Hoffmann ausdrückte, als »Antirassist in der NPD«.

**Netzwerk, nicht Zelle**

Die Vernehmung von Schultze legt aber auch nahe, dass die Konstruktion in der Anklageschrift, der NSU sei eine abgeschottete Zelle mit einem kleinen UnterstützerInnenumfeld, nicht stimmt. Sollten die Aussagen von Schultze zutreffen, dann haben Böhnhardt und Mundlos nicht nur Wohlleben von Gewalttaten berichtet, sondern auch gegenüber dem Unterstützer Schultze, den sie kaum kannten, mit einem Anschlag geprahlt. Er berichtete außerdem von Gesprächen mit weiteren Angehörigen der Nazi-Szene über Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe. Gegenüber drei Personen hatte Schultze angegeben, in Kontakt mit den Untergetauchten zu stehen, unter anderem auch gegenüber dem Thüringer V-Mann Tino Brandt.
Ein blinder Fleck der AnklägerInnen in dem Verfahren ist auch die Frage nach der Nähe von Verfassungsschutz- und Ermittlungsbehörden zum NSU. Denn der Thüringer Geheimdienst war beispielsweise durch Brandt über die telefonischen Kontakte von Schultze mit den Untergetauchten informiert. Gesteigerten Aufklärungswillen zeigt die Generalbundesanwaltschaft ohnehin nicht. Sie kündigte erst auf mehrfache Nachfrage von Nebenklage und Verteidigung an, die auf 500 Namen angewachsene Liste von Personen, die im Zusammenhang mit dem NSU polizeilich überprüft wurden, zur Verfügung zu stellen.
Nach den Aussagen von Schultze ging es im Verfahren zunächst mit dem Mord an Abdurrahim Özüdoğru, dem zweiten Opfer des NSU, dann mit der Brandstiftung in der Zwickauer Frühlingsstraße im November 2011 und schließlich mit Aussagen von Vernehmungsbeamten der Angeklagten Zschäpe und Gerlach weiter. Die Aussage des Tatortermittlers beim Mord an Özüdoğru war gespickt mit Anmerkungen über den Zustand von dessen Wohnung, die Verachtung gegenüber dem Opfer zum Ausdruck brachten. Schon an diesem frühen Punkt zeigte sich eine Voreingenommenheit gegenüber den Opfern, die sich in den rassistisch geführten Ermittlungen in der lange rätselhaft gebliebenen Mordserie fortsetzte.
Der bisherige Verlauf des Prozesses zeigt, wie wichtig eine kritische Nebenklage, die die richtigen Fragen stellt und der Opferperspektive Raum gibt, und eine unabhängige Begleitung des Prozesses sind. Entgegen der Erwartung vieler BeobachterInnen trägt der Prozess tatsächlich zur Aufklärung des NSU-Komplexes bei.

*Die Protokolle des NSU-Prozesses laufend aktuell: www.nsu-watch.info*



*In diesem Hinterzimmer einer Gaststätte im bayerischen Coburg bezahlten VS-Mitarbeiter dem Spitzel Timo Brandt und damit der thüringischen Naziszene 200.000 DM*

# Verfassungsschutz, nein danke

In Thüringen fliegt eine V-Frau aus dem Umfeld des NSU-Trios auf. In Bayern fordern SPD und Grüne ein Ende des V-Leute-Systems.

**von Andreas Speit**

Der Bericht ist verheerend. Ahnungslose VerfassungsschützerInnen, mangelhafter Behördenaustausch, fehlende Analysekompetenz und fragwürdiger Umgang mit V-Leuten. Am 9. Juli 2013 verabschiedete der Untersuchungsausschuss zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) des Bayrischen Landtags seinen Abschlussbericht. Nicht alle Abgeordneten aller Parteien stimmten zu: SPD und Grüne legten ein Sondervotum ein, wegen des V-Leute-Systems. In Thüringen flog Tage zuvor eine V-Frau nahe des NSU auf: »Jule«, Ex-Freundin von Ralf Wohlleben.

Im Sommer 1998 soll es dem Verfassungsschutz (VS) im Rahmen der als geheim eingestuften »Operation Drilling« gelungen sein, »Jule« als V-Frau zu gewinnen. Eine Top-Quelle, denn »Jule« alias Juliane W. war durch ihre Beziehung zu Wohlleben sehr nah an ihm und seinen FreundInnen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe dran. Im NSU-Verfahren wird ihrem Ex-Freund unter anderem vorgehalten, am Anfang dem NSU-Trio im Untergrund geholfen und eine der Mordwaffen besorgt zu haben. Eine lose Sammlung von Unterlagen des Geheimdienstes und Quittungen für Honorare belegen, dass »Jule« Informationen lieferte. Bei mehr als zehn Treffen berichtete sie über Wohlleben, seine politischen und privaten Ambitionen und kassierte bis zu 200 D-Mark pro Treffen, wie die Unterlagen, die das thüringische Innenministerium dem Bundestagsuntersuchungsausschuss übergab, offenbaren.

Die Friseurin aus Jena war aber auch selbst involviert. Am 26. Januar 1998 tauchte sie mit dem Wohnungsschlüssel von Mundlos auf, als dessen Wohnung von der Polizei durchsucht wurde. Das Trio war da gerade untergetaucht. Einen Tag später erschien sie mit einer Vollmacht von Zschäpe bei der Polizei, um den Schlüssel zu deren Wohnung zu erhalten. Bei ihrer Vernehmung im Januar 2012 sagte sie dem Bundeskriminalamt jedoch, keine eigenen Kontakte zu den Dreien gehabt zu haben. Sie gab auch an, Wohlleben öfter nach dem Trio gefragt zu haben, doch er hätte immer geantwortet, selbst nichts zu wissen.

Im Thüringer »Schäfer-Bericht« des früheren Bundesrichters Gerhard Schäfer, der die NSU-Ermittlungen von Polizei und Verfassungsschutz in Thüringen untersuchte, findet sich kein Hinweis auf diese »Quelle«. Der VS hatte offenbar nicht explizit auf »Jule« hingewiesen. Der ehemalige Betreuer von »Jule« beim Geheimdienst, Norbert Wießner, erwähnte in seiner Aussage bei der »Schäferkommission« auch nichts. Der VS erklärte mittlerweile, dass diese »drei Ordner, aus denen die Quelle ›Jule‹ zu entnehmen ist, dem Untersuchungsausschuss lange vorliegen«, es sei somit falsch zu berichten, dass die Untersuchungsausschüsse »falsch unterrichtet« worden seien. Die Ausschüsse im Bund und in Thüringen hatten jedoch alle Sicherheitsbehörden angefragt, ob es in der unmittelbaren Nähe der Drei V-Leute oder InformantInnen gab. Der VS offenbarte die Quelle nicht. Nachdem »Jule« und Wohlleben sich getrennt hatten, endete 1999 die Zusammenarbeit mit ihr als V-Frau.

In Bayern wurde die Grünen-Landtagsabgeordnete Susanna Tausendfreund deutlich. Im Untersuchungsausschuss, so das Ausschussmitglied, wäre »offensichtlich geworden, dass einzelne V-Leute rechtsextremistische Strukturen erst aufgebaut und Aktivitäten maßgeblich beeinflusst haben, deren Entstehung der Verfassungsschutz eigentlich bekämpfen sollte.« In dem Sondervotum verweisen SPD und Grüne auch auf einen V-Mann des bayrischen Verfassungsschutzes, »der die bundesweite Vernetzung der rechten Szene in den 1990er Jahren über das Thule-Netz mit vorangetrieben hat«. Der V-Mann habe, »mit Wissen und Wollen« des VS, einen maßgeblichen Anteil an Betrieb und Aufbau des Netzes gehabt und »erhielt nicht nur Geld für die Informationen, [...] sondern auch zur Anschaffung und für den Betrieb der technischen Einrichtungen«. Auch der Ausschussvorsitzende Franz Schindler (SPD) sagte deutlich: »Dieses Votum war geboten«, denn »aus den Ergebnissen werden nicht dieselben Forderungen erhoben.«

In weiten Teilen des Berichts sind sich noch alle Parteien einig: Den ErmittlerInnen wäre bei der »Auswertung der Informationen eine wissenschaftliche Durchdringung […] des Rechtsextremismus« nicht gelungen, zudem hätten sie sich »zu sehr auf die Ermittlungsrichtung organisierte Kriminalität konzentriert«.

Nach der Ermordung von Ismail Yasar durch den NSU in Nürnberg 2005 hätten die ErmittlerInnen deutliche Hinweise auf »missionarische Ausländerfeinde als Täter« weggeblendet, betonte Tausendfreund: »Obwohl eine Zeugin zwei Männer von dem Kölner Bombenanschlag 2004 wiedererkannte.« »Die Ermittler haben gravierende Fehler gemacht«, sagte sie und schob nach: »rassistische Ressentiments sind nicht auszuschließen«.

Fehler ja, »Kardinalfehler« nein, konterte Otmar Bernhard (CSU), stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses. Von einem »pauschalen Versagen der Behörden« und vom »alltäglichen, latenten Rassismus« bei der bayrischen Polizei könne nicht gesprochen werden. Eine grundsätzliche Reform sei nicht nötig.

Der bayrische VS könne »in seiner bisherigen Form nicht mehr weiterbestehen«, fordern hingegen SPD und Grüne und wollen einen »wissenschaftlichen Beirat« und einen Verfassungsschutzbeauftragten. »Schon der Begriff ›Verfassungsschutz‹ ist irreführend«, heißt es in dem Votum. Es handele sich um einen Inlandsgeheimdienst, der dazu neige, ein »Eigenleben« zu entwickeln und durch das »dogmatische Leitbild« der Extremismustheorie falsche Gewichtungen zu treffen. Sie fordern zudem, dass der VS nicht weiter politische Bildungsarbeit betreiben darf und das V-Leute-System eingestellt werde. Im Votum betonen SPD und Grüne: »der Einsatz von V-Leuten« war »so desaströs, dass zumindest sehr zweifelhaft ist, ob der [...] erzielte Nutzen größer ist als der dadurch verursachte Schaden.«

# Besuch beim »Freien Netz Süd«

In Bayern steht vermutlich ein Verbot des Kameradschaftsdachverbands »Freies Netz Süd« bevor.

**von Robert Andreasch**




^ *Beschlagnahmte Gegenstände aus den Durchsuchungen*

Am 10. Juli 2013 ließ der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) 700 PolizeibeamtInnen zu Razzien ausschwärmen. Im Rahmen eines »vereinsgesetzlichen Ermittlungsverfahrens« gegen den bayerischen Kameradschaftsdachverband »Freies Netz Süd« (FNS) sollten die »Strukturen dieses Netzwerkes [...] aufgeklärt« und »Beweismaterial für ein Vereinsverbot« gesammelt werden. Neben der FNS-Führungsspitze, bestehend aus Matthias Fischer (Fürth), Norman Kempken (Nürnberg) und Tony Gentsch (Regnitzlosau-Oberprex), trafen die Maßnahmen unter anderem auch die FNS-Kader Robin Siener (Landkreis Cham), Daniel Weigl (Schwandorf) und dessen »Final Resistance«-Versand (Wackersdorf), Karl Heinz Statzberger (Markt Schwaben), Matthias Bauerfeind (Karlstadt), Mike Edling (Landau), Sebastian Schmaus und Daniel Petzold, den presserechtlich Verantwortlichen mehrerer Homepages aus den Kreisen des FNS. In München-Obermenzing wurde das Haus von Vanessa Becker, Franz Sedlbauer und Daniel Thönnessen (ehemals Aktivist der verbotenen »Kameradschaft Aachener Land«) durchsucht. Im oberfränkischen Regnitzlosau-Oberprex betraten die BeamtInnen die vom FNS genutzte Immobilie »Nationales Zentrum Hochfranken« von Tony Gentsch, in Würzburg lief die Polizei beim FNS-Aktivisten Uwe Meenen (»Bund Frankenland«) auf.

Im Visier der Polizei seien, so zählte es der bayerische Verfassungsschutzpräsident Burkhard Körner auf, die Kameradschaften »Freie Nationalisten Hof«, »AG Bayreuth«, »Kameradschaft Main-Spessart«, »Nationales Bündnis Oberpfalz«, »Nationales Bündnis Niederbayern«, »Kameradschaft München«, »Widerstand Schwandorf« und »Kameradschaft Geisenhausen« gewesen. Diese Liste entspricht nur teilweise den im »Freien Netz Süd« zusammengeschlossenen neonazistischen Organisationen und Bündnissen. Einige wichtige Gruppen fehlen, andere hatten sich in der letzten Zeit aufgrund der zu erwartenden Repressionsmaßnahmen gegen das FNS aus taktischen Gründen umbenannt.

**10 Jahre Aufbauarbeit**

Die Geschichte des FNS reicht mittlerweile zehn Jahre zurück: Nach dem Verbot des neonazistischen Kameradschaftsdachverbands »Fränkische Aktionsfront« (FAF) Ende Dezember 2003/Anfang Januar 2004 organisierten sich die Neonazis zunächst in den bayerischen Bezirksverbänden der NPD beziehungsweise deren Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN). Nach dem NPD-Landesparteitag 2008 begannen Norman Kempken, Matthias Fischer und Tony Gentsch, sich und andere Neonazis wieder jenseits der Parteistrukturen überregional zu organisieren. Vorbild war das »Freie Netz« in Sachsen. Seitdem hat sich das FNS zur wichtigsten neonazistischen Struktur in Bayern entwickelt und verfügt in allen Bezirken des Landes über Gruppierungen. Beste Beziehungen bestehen zu »Blood & Honour« und dem internationalen Neonazi-Netzwerk der »Hammerskin Nation«. Mit dem international besetzten Rechtsrockfestival »Europa erwacht« plant das FNS am 10. August 2013 die nächste Großaktion.

**›Dem Verfassungsschutz sei Dank‹**

Fast eineinhalb Jahre, nachdem ein von der SPD-Fraktion initiierter Verbotsantrag gegen das FNS im bayerischen Landtag einstimmig verabschiedet wurde, stellte sich der Adressat der damaligen Forderung, der bayerische Innenminister Joachim Herrmann, im Landtagswahlkampf nun als engagierter ›Kämpfer gegen rechts‹ dar. »Meine Damen und Herren, die heutige Aktion zeigt erneut, wie konsequent und entschieden wir gegen Rechtsextremismus vorgehen«, sagte er auf einer Pressekonferenz nach den Razzien. Auffällig deutlich lobte Herrmann seinen Inlandsgeheimdienst: »Der Polizeieinsatz […] beruht wesentlich auf Erkenntnissen und Vorarbeiten des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, das das »Freie Netz Süd« seit seinem ersten Auftreten Ende 2008 beobachtet«.

»Inszeniertes Durchgreifen« nennen Torben Heine und Henrike Claus in einem im Herbst 2012 in der antifaschistischen Zeitschrift »Lotta« erschienenen Artikel solche plötzlichen staatlichen Repressionsmaßnahmen. Die Definitionsmacht über die Auseinandersetzung mit rechter Ideologie und rechten Strukturen soll bei denjenigen Behörden liegen, die ansonsten als Verharmloser der neonazistischen Bedrohung auftreten. »Leitbild ist der ›starke Staat‹«, wie Heine und Claus schreiben, und bei all den »ordnungspolitischen Deutungsmustern« bleibt schließlich kaum Raum für gesellschaftlichen Widerstand gegen Neonazis.

Noch während der Innenminister von »konsequentem« und »entschiedenem Vorgehen« gegen die extreme Rechte sprach, demonstrierte sein Ministerium das Gegenteil: Herrmanns MitarbeiterInnen ließen die beiden bekannten FNS-Aktivisten Thomas Schatt und Lorenz Maierhofer, die seit Jahren vor allem durch Anti-Antifa-Arbeit und aggressives Vorgehen gegen JournalistInnen auffallen, an der Pressekonferenz im Innenministerium teilnehmen und Fragen stellen. Das sollte aber vorerst auch die einzige Reaktion der süddeutschen Neonaziszene bleiben. Die derzeitige Mobilisierungsschwäche dieses Spektrums und die weiter schwache strukturelle Verankerung des FNS auf lokaler Ebene verhinderten eine effektive Gegenwehr. Die NPD schwieg zur Durchsuchungsaktion. Weil die »Freien Kräfte« sich geweigert hatten, Unterstützungsunterschriften zu sammeln, kann sie nicht flächendeckend zur bayerischen Landtagswahl antreten. »Die Rechte«, die nach den Vereinsverboten in Nordrhein-Westfalen als Struktur einspringen konnte, hat keinen Landesverband in Bayern. Und ihr Initiator Christian Worch ist einer der Intimfeinde des FNS.

# Neue braune Presse

## Ein Porträt der Zeitschrift »DMZ Zeitgeschichte« aus dem Verlag »Lesen & Schenken« von Dietmar Munier

**von Lenard Suermann**




^ *Braune Presse – erhältlich an jedem Bahnhofskiosk*

Das Verlagsimperium des extrem rechten Dietmar Munier wächst. Um die drei Millionen Euro Umsatz macht die Verlagsgruppe »Lesen & Schenken« mit Wikingerkalendern, Julfest-Leuchtern, apologetischer Publizistik zur deutschen Geschichte und mit rechten Periodika: Seit 2004 erscheinen im Hochglanzlayout die »Deutsche Militärzeitschrift« (DMZ) und seit 2010 die Monatszeitschrift »Zuerst!«. 2011 kaufte Munier die Wochenzeitung »Der Schlesier« auf und seit Mai 2012 ist das Themenheft »DMZ Zeitgeschichte« auf dem Markt. Vierteljährlich wendet sich die bundesweit in Bahnhofsbuchhandlungen erhältliche Zeitschrift »vertieft einer militärischen Eliteeinheit zu, die im Streit der Meinungen hart umkämpft ist. […] Mit gut recherchierten Fakten soll über die Waffen-SS und ihre Verbände […] aufgeklärt und informiert werden. Nüchtern, sachlich, historisch einwandfrei.« Doch sachlich ist die offensichtliche Verherrlichung der Waffen-SS nicht. In Rubriken wie »An den Fronten«, »Heimatfront« oder »Landser erzählen« findet sich eben jene völkisch-nationalistische Geschichtspolitik wieder, wie sie auch aus dem restlichen Verlagsprogramm spricht (s. drr Nr. 140). Unter den durchweg männlichen Autoren finden sich neben den verlagseigenen Redakteuren Olaf Haselhorst (»Der Schlesier«) und Ulli Vader (DMZ) auch die rechten Militärhistoriker Heinz Magenheimer, Rolf Michaelis und Jean Restayn.

### Eine Armee wie jede andere?

Die Waffen-SS wird in der »DMZ Zeitgeschichte« als eine Armee wie jede andere dargestellt. Ganz so, als ob sie keine zentrale Rolle im Vernichtungskrieg der Nazis und der industriell betriebenen Vernichtung »unwerten Lebens« gespielt hätte. Die bemühte Entpolitisierung soll die Beteiligung an den Naziverbrechen entschuldigen und die Waffen-SS wie eine gewöhnliche militärische Einheit aussehen lassen. Wie zum Beweis lässt man den US-amerikanischen Reenactment-Darsteller Bryan Demory zu Wort kommen: »Das deutsche Militär während des Zweiten Weltkrieges war zweifelsohne das beste der Welt. Man sollte das übrigens nicht mit Politik vermengen.« (Nr. 2/2012). Die Verherrlichung der Waffen-SS zeigt sich dagegen bereits an der Bebilderung der Zeitschrift. Fast jede Seite des Magazins ist mit historischen Fotos gespickt, die SS-Uniformen, marschierende Soldaten oder Kriegsgerät zeigen. Parallel dazu lassen sich die Autoren in redundanter Weise über die technischen und militärischen »Errungenschaften« der Waffen-SS aus, während deren politischer Charakter zu einer »idealistischen Wertegemeinschaft« verklärt oder gänzlich negiert wird. So wird eine Kriegsberichterstattung aus deutscher Sicht geleistet, in der die Waffen-SS moralisch vorbildlich und in Kampfkraft überlegen dargestellt wird. Zusätzlich wird die Waffen-SS zu einer »internationalen« Freiwilligenarmee stilisiert, wenn von »volksdeutschen Freiwilligen« oder »finnischen Waffenbrüdern« die Rede ist. Denn tatsächlich bekamen die NationalsozialistInnen in den annektierten und eroberten Ländern auch Zulauf durch Kollaborateure; die »Freiwilligen-Divisionen« wurden jedoch zu einem guten Teil zwangsrekrutiert. Mit der im Nationalsozialismus typischen Geringschätzung derjenigen, die in der NS-Ideologie nicht »germanisch« und daher »nicht ordensfähig« waren, blicken auch die Autoren der Zeitschrift auf die Verfehlungen der »disziplinlosen und häufig betrunkenen« Soldaten der russischen Waffen-SS-Division »RONA«. In Kontrast zu dieser »desolaten« Truppe stehen die Kriegsberichte »tapferer« SS-Offiziere, die sich wie »Landser«-Romanhefte lesen und den Hunger nach identitätsstiftenden Helden stillen.

### Keine »Schuld am Untergang«

Zur angeblich »überlegenen« Waffen-SS steht aber die Niederlage im Zweiten Weltkrieg in einem eklatanten Widerspruch. Doch auch der lässt sich eindämmen: »Das Problem lag [...] in der enormen Materialüberlegenheit der Sowjets. Auch wenn jeder deutsche Panzer im Schnitt acht bis zehn sowjetische Panzer abschießen konnte, kam auf der Gegenseite fast immer der unerwartete elfte Panzer zum Schuss.« (Nr. 1/2012). Die Waffen-SS erscheint in dem Blatt als »zäher Gegner«, der nur durch eine Verkettung ›unglücklicher‹ Umstände dem Feind unterlegen war. Kriegsverbrechen scheinen dagegen allein von den Alliierten verübt worden zu sein. So klagt Fredo Gensicke, Altnazi und Mitglied der »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS« (HIAG) im Interview über »Gräueltaten« der tschechischen Kriegsgegner. Diese »wüteten«, so Gensicke, »gegen die wehrlose deutsche Bevölkerung und uns Soldaten. […] Es war grauenhaft« (Nr. 2/2012).

### Verbotene Organisation

Eine völkisch-nationalistische Geschichtspolitik im 21. Jahrhundert hat bestimmte Funktionen zu erfüllen. Vor allem muss die Geschichte von der Schmach der Naziverbrechen und des verlorenen Zweiten Weltkriegs gereinigt werden. Die Entkontextualisierung einzelner Fakten, wie etwa der Rolle der Waffen-SS, ist ein bekanntes Mittel. In der DMZ und der »Zuerst!« finden sich Artikel, die in Form und Inhalt den Tenor der »DMZ Zeitgeschichte« vorwegnehmen. Insofern bietet die Zeitschrift wenig Neues. Aber der Fokus auf die Waffen-SS ist nicht bedeutungslos, da Munier mit dem neuen Blatt nach der DMZ für ausgemachte MilitärfetischistInnen und »Der Schlesier« für die Angehörigen der »Vertriebenenverbände« einmal mehr ein spezielles Klientel bedient – diese Nischenprodukte scheinen sich zu rentieren. Mit der DMZ ist ein Hochglanzmagazin auf den rechten Zeitschriftenmarkt gekommen, das sich vor allem der Verherrlichung einer verbotenen nationalsozialistischen Organisation widmet.

# Flanke von Rechtsaußen

Neonazis und rechte Hooligans in Fußballstadien, rassistische oder homophobe Beleidigungen gegen Spieler und Attacken auf nicht-rechte und linke Fans – all das ist immer wieder Thema. Doch eine fundierte Einschätzung fällt schwer.

**von Ernst Kovahl**



Aus Angst vor rechten Hooligans wurde Anfang Juli 2013 ein Testspiel zwischen dem Zweitligisten »FC Energie Cottbus« und dem israelischen Verein »Maccabi Tel Aviv« abgesagt. Der Vorfall sorgte für internationales Aufsehen, auch weil das Spiel am Rande eines Trainingslagers in Österreich stattfinden sollte. Die Tiroler Polizei sah die Sicherheit gefährdet, als klar war, dass auch Mitglieder des Neonazi-Fanclubs »Inferno Cottbus 99« (IC99) anreisen würden. Statt gegen »Maccabi Tel Aviv« spielte Cottbus schließlich in Anwesenheit der Rechten an anderem Ort gegen einen tschechischen Verein.

»Energie Cottbus« ist kein Einzelfall, doch an diesem Verein kann das Thema beispielhaft nachgezeichnet werden: Rassistische Beleidigungen von Spielern, antisemitische Parolen, Neonazi-Symbolik im Stadion (»Sieg Heil«), organisierte Neonazis in Fan-Strukturen, eine über Jahre gewachsene rechte Dominanz in der Fankurve und das hilflose oder falsche Agieren des Vereins. Ungewöhnlich ist jedoch: Nicht nur AntifaschistInnen und Beratungsstellen gegen Rechts hatten vor Neonazis in der Fan-Szene gewarnt, auch der brandenburgische Geheimdienst warf dem Verein im Januar 2013 vor, nicht genug gegen Neonazis zu tun. Auf Druck der Behörden verhängte der Verein Anfang 2013 gegen 15 Mitglieder von IC99 Stadionverbote. Im Juni folgte dann ein Verbot, im Stadion als Gruppe oder mit der Symbolik von IC99 aufzutreten. Die im Verhältnis zu manch anderem Verein deutliche Distanzierung von Neonazis und Rassimus relativiert sich bei genauer Betrachtung schnell, zum Beispiel wenn sich der Verein in einer Pressemitteilung statt von Neonazis und RassistInnen lieber »von Parteien« und »Gesinnungen aus dem Spektrum der Extreme« abgrenzt. Oder wenn der Pressesprecher des Vereins dem Fernsehsender RBB erzählt, die Neonazis von IC99 hätten im persönlichen Gespräch versichert, sie seien keine Neonazis.

**Saisonbilanz**

In der Fußball-Saison 2012/2013 gab es einige spektakuläre Fälle von Nazi-Präsenz in Stadien: NPD-Chef Holger Apfel auf dem Spielfeld von »Eintracht Braunschweig« oder Neonazis bei »SG Dynamo Schwerin« (s. die Artikel in diesem Heft), Dortmund-Fans, die mit Neonazis in Erfurt einen Spontanaufmarsch organisierten, oder der Hitler-Gruß des griechischen Spielers Giorgos Katidis von »AEK Athen« im März 2013, der es weltweit in die Schlagzeilen schaffte. In ihrer »Saisonbilanz 2012/2013« resümiert das »Bündnis aktiver Fußballfans« (BAFF), dass »Diskriminierung und rechte Aktivitäten in den Fankurven [...] weiterhin ein Problem« sei. Mehr noch: rechte Gruppen und Personen würden in mehreren Vereinen einen »Aufschwung erleben und sich nach teilweise längeren Phasen relativer Zurückhaltung wieder deutlicher zu Wort melden«. Ausdrücklich warnt BAFF auch vor einer Reaktivierung rechter Althooligans. Antisemitische, rassistische und sexistische Beleidigungen gerade auch aus solchen Vereinen, die weniger im Blick der Öffentlickeit stehen, listet das Bündnis auf: »Zick Zack Zigeunerpack«, riefen Anhänger des »Karlsruher SC« gegnerischen Fans zu. Ultras des Vereins »Preußen Münster« bezeichneten Fans als »schwule Fotzen« und AnhängerInnen des »Chemnitzer FC« beleidigten einen Spieler mit »Affenlauten«.

Fußball, Hooligans, Nazis und Rassismus im Stadion – das Thema scheint auf den ersten Blick oft eindeutig. Zumal es seit Jahrzehnten immer wieder – mal gezielt, mal über Jahre gewachsen – Versuche von organisierten Neonazis gibt, ganze Vereine oder Fankurven zu übernehmen. Doch es ist oftmals schwierig, statt Momentaufnahmen von Skandalen auch fundierte und langfristige Einschätzungen zu bekommen. Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen jene Vereine, in denen sich spektakuläre Vorfälle ereignen oder wo antifaschistische Initiativen, Fangruppen oder überregionale Medien auf Probleme mit Rechten aufmerksam machen. Dank der Saisonbilanz des BAFF gibt es einen Überblick auch über jene Fälle von Diskriminierung oder Neonazimus in den Stadien, die es nicht bis auf die Titelseiten schaffen. Ihre Einschätzung, dass diese Phänomene in allen Ligen sowie in Ost und West und »fast ausschließlich im Bereich des Männerfußballs« anzutreffen sind, trifft zu. Die Bilanz macht aber auch klar, dass es parallel zum Ansteigen rechter Aktivitäten auch zu einem erfreulichen Aufschwung von Aktionen gegen Diskriminierung, Homophobie, Neonazis und Rassismus in den Stadien kam.

Doch es mangelt in der antifaschistischen Öffentlichkeit an fundierten, dauerhaften Einblicken in die rechten Szenen einzelner Vereine. Neben der kontinuierlichen Dokumentation rechter Aktivitäten in den Stadien braucht es auch eine Einschätzung, welche Relevanz organisierte Neonazis in Vereinen wirklich haben. Dominieren sie die Szene, nutzen sie das Stadion als Bühne oder sind sie »nur« dort, weil sie einfach Fußballfans sind? Nicht zuletzt muss auch der Ansatz, Neonazis in den Stadien als reines Sicherheitsproblem zu betrachten und rechte Fans mit nichtangepassten Fans und ihrer Fan-Kultur, die der Kommerzialisierung des Sports im Wege steht, in einen Topf zu werfen, kritisch im Auge behalten werden. Diese Themen will »der rechte rand« in Zukunft stärker beleuchten als bisher.



# Gewachsene Strukturen

In der Fanszene von »Eintracht Braunschweig« sind über Jahre rechte Strukturen gewachsen. Antifaschistische Initiativen gehen dagegen an.

**von Martin Schmidt**

Seit Ende 2012 bröckelt die Illusion einer heilen Fanszene bei »Eintracht Braunschweig«. Auslöser war die Veröffentlichung der Broschüre »kurvenlage – Rechte Aktivitäten in der Fanszene von Eintracht Braunschweig« durch die »Initiative gegen rechte (Hooligan-)Strukturen«. Darin wurden rechte Aktionen und Akteure benannt und die lange Tradition rechter Hooligan-Strukturen offengelegt. Kurz darauf kam es beim Heimspiel am 6. Oktober 2012 zu Morddrohungen und versuchten Übergriffen auf die Fan-Gruppe »Ultras Braunschweig« (UB). Die antifaschistische Gruppe besuchte in Begleitung von SympathisantInnen nach vier Jahren erstmals wieder das Stadion und zeigte ein Transparent mit dem Slogan: »Keine Eintracht mit Nazis«. Nach dem Abpfiff versuchten etwa 30 rechte Hooligans, die AntifaschistInnen zu attackieren.

**Rechte Tradition**

An dem Angriff beteiligt waren Mitglieder der rechten Hooligan-Gruppen »Alte Kameraden« (AK) und »Kategorie Braunschweig« (KBS). Die AK fallen seit ihrer Gründung 1981 immer wieder durch rechte Aktivitäten auf, einige von ihnen waren Mitglied in der verbotenen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) oder waren an der Organisation von RechtsRock-Konzerten beteiligt. Mitglieder von AK waren auch 1994 an den rassistischen Ausschreitungen und Hetzjagden an Himmelfahrt in Magdeburg und 1998 an der Attacke auf den französischen Polizisten Daniel Nivel in Lens bei der Fußball-Weltmeisterschaft dabei. Noch heute steht die Gruppe im harten Kern der Fanszene bei »Eintracht« an der Spitze der Hierarchie und nutzt diese Position. So wurde den jungen, antirassistischen UB vor Jahren mit Gewalt gedroht, sollten sie nicht aufhören, im Stadion Sterne und »nicht-deutsche« Sprache auf ihren Transparenten und Fahnen zu benutzen. Auch der ausländische Vorsänger der Ultras passte ihnen nicht ins rechte Weltbild.

**»Autonome Nationalisten«**

Die AK-Hooligans sind gealtert und im Stadion seltener präsent. Vor allem KBS, ein seit kurzem aufgelöster Zusammenschluss aus Nachwuchs-Hooligans, versuchte das Vakuum zu füllen und die rechte Hegemonie aufrecht zu erhalten. KBS zeigte sich in Sachen Gewalt und rechten Aktivitäten lebendig: Mitglieder nahmen mehrfach an Naziaufmärschen teil, sind mit »Kameradschaften« vernetzt oder selbst bei den »Autonomen Nationalisten« aktiv. Immer wieder fiel KBS durch Übergriffe auf MigrantInnen und Andersdenkende auf. Im Sommer 2011 waren Hooligans der Gruppe zum Beispiel an einem rassistischen Überfall auf Mallorca beteiligt, bei dem ein Kellner schwer verletzt wurde. Und in Braunschweig gehen sie seit Jahren gewalttätig gegen Linke und AntifaschistInnen vor. Aus ihrer Gesinnung machen sie keinen Hehl: Nach dem Aufstieg in die zweite Bundesliga 2011 postierte sich KBS mit einem Transparent vor dem Fanmarsch und skandierte Naziparolen, wie »Hier marschiert der nationale Widerstand«.

Mit Hilfe anderer rechter Gruppen, wie den »Fetten Schweinen/Hungerhaken« (FSHH) oder den ehemaligen »Nord Power Dogs«, die sich nach Einwirken des Vereins nur noch »Dogs« nennen, schüren die Hooligans in der Fankurve ein rechtes Klima. Die FSHH fallen durch ihre direkte Vernetzung in die Neonazi-Szene auf. So gibt es personelle Überschneidungen zu den »Autonomen Nationalisten Wolfenbüttel/Salzgitter« (AN WF/SZ). Und im Fanclub »Exzess Boys« tummeln sich mindestens drei ehemalige Mitglieder der aufgelösten »Autonomen Nationalisten Harz & Heide« (ANHH). Neben Weihnachtsfeiern, bei denen Tische zu einem Hakenkreuz zusammengestellt wurden, fiel die Gruppe »Exzess Boys« mit einem Störversuch bei einer antifaschistischen Demonstration gegen rechte Hooligan-Strukturen im Mai 2011 auf.

**Weitere Angriffe**

Auch 2013 gingen die Bedrohungen und Angriffe weiter: In der Silvesternacht wurde gezielt das Auto einer Antifaschistin demoliert. Am 7. Januar präsentierte sich der bekennende Fan von »Eintracht« Patrick Kallweit, Landtagskandidat der NPD zur Niedersachsenwahl im Januar 2013, auf einer Wahlkampf-Kundgebung der Partei in Braunschweig mit einem Schal des Vereins. Am 24. Januar drohten dann Mitglieder von KBS vier Jugendlichen vor einer Braunschweiger Diskothek, sie »abzustechen«. Sie vermuteten, dass diese »zur Antifa gehören«. Am 8. Februar gingen dann die die antifaschistischen Ultras zum dritten Mal ins Stadion. Bei ihrer Abreise versuchte eine Gruppe teils vermummter Mitglieder von KBS, sich gewaltsam Zugang zur Straßenbahn zu verschaffen. Und am 19. Mai 2013 besuchte der Bundesvorsitzende der NPD und Fan von »Eintracht« Holger Apfel ein Spiel des Vereins, stürmte nach der Partie, mit der der Aufstieg in die erste Liga gesichert war, mit anderen Fans auf das Feld und ließ sich zwischen Fans fotografieren. Gegen Apfel erließ der Verein ein Stadionverbot. Während des Fanmarsches nach dem Aufstiegsspiel in die Innenstadt sangen Fans antisemitische Lieder und Mitglieder mehrerer rechter Hooligan-Gruppen suchten Auseinandersetzungen mit alternativen Jugendlichen und der Polizei.

Die rechte Hegemonie in der Fankurve im Stadion von »Eintracht Braunschweig« wurde immer wieder kritisiert. Doch bisher ignorierten Fans und Verein das Problem meist oder leugneten gar die Existenz rechter Hooligan-Strukturen. Der Fan-Vorsänger Thilo Götz sagte im Interview mit dem Fußballmagazin »11 Freunde« im Oktober 2012 dazu: »Die sind noch da, und ja, die haben auch rechte Tendenzen. Doch noch einmal: Wir stören uns nicht daran, solange diese Leute uns nichts tun.«

*Weitere Infos unter: www.nonazisbs.blogsport.de*

# Teil des Problems: Die SG Dynamo Schwerin

Die Fußballer der »SG Dynamo Schwerin« kicken vor nur wenigen hundert ZuschauerInnen in der Landesliga West. Doch Probleme mit Neonazis bringen den Traditionsverein aus der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern häufig in die Schlagzeilen.

**von Roman Guski**




^ *Stadion in Schwerin*

Seit ihrer Neugründung im November 2003 hat sich die Sportgemeinschaft zu einem Hort rechter Hooligans entwickelt, deren Zahl auf bis zu 40 geschätzt wird. Sie liefern sich Schlägereien mit gegnerischen Fans und der Polizei oder suchen die Konfrontation mit politischen GegnerInnen. Im Sommer 2012 wurde in Schwerin ein Fußballturnier der »Jusos« von drei Personen aus dem Dynamo-Umfeld heimgesucht. In den Vorjahren waren wiederholt linksalternative Projekte Angriffsziel. Entsprechend lang ist die Liste der Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung. Der Sportverein weiß um seine »Problemfans« und ringt um öffentliche Anerkennung. Doch er ist selbst Teil des Problems.

**Schweigeminute für einen Neonazi**

Nach dem Auswärtsspiel gegen die »Turn- und Sportgemeinschaft Gadebusch« (TSG) im Mai 2013 geriet die »SG Dynamo« abermals in Verruf. Vor Spielbeginn wurde der »Dynamo«-Fan Rene Riedel, der Anfang des Jahres einem Krebsleiden erlag, mit einer Schweigeminute gewürdigt. Vorher waren die Schweriner mit einem Porträt des Verstorbenen aufgelaufen und übergaben dessen Tochter eine Geldspende. Während die Aktion in sozialen Netzwerken bejubelt wurde, hagelte es in den Zeitungsspalten harsche Kritik: »Es ist ein Unding, dass er gewürdigt worden ist«, zitierte die »Schweriner Volkszeitung« (SVZ) den Bürgermeister von Gadebusch. Zu Lebzeiten bewegte sich Riedel nämlich in einer Mischszene aus Kriminellen, Rockern und Neonazis. Wegen schwerer Körperverletzung und anderer Delikte einschlägig vorbestraft, schloss er sich im Frühjahr 2012 dem Outlaw-Motorradclub »Schwarze Jäger« an. Obschon sich die Rockergang betont unpolitisch gibt, ist sie eng mit der Neonaziszene Nordwestmecklenburgs verflochten. Nach Bekanntwerden der Hintergründe räumte die TSG Fehler ein und distanzierte sich von rechtem Gedankengut. Seitens der »SG Dynamo« blieb eine entsprechende Stellungnahme aus, was als Zeichen an die eigene Klientel gewertet werden kann. Fans und Mitglieder bemühten sich auf Facebook, das Problem kleinzureden und schimpften über »Zensur«, »Rufmord« und »Sippenhaft«. Der SVZ-Chefredakteur Michael Seidel wies die Schelte zurück: Man habe die Anwesenden moralisch genötigt, »einer zumindest zweifelhaften und wegen Gewaltdelikten vorbestraften Person auf eine Weise zu huldigen, die perfide war«.

**Fan statt Hooligan**

Der Schweriner Sportverein verfolgte jahrelang den Ansatz, rechts- und gewaltaffine Cliquen in die Vereinsarbeit zu integrieren. Für Honorarkosten, Wettkampf- und Trainingsmittel sowie die Einrichtung eines Fantreffs kassierte »Dynamo« im Rahmen des Programms »Fan statt Hooligan« insgesamt 4.800 Euro vom Land. Das Innenministerium ignorierte Kritik an der Förderpraxis, lobte die Einsatzbereitschaft des Vereins und zog 2008 eine Erfolgsbilanz: Nach Einschätzung des »Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung« sei das Fanprojekt der inhaltlichen Zielsetzung »in hohem Maße gerecht geworden«. Niemand glaubt allerdings ernsthaft, dass die staatlich subventionierte »Glatzenpflege« geläuterte DemokratInnen hervorgebracht hat. Der Verein erklärte sein Vorgehen inzwischen selbst für gescheitert und kündigte eine Strategie der Abgrenzung an – doch entscheidende personelle Konsequenzen blieben aus. Vorstandsmitglied Ronny Sanne und einer der wichtigsten Spieler des Vereins gehörten seit Beginn der 1990er Jahre der rechten Skinhead-Szene an und fielen mehrfach strafrechtlich auf. Im Zusammenhang mit dem Lichtenhagen-Pogrom 1992 wurden beide im Juni 2002 wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung verurteilt. Weil das Landgericht Schwerin den Prozess jahrelang verschleppt hatte, fiel das Urteil aber auf Bewährung aus. Anstatt im Gefängnis fand sich Sanne bald als Projektleiter und Fanbetreuer in der »Gewaltprävention« wieder – ohne seine rechten Verbindungen gänzlich zu kappen.

**Die NPD spielt mit**

Um die geplante Schließung der Vereinsspielstätte auf der Schweriner Paulshöhe zugunsten eines modernen Fußballzentrums abzuwenden, suchten Teile des Vereins den Schulterschluss mit der NPD. Im Mai 2009 erkundigte sich die NPD-Landtagsfraktion bei der Landesregierung über Pläne für den Fußballstandort Paulshöhe, später unterstützte die Partei Mahnwachen für dessen Erhalt. Wohl um mit Fraktionschef Udo Pastörs das weitere Vorgehen zu sondieren, stattete Ronny Sanne der NPD-Fraktion im Juni 2011 einen Besuch im Schweriner Schloss ab. An der Sicherheitsschleuse des Landtags hieß es zunächst für ihn und seine Begleitung: Schuhe aus. Da die Hausordnung das Tragen von »Modemarken mit Kundenorientierung im extremistischen Umfeld« nicht gestattet, mussten beide Besucher ihre Schuhe von »New Balance« gegen anderes Schuhwerk tauschen. Wenige Tage nach dem Treffen demonstrierten Dynamo- und NPD-Anhänger dann gemeinsam vor dem Landtag und provozierten Tumulte im Parlament. Während der Aussprache über einen NPD-Antrag zum Erhalt der Spielstätte entrollten die NPD-Abgeordneten Pastörs, Tino Müller und Birger Lüssow ein Transparent mit der Aufschrift »Heimat und Kultur erhalten«. Der Landtag verordnete daraufhin einen dreitägigen Sitzungsausschluss; Applaus tönte zuvor von der ZuschauerInnentribüne, auf der »Dynamo«-Fans Platz genommen hatten. Immer verhaltener wird indes der Beifall am Spielfeldrand für die »SG Dynamo Schwerin«, die über Probleme bei der Nachwuchs- und Sponsorensuche klagt.

# ›Fußball ist Fußball, Politik bleibt Politik‹?

Spätestens seitdem der Verfassungsschutz ihr antifaschistisches Engagement im Auge hat, ist die Punkband »Feine Sahne Fischfilet« aus Mecklenburg-Vorpommern bundesweit bekannt. Die A-Junioren-Mannschaft des Fußballvereins »Rostocker FC« trägt bis zum Sommer 2015 das Logo der Band auf der Brust. Weil sich der Traditionsverein gegen Rechts positioniert, unterstützt ihn die Band als Trikot-Sponsor. Roman Guski sprach mit Sänger Monchi über antirassistisches Engagement im Fußball.




**drr: Im ländlichen Raum ist Fußball oft ein bestimmendes Freizeitangebot. Zugleich macht die rechte Szene den Amateursport häufig zur Spielwiese für ihre Aktivitäten. Wie würdest Du die Situation in Mecklenburg-Vorpommern einschätzen?**
Monchi: Nazis versuchen sich über verschiedene zivilgesellschaftliche Strukturen zu etablieren, sei es nun die Freiwillige Feuerwehr oder eben der lokale Fußballverein. Das ist nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern so, aber es gibt da Vereine, die typisch für diese Entwicklung sind. Wo man ganz klar sagen kann, die haben eine rechte Fanszene oder da spielen Nazis mit. Bekannt dafür ist die »SG Dynamo Schwerin«. Dort sind Leute aktiv, die vor 20 Jahren in Lichtenhagen dabei waren und sich nie glaubwürdig von ihren rassistischen Taten distanziert haben. Und im vorpommerschen Löcknitz pfeift der NPD-Politiker Dirk Bahlmann Jugendspiele.

**drr: Sind die Sportvereine im Umgang mit rechten Aktivitäten nicht gut aufgestellt?**
Monchi: Es ist schon ein bisschen in, gegen Nazis zu sein – das ist ja auch der letzte CDU-Kunde. Vom Land gibt es politischen Druck, um die Vereine von aktiven Nazis freizuhalten und die reagieren nach dem Motto: Es muss ja gemacht werden. Ich glaube, das ist die falsche Herangehensweise. Das ist von oben aufdiktiert und bringt fast nichts. Da macht man mit, um nicht im schlechten Licht zu stehen. Vielleicht gehen sogar Fördermittel verloren und deshalb unterschreibt man irgendeinen Wisch. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Problem findet nicht statt, die müsste aus dem Verein heraus passieren. Oft geht es nur um das eigene Image.

**drr: Dem »Rostocker FC« geht es um mehr als nur Imagepolitik?**
Monchi: Das war für uns der entscheidende Punkt: Es ging uns als Band darum, einen Verein aus Mecklenburg-Vorpommern zu fördern, der sich ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzt. Vor den letzten Landtagswahlen hat der »Rostocker FC« dazu aufgerufen, nicht die NPD zu wählen und dafür sogar eine Strafe vom Landessportgericht kassiert. Die gehen auch konsequent damit um, wenn Gäste-Fans in Nazikleidung auftauchen. Beim Spiel gegen den »TSV Bützow« hat es keine zehn Minuten gedauert, bis die wieder draußen waren. Der Verein engagiert sich auch im örtlichen Flüchtlingsheim und ist bei der Kampagne »Fußballfans gegen Homophobie« dabei. Das finden wir gut. Es ist bestimmt nicht alles rosarot, aber wo ist es das schon? Wichtig ist, dass es in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt einen Verein gibt, der Alternativen aufzeigt.

**drr: Wie kam es zur Zusammenarbeit? Von wem ging die Initiative aus?**
Monchi: Da unser Album ganz gut läuft, hatten wir etwas Kohle in der Kasse. Unterwegs auf Tour haben wir überlegt, welches Projekt man damit unterstützen könnte. Eher zufällig habe ich erfahren, dass dem »Rostocker FC« Geld für neue Trikots fehlte. Ich habe den Vereinsoffiziellen angeschrieben und dann ging alles ganz schnell. Schon nach zwei, drei Monaten konnten wir die Trikots übergeben.

**drr: In der Fußballwelt heißt es ja immer wieder, Politik gehöre nicht ins Stadion. Wie kam eure Sponsoring-Aktion an?**
Monchi: Keine Ahnung. Es gibt das Credo: Fußball ist Fußball, Politik bleibt Politik - aber das ist einfach totaler Quatsch. Das ist doch ein Motto von rechtsoffenen Leuten und spielt nur den Nazis in die Hände. Leute, die sich antifaschistisch engagieren, werden die Aktion sicher gut gefunden haben. Mich freut sehr, dass der »Rostocker FC« dadurch Kontakte knüpfen konnte. Der Verein wurde vom »SV Babelsberg 03« zum MyFest in Berlin-Kreuzberg eingeladen und war dort mit einem Stand vertreten. Uns ist wichtig, dass antifaschistische Vereine und Initiativen sich vernetzen und zusammenarbeiten. Das klappt immer besser.

**drr: Dem »FC Hansa Rostock« wird eher eine rechte Fanszene zugeschrieben. Die rechte Szene sah allerdings vor einiger Zeit ihr Revier bedroht, als Fangruppen »gegen jede Form von Diskriminierung« auftraten und lastete dies auch »Feine Sahne Fischfilet« an.**
Monchi: Der »FC Hansa Rostock« hat das Image, ein »Naziverein« zu sein. Das geht aber ein bisschen an der Realität vorbei. Aktive Nazis schaffen es nicht, in der Rostocker Fußballszene Fuß zu fassen. Es gibt aber genug Idioten in der Fanszene und deshalb war es für mich wichtig, mich da abzugrenzen. Man muss den Verein und seine Fans differenziert betrachten. Es ist falsch zu sagen, dass »FC Hansa« so eine Fanszene hat wie der »Chemnitzer FC«, die ganz klar mit NS-Symboliken spielt und wo Ultras und Hools auch mal als NPD-Ordner auftreten. Das ist ein Unterschied, den man zu schätzen wissen sollte.

# Konsolidierungsversuche der »Identitären Bewegung Deutschland«

Wohlmeinende Artikel in – gefühlt – jedem Blatt der (extremen) Rechten. Berichte in den bürgerlichen Medien. Dutzende Facebook-Profile, hunderte, tausende Likes. Erste, wenn auch kärgliche öffentliche Aktionen. Die »Identitären« versuchen sich zu verstetigen – treffen aber auf Hürden.

**von Margarete Schlüter**



Ein dreiviertel Jahr ist es her, dass die französische »Génération Identitaire« den Kurzfilm »Déclaration de guerre« (»Kriegserklärung«) im Internet veröffentlichte und kurze Zeit später für einige Stunden das Dach einer Moschee im französischen Poitiers besetzte. Diese Aktionen waren ausschlaggebend für die Gründung der »Identitären Bewegung Deutschland« (IBD) (s. drr Nr. 140). Seither formierten sich nach eigenen Angaben bundesweit 54 lokale Gruppen, die meisten in den alten, nur sechs in den neuen Ländern. Jeder dieser Gruppen wird zur Umsetzung des Ziels, »dem Erhalt unserer Traditionen und unserer ethnokulturellen Identität«, ein Grundlagenpapier an die Hand gegeben. Ferner wird darin formuliert, dass ihre Aufgabe darin bestünde mittels »Schock- und Sympathieaktionen« ein »identitäres Bewusstsein« zu schaffen und über den angeblichen »Demographiekollaps«, die vermeintliche Massenzuwanderung sowie Islamisierung aufzuklären. Nachzulassen oder aufzugeben in diesem Kampf sei keine Option, man wäre schließlich kein »Kegelverein«. Denn an ihnen hänge das Schicksal Deutschlands und Europas – mehr Pathos geht kaum.

Gemessen an der Vielzahl von Gruppen ist ihre öffentliche Präsenz nach wie vor gering. Wenige öffentliche Aktionen mit noch weniger TeilnehmerInnen lassen vermuten, dass die Basis dieser ›Bewegung‹ mehr als dünn ist. Zwar sind an vielen Orten mittlerweile ihre Aufkleber zu finden, doch als sie am 13. März 2013 in Berlin-Reinickendorf eine Bezirksverordnetenversammlung störten, bei der über die Umwandlung eines Altersheimes in ein AsylbewerberInnenheim diskutiert wurde, war keine Handvoll Aktivisten dabei. In Hamburg, zehn Tage später, hingegen waren es deutlich mehr. Hier versuchten rund Zwanzig an einer Kundgebung der »German Defence League« gegen die Umwandlung einer Kirche in eine Moschee teilzunehmen – so viele waren es aber wohl auch nur, weil sie direkt von einem Treffen norddeutscher »identitärer« Gruppen gekommen waren.

Es scheint derzeit vielmehr so, als ob die IBD noch immer in ihrer Organisierungs- und Zentralisierungsphase ist. Und dabei geht es langsam voran. Beispielsweise wurde beim letzten bundesweiten Treffen am ersten Maiwochenende 2013 der Berliner Nils Grunemann als Repräsentant der IBD gewählt, doch öffentlich tritt er kaum in Erscheinung.

**Öffentliche Resonanz**

Doch obwohl die IBD mit öffentlichen Aktionen eigentlich nicht aufgefallen ist, ist sie mittlerweile auch jenseits der (extrem) rechten Presse ein mediales Thema. In zahlreichen Zeitungsartikeln, Fernseh- und Radiobeiträgen wird die IBD als eine »Jugendbewegung« beschrieben, die trotz ihrer Bekundung, »weder rechts noch links« zu sein, der Rechten zuzuordnen wäre. Obligatorisch in diesen Formaten ist die Stimme von ›Experten‹ aus den Sicherheitsbehörden. Und so erfahren die RezipientInnen, dass die »Identitären« in einigen Bundesländern vom ›Verfassungsschutz‹ beobachtet würden und der Präsidenten des »Bundesamts für Verfassungsschutz«, Hans-Georg Maaßen, diese selbsterklärte Bewegung als virtuelle Erscheinungsform des Rechtsextremismus einschätze – mit »bislang wenig Realweltbezug«.

**›Theorieorgane‹**

Inhaltliche Anleihen suchen die »Identitären« vornehmlich bei AutorInnen der ›Neuen Rechten‹, die sie in kurzen Aufgüssen über die Website der IBD online stellen, vor allem aber über den Blog »Das Athenaeum« sowie die Seite »Der Funke«. Ersterer versteht sich als »ein Online-Magazin junger, ambitionierter Autoren«. Er existiert seit November 2012, zunächst als »schöpferische Dicht- und Denkgemeinschaft«. Bald wurde das Themenangebot erweitert um inhaltliche Texte, die heute den Schwerpunkt bilden. Die andere Website kommt aus Österreich, wendet sich aber explizit an den gesamten deutschsprachigen Raum. Alle paar Tage werden auf der Seite poppig aufgemachte Texte online gestellt, thematische Überschriften wie »Über Identität«, »Vom Aufbruch« oder »Vom Nutzen und Nachteil der Islamkritik«. Aus Österreich kommt seit Mai 2013 auch ein Videoblog via Youtube. In kurzen Filmen stellt unter anderem der Wiener Student Martin Sellner Ideen, Vorstellungen und Ziele der ›Bewegung‹ vor. Er selbst kommt ursprünglich aus dem Umfeld des Neonazis Gottfried Küssel und der neonazistischen Website »alpen-donau.info« (s. drr Nr. 133, 140). Seit 2008 nahm er an mehreren neonazistischen Kundgebungen teil, unter anderem am Gedenken an den Zweiter-Weltkrieg-Jagdflieger Walter Nowotny am Wiener Zentralfriedhof – zusammen mit Gottfried Küssel und dem bekannten österreichischen Neonazi Felix Budin. Auch 2009 tauchte Sellner dort auf, ebenso wie im Februar des Folgejahres auf dem neonazistischen Aufmarsch in Dresden. Heute macht der Student indes nicht nur diese kurzen Filmchen, sondern betätigt sich auch als Chefstratege der »Identitären Bewegung Österreichs«, als deren Obmann Alexander Markovics nach außen fungiert.

Ferner gibt die IBD einen »Identitären Rundbrief« als »internes Mitteilungsblatt« heraus, dessen erste Ausgabe im März 2013 erschien – bisher auch das einzige Heft. Verantwortlich zeichnet dafür die »Presseabteilung« der ›Bewegung‹, vertreten laut Impressum durch Max Beck und Thomas Schneider. Inhaltlich wird vor allem über ein »Zwischentreffen« im hessischen Bad Homburg berichtet und die für notwendig erachtete Umstrukturierung der Ortsgruppen bekannt gegeben. Demzufolge dürfen ab dem 13. April 2013 Ortsgruppenleiter keiner Partei angehören, weder ehemaliges Mitglied extrem rechter Parteien oder anderer extrem rechter Organisationen gewesen sein, noch über andere Verbindungen zu diesen verfügen. Für AktivistInnen gilt das in vermindert scharfer Form: Sie dürfen das nicht gegenwärtig sein und früher dürfen sie nur nicht einer verbotenen Partei oder Organisationen angehört haben. Ausgeschlossen



junge Österreicher aufgeregt durch sein englisches Skript stolperte, zeigte sich Philippe Vardon, Mitbegründer des französischen »Bloc identitaire«, deutlich souveräner. Er stellte Aktivitäten seiner Leute vor, wie zum Beispiel die Besetzung der Dachterrasse des Hauptquartiers der Sozialistischen Partei in Paris am 26. Mai 2013, verbunden mit einer Rücktrittsforderung an den französischen Präsidenten François Hollande. Für Willingers Buch verfasste er im Übrigen ein kurzes, launisches Vorwort.

**Rechte Reaktionen**

Nach wie vor finden die »Identitären« ein Echo im Blätterwald der (extremen) Rechten, doch mittlerweile zeigen sich deutlich Ambivalenzen. Die ›neu-rechte‹ Wochenzeitung »Junge Freiheit« biedert sich an das junge Publikum an und lobt ihren »Jungautoren Wettbewerb 2013« unter dem Motto »Identität – was versteht Ihr darunter?« aus. Aus dem Spektrum des »Instituts für Staatspolitik« werden die Töne jedoch verhaltener. Götz Kubitschek, Herausgeber der Zeitschrift »Sezession«, fragte am 27. Februar 2013 bereits auf » Sezession im Netz«: »Scheitert die Identitäre Bewegung in Deutschland?« In fünf Punkten beklagt er den Zustand der IBD. Sie würde erstens von den Medien niedergeschrieben und gleichzeitig versuche, zweitens, der »Nationale Widerstand« auf den Zug aufzuspringen – Abgrenzung sei hier nötig. Er bemängelt drittens, dass die ›Bewegung‹ bisher keine »Führungspersönlichkeiten« hervorgebracht habe, die Struktur und Konstanz hereinbringen und als Aushängeschild fungieren können. Zudem mangele es viertens an einem Alleinstellungsmerkmal in Inhalt und Form und fünftens sei noch immer unklar, was denn für sie eigentlich ›Identität‹ bedeute. So viel Engagement Kubitscheks überrascht – oder auch nicht. Dieses Spektrum liegt stets auf der Lauer, wie zuletzt im Mai eben auch ein Sonderheft der »Sezession« deutlich machte. Es trägt den Titel »Alternativen für Deutschland«. Mit Hoffnung, aber auch Ernüchterung wenden sich in ihm Autoren der neuen Partei »Alternative für Deutschland« und eben der IBD zu. Laut Kubitschek nutze die IBD nicht ihr Potential, gehe aus der Virtualität in die Öffentlichkeit und baue funktionierende Strukturen auf. Stattdessen verhalte sie sich wie ein »Kindergarten«. Zudem wirft er die Frage auf, warum die IBD nicht der AfD-Jugendorganisation beitrete. Könne dadurch doch »gefahrlos« Gesicht gezeigt werden und Themen platziert werden. Und doch, trotz der Ernüchterung über den ›identitären Aufbruch‹ versucht das IfS-Spektrum die ›Bewegung‹ zu unterstützen – in Karben und Dresden stehen ihnen neu gegründete ›Zentren‹ offen.

**Ausblick**

Angetreten war die IBD als eine Gruppierung, die sowohl theoretisch als auch praktisch agieren wollte - gelungen ist ihr dies nur zum Teil. Über die Monate hinweg ist deutlich geworden, dass sie mit ihren Konsolidierungsbemühungen an Grenzen gestoßen ist. Doch sollte daraus nicht der Schluss gezogen werden, sie in ihren Bemühungen zu unterschätzen, greift sie doch bestimmte Stimmungen und Denkweisen auf, die bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen, und ideologisiert diese. Aufgabe von AntifaschistInnen muss daher sein, sich einerseits an gesellschaftlichen Debatten zu beteiligen und der selbsterklärten Bewegung Andockmöglichkeiten zu nehmen; andererseits muss sich mit jenem Gedankengut auseinandergesetzt werden, das unter dem Label ›neu-rechts‹ als unverbraucht, originär und politische Alternative verkauft wird.

werden sollen diejenigen, die in erlaubten oder verbotenen Parteien beziehungsweise Organisationen leitende Funktionen übernommen hatten. Diese Auflagen verweisen deutlich auf die Abgrenzungsversuche, aber auch die Anschlussfähigkeit der IBD zur extremen Rechten. Ein Blick auf die personelle Zusammensetzung einiger lokaler Gruppen zeigt, dass es wohl mit der Umsetzung hapert.

**›Leitfaden‹**

Wichtigste ideologische Inspirationsquelle ist derzeit jedoch wohl das 100-seitige Büchlein »Die Identitäre Generation« des Österreichers Markus Willinger. Zuerst als book on demand veröffentlicht, nahm es im Frühjahr 2013 der britische ›neu-rechte‹ Verlag »Arktos« von John Black Morgan in sein Programm auf. Hier wurde dem Buch eine Aufmachung in typisch ›identitärer‹ Manier verpasst – farblich in gelb und schwarz gehalten mit einer Grafik eines jungen Pärchens, wobei der junge Mann mit Baseballcap ein Megafon in der Hand hält. Erhältlich ist die Publikation nun nicht nur in Deutsch, sondern auch in Englisch. In 41 Kapiteln beschreibt der derzeit in Stuttgart lebende Student voller Pathos und Dramatik sein »identitäres« Menschen- und Weltbild und schließt in Anlehnung an die französische »Génération Identitaire« mit der sogenannten »Kriegserklärung«. Innerhalb der IBD wird allerorts auf das Büchlein verwiesen, eine kritische Auseinandersetzung darüber findet jedoch nicht statt. Auch die ›Neue Rechte‹ hielt sich bisher in der Bewertung zurück. Lediglich in der »Jungen Freiheit« wurde dem Autoren in einer Rezension mangelnde Sachlichkeit vorgeworfen. Nichtsdestotrotz trat Willinger als Redner beim 5. »Identitär Idé« am 29. Juni 2013 in Stockholm auf. Ausgerichtet wird die Veranstaltung von »Arktos« und »Motpol«, einem rechten Internetportal aus Skandinavien. Dieses Jahr stand der Kongress unter dem Motto »Identität vs. Globalisierung«. Knapp 100 BesucherInnen, darunter viele jüngere Leute, lauschten neben Willinger den Ausführungen von Paul Gottfried aus den USA, Tobias Ridderstråles aus Schweden, Manuel Ochsenreiter von der Zeitschrift »Zuerst!« und einigen anderen. Während der

# Who are they?

Dutzende Facebook-Seiten, Videos auf youtube und Aktionen auf der Straße werfen die Frage auf, wer hinter den »Identitären« steckt. Handelt es sich um »alte Bekannte« oder gelingt es der selbsterklärten Bewegung, bisher nicht aktive oder nicht öffentlich auftretende Menschen zu aktivieren?

**von Toni Brandes, Fabian Kunow, David Janzen, Emil Meyer, Stefan Schneider, Barbara Manthe, Patrick Kaiser, Lucius Teidelbaum**




^ *Gesicht zeigen von Rechts: Nils Grunemann*

Laut der offiziellen Homepage der »Identitären Bewegung« (IB) gibt es derzeit 54 Gruppen in Deutschland. Diese haben in der Regel einen Facebook-Account, der als zentrales Werbe- und Kommunikationsmedium fungiert. Geographisch verteilen sie sich beinahe ausschließlich auf die alten Bundesländer, gerade mal sechs von ihnen kommen aus den neuen Bundesländern.

**Berlin**

Am 13. Oktober 2012 ging der Facebook-Account der »Identitären Bewegung Berlin« (IBB) online. Ein erster öffentlicher Auftritt erfolgte am 18. November 2012, als bei einer Veranstaltung der Partei »Die Freiheit« drei Personen teilnahmen, die T-Shirts mit dem Erkennungssymbol der »Identitären Bewegung« – dem griechischen Lambda – trugen. Ansonsten bestehen die Aktivitäten der BerlinerInnen vor allem im Teilen und Verlinken von Facebook-Beiträgen anderer Gruppen der IB sowie von Artikeln der »neu-rechten« Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) und des Blatts »Blaue Narzisse« (BN). Einen Überblick über die Anzahl der in der Berliner Ortsgruppe organisierten Personen gab es am 20. Dezember 2012 bei der Veranstaltung »Poitiers 2012 – Ich war da«. Nur eine Handvoll hatte sich versammelt. Einen öffentlichkeitswirksamen Auftritt hatte die IBB im Berliner Außenbezirk Reinickendorf, dort wird zurzeit eine SeniorInnenunterkunft in ein Flüchtlingsheim umgewandelt. Gegen die Umwandlung gibt es rassistisch gefärbten Protest von AnwohnerInnen. Es wurden Flugblätter an den Zaun der Baustelle gehängt und am 13. März 2013 eine Sitzung der zuständigen Bezirksverordnetenversammlung betreten. Bei der Versammlung wurde ein Transparent mit der Aufschrift »Für unsere Alten Spott und Kälte. Für Asylanten Lob und Knete« im ZuschauerInnenbereich hochgehalten. Die Aktion stieß lokal auf mediales Interesse und wurde mit einem eigenen Beitrag im »Rundfunk Berlin-Brandenburg« (RBB) bedacht. Am 5. Mai 2013 überraschte die IBB die Internetcommunity mit einem Video, auf dem mehr als zwei Dutzend Leute einen Flashmob im »Alexa«, einem der größten Einkaufszentren Berlins, bildeten. Zu Hardbass, einer aggressiven Form von Techno-Musik, schwenkten sie Fahnen und tanzten – eine Aktionsform, die erstmals von Neonazis in Osteuropa auf die Straße gebracht wurde. Im begleitenden Schreiben »Ich konsumiere, also bin ich« begründeten die BerlinerInnen ihre Aktion mit einer konservativen Konsum- und Kapitalismuskritik. Der »wahre Geist« widerstehe dem Konsum, beschränke sich auf das »elementar notwendig(e)« und versorge sich mit regionalen Produkten. Die »urwüchsige Verwurzelung mit seinem Umland und die in ihm produzierten Waren, asphaltiert seine Einstellung!«, heißt es darin. Die vergleichsweise hohe Zahl von AktivistInnen bei dem Flashmob war auf die Beteiligung von BesucherInnen des »Nationalen Treffen der Identitären Bewegung« in Berlin zurückzuführen, das im Anschluss stattfand. Dort wurde der Berliner Nils Grunemann zum »öffentlichen Gesicht« der »Bewegung« gewählt. Grunemann stellte sich einige Tage später in einen Interview vor. »Mit einem kleinen Zwischenspiel bei der Jungen Union Berlin ist meine Tätigkeit bei der Identitären Bewegung mein erstes politisches Engagement.« Er sei 18 Jahre alt, Christ und Patriot.

**Köln**

Viele Aktionen haben die Kölner »Identitären« noch nicht durchgeführt, seit sie am 24. Oktober 2012 mit ihrem Facebook-Account online gingen. Einem Bericht der »neu-rechten« Zeitschrift »Blaue Narzisse« zufolge gab es Anfang Dezember 2012 zwar eine Aktion, die darin bestanden haben soll, in der Altstadt Aufkleber zu verkleben und sich in einem Weihnachtsmannkostüm ablichten zu lassen – öffentlich zur Kenntnis genommen wurde der Auftritt kaum, auch wenn es im »Aktionsbericht« hieß: »Ein Aktivist schlüpfte gar in ein Weihnachtsmann-Kostüm und stellte eine feucht-fröhliche Polonaise am Dom prompt unter das Motto ›Heimat, Freiheit, Tradition‹«. Der Autor des Berichts war der Kölner Lehramtsstudent Carlo Clemens, der regelmäßig für die BN und die JF schreibt. Am 29. März 2013 fand ein »Stammtisch« für Interessierte statt, an dem nach eigenen Angaben »Aktivisten aus Bochum, Dortmund, Euskirchen, Köln, Mönchengladbach teilnahmen. Ein ins Netz gestelltes Foto zeigt 20 Männer und zwei Frauen. Die Gesichter sind unkenntlich gemacht. Insgesamt beschränkt sich die Präsenz der Kölner »Identitären« vor allem auf Facebook-Postings. Wer tatsächlich zur Gruppe gehört, lässt sich schwer sagen – einzig die Kommentare und Postings auf der Seite geben Aufschluss. Wer dort schreibt, sind zum Teil bekannte Rechte wie Sebastian Nobile, ehemaliger »Leiter« der Kölner Division der »German Defence League« (GDL). Er pflegte gute Kontakte zur »Pro-Bewegung«, beispielsweise sprach er am 9. Juni 2012 bei einer »Pro NRW«-Kundgebung und am 18. und 19. August desselben Jahres bei »Pro Berlin«. Anfang 2013 gab er dann via Facebook seinen Wechsel zu den »Identitären« bekannt. Auch lässt das Teilen und Kommentieren auf Facebook auf eine Nähe von »Pro«-AnhängerInnen und »Identitären« schließen. Kommentare hinterlassen auf dem Profil der Kölner Gruppe regelmäßig z.B. Andy Uetze, Aktivist der GDL, und Oliver Wesemann, ein von der »Piratenpartei« zu »Pro« gewechselter Kommunalpolitiker. Anknüpfen können sie dort, weil sich die Themen der »Identitären« kaum von den Themen der extremen Rechten unterscheiden: Bei ihnen geht es vor allem gegen MigrantInnen, besonders MuslimInnen, auch rufen sie zum Kampf gegen »Islamisierung« und »Zuwanderung« auf. Bemerkenswert ist zudem der Fokus auf politische GegnerInnen, der ein Charakteristikum der organisierten Rechten (Anti-Antifa) ist. So findet sich auf dem Facebook-Account ein Video, das in typisch diffamierender Form einen Sozialwissenschaftler angreift, der sich kritisch über die »Identitären«









^ *(v. l. n. r.:) Sebastian Nobile, Matthias Wagner, Markus Willinger*

äußerte. Auch das Spielen mit linken Parolen (»pro border, pro nation«), sowie die Markierung des Reviers mit Aufklebern als Aktionsform spricht für eine stärkere Fixierung auf die extreme Rechte als es die »Identitären« bislang zugeben.

**Gießen und Fulda**

Im Landkreis Gießen traten Ende Oktober 2012 gleich drei Gruppen unter dem Label der IB auf Facebook in Erscheinung. Neben der vermeintlich ortsansässigen Gruppe »Gießen« (28.10.2012) gingen die Gruppen »Lumdatal/Kreis Gießen« (25.10.2013) und »Gießen/Vogelsberg« (28.10.2012) fast zeitgleich online. Alle drei Accounts werden jedoch nicht von der offiziellen Seite der »Identitären Bewegung Deutschland« verlinkt. Das gegenseitige Liken und Verweisen suggerierte in den ersten Wochen eine hohe Aktivität. Politisch orientiert sich die Gruppe »Lumdatal/Kreis Gießen« an regionalen Neonazistrukturen. So gibt es in der Region mit der »Lumdatalstimme« auf Facebook und dem »Infoportal Lumdatal« zwei Plattformen für sie. Mitte November gab die »Identitäre Bewegung Lumdatal« an, man wolle »in Zukunft mit den netten heimattreuen Aktivisten aus dem Lumdatal (Lumdatalinfo, Anm. d. A.) zusammenarbeiten!«. Im Gegenzug kündigte die »Lumdatalstimme« am 17. Mai 2013 ein Treffen mit einer »Identitären Gruppe« an. Auch die »Identitäre Bewegung Gießen« steht dem neonazistischen Spektrum nah, darauf deuten Aufrufe zur Teilnahme an einer Neonazidemo am 25. Mai 2013 hin. Etwa zur gleichen Zeit wie in Gießen trat die »Identitäre Bewegung Fulda« in Erscheinung. Deren Facebook-Account ging am 26. Oktober 2012 online und wird auf der offiziellen Seite der IB gelistet. Die BetreiberInnen der Seite waren nahezu täglich mit Likes und Querpostings aktiv. Großspurig warnen sie »alle Multikultifantasten«: »wir sind eure Gegner und wir werden wöchentlich mehr«. Hier scheint es sich tatsächlich um eine reale Gruppe zu handeln. Darauf weisen zumindest Fotos von Gruppentreffen und Plakatieraktionen hin. Allerdings lassen sich erst seit Mai 2013 vermehrte Aktivtäten verzeichnen. Am 25. Mai 2013 traten im Rahmen einer gefilmten Flugblattaktion sechs bis dahin unbekannte Personen vor die Kamera. Weitere drei Personen zeigten ihr Gesicht nicht.

**Bremen**

Seit dem 5. November 2012 ist die Facebook-Seite der IB Bremen online und wird fast täglich aktualisiert. Aus dem benachbarten Weyhe kommt Matthias Wagner – auf ihn war vorübergehend die Haupt-Website der »Identitären Bewegung« registriert. Den bislang größten Auftritt hatten die »Identitäre Bewegung Bremen« und die »Identitäre Bewegung Weyhe/Syke« als sie den Fall von Daniel S., der Mitte März 2013 in Weyhe tödlich verletzt wurde, für ihre Zwecke instrumentalisierten. Mittlerweile ist der Facebook-Account der »Identitären Bewegung Weyhe/Syke« wieder abgeschaltet. Die »Identitäre Bewegung Bremen« besteht teils aus einschlägig bekannten Neonazis, berichtete »Radio Bremen« am 18. Februar 2013. Das »Landesamt für Verfassungsschutz Bremen« bestätigte diese Einschätzung. Konkret handelt es sich um Andreas Hackmann – einen langjährigen Aktivisten, der den »Freien Kameradschaften« nahe steht – und Gerold Schibblock aus dem Umfeld der NPD.

**Hamburg**

Der Sprung von der am 10. November 2012 gegründeten Facebook-Seite heraus in die Realität fällt auch der »Identitären Bewegung Hamburg« schwer. Neben regelmäßigen Treffen, an denen jeweils rund ein Dutzend sehr junger SymphatisantInnen teilnimmt und die immer in unterschiedlichen Kneipen stattfinden, gibt es lediglich sporadisch Aktionen, wie etwa Flugblätter verteilen und Aufkleber verkleben. Ansonsten ist die Hamburger Gruppe stark mit sich selbst beschäftigt. Die Teilnahme an überregionalen Treffen und die Erörterung von die Organisation betreffenden Fragen bleiben einem kleinen Kreis vorbehalten. Es kann davon ausgegangen werden, dass solche Aktionen wie die versuchte Teilnahme an einer Kundgebung der »German Defence League« am 23. März 2013 in Hamburg-Horn (die durch den Protest von antifaschistischen GegendemonstratInnen verhindert wurde) nur mit Hilfe von außen, das heißt anderen Ortsgruppen der IB, durchgeführt werden können.
Ebenso versuchen sich die HamburgerInnen mit anderen AkteurInnen der extremen Rechten zu vernetzten. Am 10. Mai 2013 nahmen einige von ihnen am Treffen des »Konservativ-freiheitlichen Kreises Hamburg« teil. Nach eigenen Angaben soll dieser Kreis (bestehend aus den Hamburger »Identitären«, dem Hamburger Landesverband der Partei »Die Freiheit«, hanseatischen AktivistInnen von »Politically Incorrect« und der »Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft«) die »Vernetzung von unterschiedlichen Denkströmungen des Konservativismus und die Zusammenkunft von Jung und Alt« vorantreiben.

**Stuttgart**

Auch in der baden-württembergischen Landeshauptstadt gibt es eine »identitäre« Gruppe, die seit dem 19. November 2013 über eine Facebook-Präsenz verfügt. Virtuell ist die Gruppe sehr aktiv, der Account wird täglich aktualisiert. Neben dem Verlinken und Liken von Beiträgen aus dem »identitären« und »neu-rechten« Spektrum werden mit Vorliebe eigene Fotos gepostet. Ein beliebtes Motiv sind Aufkleber der IB sowie Bilder, die den Eindruck einer »heilen Welt« vermitteln. Im Umfeld der Gruppe bewegt sich Markus Willinger, Autor von »Die identitäre Generation: Eine Kriegserklärung an die 68er«. Der Student der Geschichte und Politikwissenschaften ist ein prominenter Vertreter der IB und hat auf dem Kongress »Identitär Idé 5« am 29. Juni 2013 in Stockholm einen Vortrag gehalten. Die StuttgarterInnen haben auch einen direkten Draht zum »Institut für Staatspolitik« (IfS) von Götz Kubitschek. Es besteht eine Verbindung zu der »Konservativen Aktion Stuttgart« (KAS). Es fanden Treffen zwischen den AktivistInnen beider Gruppen statt, wie zum Beispiel am 2. April 2013. Auch ist auf dem Header der KAS-Homepage seit einiger Zeit ein Lambda zu finden. Die KAS tauchte erstmals Ende 2009 auf, als in der JF (Nr. 45/2009) per Kleinanzeige MitstreiterInnen für ein »Konservatives Aktionsbündnis Süddeutschland« gesucht wurden. In einem Positionspapier gibt die KAS an, sie wolle »für den Erhalt unseres Volkes und Landes wirken«. Inspiriert von der inzwischen eingeschlafenen »Konservativ-Subversiven Aktion« um Kubitschek, die als inoffizielle Jugendtruppe des IfS galt, verstand man sich als »neu-rechter« Theorie-Zirkel und aktionsorientierte Polit-Gruppe.

**Mannheim/Ludwigshafen**

Seit dem 15. Januar 2013 existiert der Facebook-Account der »Identitären Bewegung Mannheim/Ludwigshafen«. Bis zum 30. Juni hatte sie keine 260 Likes, auch wenn die Seite fast täglich aktualisiert wird. In der Region reiht sie sich in eine Riege rechtspopulistischer und islamfeindlicher Gruppen ein, wie »Politically Incorrect« sowie der Parteien »Die Freiheit« und »Pax Europa«, die hier seit Jahren aktiv sind. Fanden sich bei Facebook zu Beginn Fotos von Wölfen und Indianern, werden aktuell vor allem Aufkleber und Fotos von der zentralen Homepage und aus dem Onlineshop der »Identitären Bewegung« sowie Links zu Artikeln »neurechter« Publikationen wie der JF und »Sezession« gepostet. Ein Schwerpunkt liegt in der Verlinkung von Artikeln aus der Lokalpresse zum Thema »Ausländerkriminalität«. Im Gegensatz zu anderen Gruppen der »Identitären« ruft die Gruppe auch zur Teilnahme an politischen Aktionen anderer auf. Über Facebook mobilisierte sie zum Aufmarsch »Demokratie statt Euro-Diktatur« des »Ring Freiheitlicher Jugend Deutschland« und der Partei »Die Republikaner« am 22. Juni 2013 in Frankfurt am Main. Eigene Inhalte produzieren sie indes nur selten. Ihre Aktivitäten konzentrieren sich auf das Verteilen von Aufklebern und Organisieren interner Treffen und Stammtische.



^ *Selbst Zwei, die in der Nacht boxen, sind der IB eine Meldung wert.*

**Braunschweig**

Seit dem 20. März 2013 tritt in Braunschweig ein Ableger der »Identitären Bewegung Deutschland« mit einer Facebook-Seite in Erscheinung. Außerhalb des Netzes ist von Aktivitäten der »Identitären« wenig zu bemerken, selbst Aufkleber tauchen nur vereinzelt auf. Viele Klicks auf der Facebook-Seite kommen zudem von »Identitären« aus anderen Regionen. Das Spektrum derjenigen, die aus der Stadt und der Region ihre Sympathien für die »Bewegung« zeigen, reicht von einigen bisher nicht auffälligen Jugendlichen über AnhängerInnen der GDL, der »Bürgerbewegung Pro Deutschland« bis hin zu eher subkulturell orientierten jungen Männern aus dem Umfeld der vor einiger Zeit aufgelösten Kameradschaft »Burschenschaft Thormania« und einzelnen Neonazis aus dem lokalen »Aktionsbündnis 38«.

Eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen die »Identitäre Bewegung Braunschweig« Einblicke in ihr Innenleben gab, war eine »identitäre Grillparty« verschiedener »Ortsgruppen« am 19. April 2013 in Hannover. Der Anlass: eine interne Boxveranstaltung, die sie filmten und ins Netz stellten. Zwei junge Männer hielten die gelbe Fahne mit dem schwarzen Lambda in die Kamera. Sie trugen Boxhandschuhe und T-Shirts der »Identitären Bewegung Deutschland«. Einer von ihnen ist kein Unbekannter: Der 20-jährige Lars B. aus Braunschweig stand schon während seiner Schulzeit in Kontakt mit extrem rechten Gruppierungen. Mit Philipp B. nahm er am 1. Mai 2009 zusammen mit den AktivistInnen der »Thormania« an einem spontanen Aufmarsch in Friedland teil. Während Philipp B. weiterhin an Neonazi-Veranstaltungen teilnahm, wandte sich Lars B. vom offen neonazistischen Spektrum ab. Nun scheint er bei den »Identitären« ein neues Betätigungsfeld gefunden zu haben. Neben ihm scheinen in der Braunschweiger Gruppe kaum mehr als ein oder zwei weitere Personen aktiv zu sein.

**Lüneburg**

Im November 2012 tauchten in Lüneburg die ersten Aufkleber der »Identitären Bewegung« auf. Kurze Zeit später, am 13. November, wurde ein Facebook-Account erstellt. Einer der Aktivisten ist Jan Krüger, der von 2009 bis Herbst 2012 in der NPD und ihrer Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« aktiv war. Am 21. Dezember 2012, dem bundesweiten Aktionstag der IB, beteiligte er sich an der Aktion »Wiedergeburt statt Weltuntergang!« vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Dabei posierten »Identitäre« mit Fahnen und Schilden in einer Reihe und marschierten in Zweierreihen davon. Der militärische Stil und das Lambda auf Fahne und Schild ist ein Verweis auf die Spartaner, in deren Tradition sich die IB stellt. Am 23. März 2013 in Hamburg-Horn beteiligten sich »Identitäre« aus Lüneburg an einer Protestaktion gegen die Umwandlung einer Kirche in eine Moschee mit einem Transparent mit dem Spruch »Zwiebelmett statt Mohamed«. Als im Juni die Elbe Hochwasser führte, rühmte sich die Gruppe auf Facebook ihres Engagements gegen die Flut. Sie habe damit »nationale Solidarität ausleben und Volksgemeinschaft zeigen« wollen.

Unter dem Motto »Denkt nach, was ihr fresst!«, wurde am 18. Juni das Video eines Flashmobs in einem McDonalds-Restaurant in Lüneburg veröffentlicht. Innerhalb der »Identitäre Bewegung« ist die Gruppe in die Vernetzungsbemühungen im norddeutschen Raum eingebunden und nahm an einem Treffen am 22. Juni 2013 in Hannover teil. Auch hier war Krüger anwesend.

**Fazit**

Bei der Betrachtung der exemplarisch vorgestellten »Identitären Gruppen« stellt sich kein eindeutiges Bild ein. Eine Übernahme der »Identitären Bewegung« durch Mitglieder der verschiedenen Nazi-Szenen, wie »Freien Kameradschaften« oder »Autonomen Nationalisten«, hat bisher nicht stattgefunden. Zu beobachten sind allerdings regionale Versuche, wie in Bremen oder auch Lüneburg, sich an »identitären« Gruppen zu beteiligen beziehungsweise dort ein neues Betätigungsfeld zu finden. Anders sieht es bei Personen aus der rechtspopulistischen Szene, wie zum Beispiel der »German Defence League« und der »Pro-Bewegung« aus. Hier ist eine Beteiligung bei verschiedenen »identitären« Gruppen zu beobachten. Angezogen von Schlagworten wie »Identität« oder »Heimat« sehen sie bei der Bewegung Parallelen zu ihren eigenen politischen Leitlinien.

Ideologisches Rüstzeug und Unterstützung erfährt die »Identitäre Bewegung« von »neu-rechten« Initiativen, Thinktanks und Publikationen – allen voran BN und IfS. Hier liegen die Hoffnungen auf der Erweiterung und dem Ausbau einer ideologisch nahestehenden Basis. Aktuell hat die JF einen »Jungautoren Wettbewerb« mit dem Titel »Identität – was versteht ihr darunter« ausgeschrieben. Trotz der Beteiligung bereits langjährig Aktiver ist die Mehrzahl der AktivistInnen der »Bewegung« neu auf der politischen Bühne. Für sie ist die IB ein attraktives Betätigungsfeld. Hier können sie ihre »Heimatliebe« und »Identität« ausleben und gleichzeitig jede Einordnung in klassisch rechte Spektren zurückweisen.

# »Zentren schaffen!«

Aus dem Spektrum der »Neuen Rechten« wurden in den vergangenen Monaten zwei kleine »Zentren« eröffnet. Sie stehen auch den »Identitären« offen.

**von Justus Baer**



Es war wohl ein ungewohnter Anblick im Dresdner Villenviertel »Weißer Hirsch«. Am frühen Abend des 1. Juli 2013 machten rund 50 AntifaschistInnen mit einer Kundgebung auf die Eröffnung des »Zentrum für Jugend, Identität und Kultur« aufmerksam. Drinnen jedoch, im Souterrain eines hübschen Hauses mit grünen Fensterläden, begingen knapp 20 Leute das Ereignis – ein Auftakt mit Brimborium sieht anders aus. Trotzdem ist Felix Menzel stolz. Als Schüler hatte er 2004 begonnen, mit Freunden die Schülerzeitung »Blaue Narzisse« (BN) zu publizieren (s. drr Nr. 105). Über die Jahre erwuchs daraus ein wichtiges »neu-rechtes« Webportal. Die Printausgabe erscheint auch noch, jedoch seltener und in abgespeckter Form. Zeitweise war Menzel auch Vorsitzender des »Allgemeinen Pennälerring«, für den er 2006 die Broschüre »Geleitheft der konservativen Jugend. Identitätssuche, Pflichterfüllung und Rebellion« mitgestaltete. Sein Weg führte ihn in die Arme des »Institut für Staatspolitik« (IfS). Dort wurde er zum »Ziehkind« von Götz Kubitschek. In dessen Verlag »Antaios« durfte er veröffentlichen und an dessen »Konservativ-Subversive Aktion« (KSA; s. drr Nr. 115) teilnehmen. Mit viel Ernst und großen Gesten versuchte die KSA politische Aktionen durchzuführen – Aufmerksamkeit oder Erfolg waren ihr kaum beschieden. Doch jetzt, in Dresden, ist der 27-jährige zweifache Familienvater in seinem Element. Auf den für zunächst ein Jahr angemieteten 60 Quadratmetern des »Zentrums« sollen sich Gleichgesinnte treffen, sollen Seminare stattfinden und eine Bibliothek entstehen. Als Träger tritt der BN-Förderverein »Journalismus und Jugendkultur Chemnitz« auf. Den Bedarf für einen solchen Ort formulierte die Zeitung auf ihrer Homepage: »Wir brauchen einen Ort, an dem nonkonforme, kreative junge Menschen zusammenkommen und ihre Ideen verwirklichen können«. Geträumt hatte Menzel davon schon lange. Im Artikel »Das Haus der Alternativen Rechten« (BN, Nr. 13, Sept. 2012) war das Projekt noch größer angedacht und die Nutzungsmöglichkeiten umfassender gesponnen. Ein paar Monate später betonte Menzel dann, dass dieses Haus vielen offen stehen könnte – sicherlich auch »Identitären«, wenn es sie denn tatsächlich in Sachsen geben würde. Doch der studierte Medien- und Kommunikationswissenschaftler hat noch anderes im Sinn. Er schreibt: »Warum nicht Italienisch-Unterricht geben und nebenbei die Texte von Casa Pound übersetzen?«. Diese Organisation, die in jenem Heft auch mit einem Interview vorgestellt wird, unterhält in Italien »soziale Zentren«. Nur eins ist »Casa Pound« nicht: konservativ. Vielmehr handelt es sich um eine neofaschistische Organisation, für die sich in Deutschland neben der BN vor allem die NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« begeistert. Im IfS-Umfeld ist ein ähnliches Projekt schon angedacht worden, unter dem Titel "Projekt Identitär". In einem Strategiepapier heißt es: »Hausprojekt in Berlin: Café, kleine Buchhandlung, Vortragsraum, zwei, drei WG-Zimmer, zwei, drei Büro-Räume. + mietfreies Wohnen für zwei, drei Aktivisten, die das Haus betreuen und bestimmte Arbeiten verrichten; + Café-Betrieb und Buchhandlung läuft auf Ehrenamt-Basis; + Wochenende für Wochenende intensives Veranstaltungsprogramm. + Kontinuierliche Arbeit an den Projekten b. und c. + Ausgangsbasis für Aktionen in Berlin«. Die Punkte b und c beschrieben den Plan, ein Internetradio sowie eine monatliche Zeitung mit »Berichten aus der europaweiten identitären Szene« zu gründen. Aus all dem ist bisher nichts geworden und wird es wohl auch nicht. Kubitschek hat über den Blog »Sezession im Netz« längst seiner Enttäuschung über die Entwicklung der »Identitären Bewegung Deutschland« Luft gemacht – obwohl die IBD ihn, die Publikationen seines Verlages und die Zeitschrift »Sezession« immer wieder für das ideologische Rüstzeug feiert.

Dafür hat jemand anderes vom IfS den »jungen Leuten die Arme geöffnet«: Nicht in Berlin, auch in keiner anderen Großstadt, sondern in Karben, einer Kleinstadt in der Peripherie von Frankfurt am Main, entstand die »Projektwerkstatt Karben«. Großer Name, kleine Räume in einem Einfamilienhaus. Vermieter der Räume und Verantwortlicher für die Homepage der Werkstatt ist Andreas Lichert, Vorstandsmitglied des »Verein für Staatspolitik e. V.« mit Sitz in Karben. In den Räumen soll »Platz für Vorträge und politische Diskurse« sein, sie sollen auch einen Laden sowie eine Bibliothek beherbergen. In einer schmalen Auslage liegen Publikationen des »Antaios Verlag« zum Verkauf aus, die »Sezession«, die BN sowie sämtliche Materialien der »Identitären«. Der Kontakt zu ihnen soll eng sein. Doch als sich in Karben Unmut äußerte und 500 Menschen zu einer BürgerInnenversammlung kamen, bei der es um die "Werkstatt" ging, dementierte Lichert. Einer Pressemitteilung zufolge gebe es »keine institutionelle Verbindung« mit den »Identitären« und die Projektwerkstatt sei »kein Stützpunkt irgendeiner Organisation«.

Sicherlich, ein »Kellerloch« in Dresden und ein paar Quadratmeter in der hessischen Provinz reichen wohl kaum aus, eine politische Gegenmacht aufzubauen. Doch angesichts der Terraingewinne des IfS seit seiner Gründung 2000 und der steten Entwicklung der BN sollte man sich hüten, die Gründungen zu verharmlosen.



^ *Dresden (oben) und Karben (unten)*







# »Neu rechte« Trümmerkinder

Die »Identitäre Bewegung« bezieht sich auf die Ideen der ethnokulturellen Identität und des Ethnopluralismus, wie diese von ›neu-rechten‹ Vordenkern wie Henning Eichberg und Alain de Benoist entwickelt wurden. Deren kulturrassistische Konzepte sind Kernelemente identitärer Ideologie.

**von Tobias Nell**

Wer sich mit der »Identitären Bewegung« (IB) beschäftigt, stößt zuallererst auf martialische Ansagen und Verbalradikalismus. Nicht weniger als eine »Kriegserklärung«, in Anlehnung an ein Video des französischen »bloc identitaire«, soll beispielsweise das Buch »Die identitäre Generation« des Österreichers Markus Willinger sein. Und auf den deutschsprachigen Websites der IB werden fortwährend aufgeregte, geradezu dramatische Gegenwartsbeschreibungen online gestellt: »Wir suchen unsere Identität und finden sie unter den Trümmern eurer Zerstörungswut. Tief müssen wir graben um uns selbst wiederzufinden«, heißt es beispielsweise in der Selbstdarstellung »wer wir sind« auf der zentralen Website der selbsterklärten »Bewegung« wie auch im ersten Kapitel des erwähnten Buches.

**Ethnopluralismus und Identität**

Das Buch des 21-Jährigen wird, auch wenn Willinger erklärt, nicht für die IB sprechen zu können, breit in diesem Spektrum beworben. Es füllt eine Lücke, denn die deutschsprachigen ›Identitären‹ arbeiten noch an ihrer Programmatik und gleichwohl eignen sich die Texte der Publikation gut als Mobilisierungsmaterial. Sie sind kurz, einfach geschrieben, intellektuell anspruchslos und strotzen vor Pathos, der es rechtsaffinen Jugendlichen erlaubt, sich als Teil einer aktiven, kämpferischen Bewegung und als Opfer der Gesellschaft zu betrachten. Zugleich grenzt sich der Autor von klassischen rassistischen Vorstellungen ab und drückt sich, wie die IB selbst, gar im Jargon der Toleranz aus. Dabei beziehen die ›Identitären‹ sich explizit auf die Idee des Ethnopluralismus, einer Neuformulierung diskriminierender Vorstellungen, mit denen die ›Neue Rechte‹ seit den 1970er Jahren den Rassismus der extrem Rechten ›modernisierte‹. In Deutschland wurde dieses kulturrassistische Konzept von Henning Eichberg, seinerzeit eine der zentralen Personen dieser Szene, mitentwickelt. Seine Ausführungen zur »Befreiung der Kulturen« basieren auf der kulturrelativistischen Annahme, dass es generell keine allgemeinen Kriterien dafür geben könne, was als Kultur zählen könne. Den Verweis auf Sprache und Religion lehnt Eichberg ab, da eine solche Verallgemeinerung zur Verabsolutierung der europäischen Kultur führen würde. Und doch, so wenig die Bestandteile von Kultur klar zu bestimmen seien, so wichtig sei sie für den Menschen, urteilte der heute 70-jährige Kultursoziologe damals. Denn die menschliche Identität lasse sich nur als nationale, ethnokulturelle Identität ausdrücken. Sie sei immer kollektive Identität und speise sich aus der Erkenntnis des eben nicht näher zu bezeichnenden Gemeinsamen wie der Unterscheidung zum ›Fremden‹. In seinen Ausführungen wird ein schwammiger Kulturbegriff aufgeblasen und zur Rechtfertigung der Abwehr von ›Fremden‹ in Stellung gebracht. Der argumentative Weg verläuft dabei zwar anders als beim hierarchisierenden, biologistisch argumentierenden Rassismus, doch das Ziel bleibt das gleiche: die Schaffung homogener ethnokultureller Kollektive. Als Gefahren für eine ethnokulturelle Identität macht Eichberg die universalistischen Ideen des Christentums und des Kommunismus sowie den liberalen Kapitalismus aus. Vor allem der liberale Kapitalismus treibe durch seine ›Gleichmacherei‹ und ›One World‹-Ideologie die ›Zerstörung der Ethnien‹ voran. Dieser ›Bedrohung‹ setzt der mittlerweile seit vielen Jahren in Dänemark lebende Kultursoziologe die Idee von der »Befreiung der Kulturen« entgegen. Die »Befreiung«, die Eichberg vorschwebt, besteht aus zwei Teilen. Zum einen müssten »politische Gegenmaßnahmen« ergriffen werden, um der universalistischen »liberalkapitalistischen Ideologie« entgegenzuwirken. Zum anderen erfordere sie ein »neues Denken«, das sich, anstatt an objektiven Erkenntnissen, an der Relativität der Erkenntnisse orientiert.

Ein weiterer prominenter Vor- und Mitdenker des Ethnopluralismus-Konzeptes ist Alain de Benoist, auf den sich die ›Identitären‹ bis zur beinahe wörtlichen Übernahme seiner Zitate beziehen. Der französische ›neu-rechte‹ Theoretiker wendet sich vom Begriff biologisch verstandener Rassen ab, dieser sei zu reduktionistisch. Außerdem führe der Rekurs auf »biologische Rassen«, argumentiert er in seinem Buch »Kulturrevolution von rechts« (1985), zu einem unangebrachten Überlegenheitsgefühl. Und er problematisiert aus seiner Perspektive, dass die Vorstellung von ›Rassen‹ auf ›objektiven Kriterien‹ fuße und universalistisch sei – den Universalismus lehnt er aber entschieden ab. Stattdessen bemüht er die Begriffe ›Ethnie‹ und ›Kultur‹ als Trennlinie verschiedener, in sich

homogener Kollektive. Eine eindeutige Definition von ›ethno-kultureller Identität‹ nimmt Benoist im genannten Buch jedoch nicht vor. Und auch in seinem Beitrag für das Sonderheft »Alternativen für Deutschland« der Zeitschrift »Sezession« des »Instituts für Staatspolitik« vom Mai 2013 füllt er diese ›Lücke‹ nur scheinbar. Sein Artikel beginnt mit dem Verweis darauf, dass manche ›identitären‹ Gruppen den Inhalt von Identität nicht benennen könnten, und nur erklären könnten, was sie nicht sind. Zwar ist die Abgrenzung als Teil der Identitätsbildung auch bei Benoist wichtig. Er versucht aber, Identität auch darüber hinaus inhaltlich zu beschreiben. In seinen Ausführungen zur Kultur erklärt er, diese sei »eine symbolische Vermittlung sozialer Zugehörigkeit«. Die Kultur sei es, die soziale Praktiken identitär auflade und somit zur Verbreitung von Identität beitrage. Kultur sei es beispielsweise, die dafür sorgt, dass die englische Sprache die englische ist. Damit verbreite sie die englische Identität. Außerdem sei Kultur »der Ort, an dem jene Identitäten verzeichnet sind, die unsere Zugehörigkeiten sowie die Gesamtheit der sozialen Praktiken strukturieren, durch die wir unsere Identität sichtbar, hörbar, vermittelbar machen können«. Das bedeutet, Kultur formt die Art und Weise, wie sich Menschen definieren und ihr Selbstbild nach außen transportieren. Sie sei unabdingbar für die Entstehung von Identitäten. Mit diesen banalen kultursoziologischen Feststellungen hat Benoist zwar eine Definition von Kultur geliefert – diese ist jedoch so weit gefasst, dass als Kultur alles gelten kann, was Identitäten stiftet. Warum gerade ›ethno-kulturelle Identitäten‹ wichtig sein sollen, wird hier nicht ersichtlich. Eine angebliche »Identitätskrise«, die Individuen und Völker treffe, wie Benoist beklagt, lässt sich mit dem verwendeten Kulturbegriff nicht belegen. Denn dieser bleibt leer und könnte genausogut auch die von Benoist kritisierten postmodernen Umstände fassen.

Viel wichtiger als eine klare Definition von Kultur und Kulturen ist im Ethnopluralismuskonzept ohnehin deren bereits erwähnte Wirkungsweise. Kulturen begründen für Benoist die jeweiligen Werte und Ansichten ethnischer Kollektive wie auch die Abgrenzung gegen das der Kultur Fremde. Sie stiften so kollektive Identitäten. Und auf eine solche ethnokulturelle Homogenität seien eben diese Gemeinschaften angewiesen, sonst käme es zu Abwehrreaktionen, argumentiert er. Identität sei das, was trotz des stetigen Wandels gleich bleibe. Sie müsse von denjenigen, die sie sich aneignen, immer wieder interpretiert werden und bestimme als Selbstbild über die Wertungen eines Individuums.

Obwohl Benoist klar ist, dass ethnokulturelle Identitäten weder essenziell noch unveränderbar sind und eher willkürlich entstehen, befürwortet er die Identifikation mit ethnischen Kollektiven. Auch ist ihm egal, ob die ›Glaubenssätze‹, die ein Volk bezüglich seiner Herkunft und Geschichte hat, Wirklichkeit oder mythische Erfindung sind – Hauptsache sie stiften ein Gründungsmoment. Wie beim Placebo-Effekt kommt es schlicht darauf an, dass Menschen an die Bedeutung der Kulturen glauben. Eine hierarchische Gliederung von Kulturen bestreitet der Franzose im Übrigen. Jede habe ihren eigenen Wert. Eine Vermischung jedoch sei schädlich. Entsprechend plädiert der heute 69-Jährige für eine Trennung, um die unterschiedlichen kulturellen Identitäten zu erhalten. Er nennt das in seiner bereits erwähnten Veröffentlichung von 1985 »gegenseitige Entkolonialisierung«. In Schriften und Interviews, die in Benoists Buch »Aufstand der Kulturen« (1999) abgedruckt sind, stellt er der universalistischen Idee der Gleichheit aller Menschen ein »Recht auf Differenz« entgegen – nicht die Betrachtung von Individuen als gleiche vor einem allgemeinen Maßstab, sondern die Anerkennung und Aufrechterhaltung der Differenz zwischen Kollektiven sei wünschenswert. Rassismus und ein auf Gleichheit zielender Antirassismus würden als universalistische Konzepte beide derselben Logik folgen. Stattdessen sei der »differentialistische Antirassismus« geboten, der den eigenen Wert der Kulturen betone und achte, anstatt die Gleichheit der Individuen zu postulieren.

Die Funktion von Kultur im Ethnopluralismuskonzept ist, eine Trennlinie zwischen ›dem Eigenen‹ und ›dem Fremden‹ zu markieren und sie zum Ausschluss des ›Fremden‹ zu nutzen. Im Gegensatz zum klassischen Rassismus versuchen EthnopluralistInnen offen wertende Argumentationen zu vermeiden und schwadronieren stattdessen von der ›Freiheit der Völker‹, ohne die Überlegenheit der eigenen, beispielsweise ›deutschen Kultur‹ als Dreh- und Angelpunkt zu betonen. Ziel ist es perspektivisch eine möglichst homogene ethnokulturelle Gemeinschaft, zum Beispiel ›der Deutschen‹, zu erreichen.

**Rezeption**

Das Konzept Ethnopluralismus wird von der IB unter anderem aufgegriffen, um ›den Multikulturalismus‹ zu kritisieren: »Wir Identitäre kämpfen primär für den Erhalt unseres ethnokulturellen Erbes und unserer Identität, […] gegen Multikulti, Masseneinwanderung und Islamisierung«, heißt es beispielsweise im Beitrag »Unser Ziel ist demokratisch« auf ihrer zentralen Website. Schnell wird klar, dass sie die ›Theorie‹ von Eichberg und Benoist inhaliert haben. Von ›Rassen‹ möchten sie nicht sprechen, ja schreiben gar, dass sie »die Rassentheorien des 20. Jahrhunderts für unzureichende und willkürliche Relikte eines Einteilungswahns« halten, »der meist von eigenen Überlegenheitsgefühlen getragen war«. Doch insgesamt verwirrt die Feststellung trotz ihrer Richtigkeit. Denn die Definitionen der ›ethnokulturellen Kollektive‹, die die ›Identitären‹ stark machen wollen, sind eben nicht minder willkürlich und inhaltsleer. Einzig, dass sie homogen sein sollen, steht für die IB und auch für Willinger fest. Willinger schreibt: »Vielfalt im Großen erfordert Homogenität im Kleinen«. Die ›Identitären‹ bleiben eine abschließende inhaltliche Definition der ›ethnischen und kulturellen Substanz‹ schuldig. Diese hätte sich zwar »über Jahrtausende hinweg, über verschiedene Staats- und Erscheinungsformen erhalten«, doch würde sie sich zugleich stets dynamisch verändern. Der Problematik bewusst, dass es keine definitive ›ethnische kulturelle Identität‹ gibt, argumentieren sie mit der Geschichte und dass daraus doch eine Linie zu erkennen sei: »Wir erkennen ihre Wirklichkeit aus der Geschichte unseres Volkes, die in unserem Gedächtnis aktuell wird«, schreibt die IB. Als derart fragiles Konzept, das viel von »Bewusstsein«, »Gedächtnis« und »Willen« getragen wird, ist der Begriff der ›ethno-kulturellen Identität‹ wenig konsistent. Aus dem unklaren Identitätsverständnis ergeben sich letztlich weder klare Abgrenzungen gegen andere noch klare Kriterien für die Zugehörigkeit zur eigenen ethno-kulturellen Gruppe. Zur Gemeinschaftsbildung sind die schwammigen Begriffe der ›Identitären‹ trotzdem geeignet, weil sie die gewünschten Funktionen erfüllen: die der Abgrenzung, der jede vermeintliche oder tatsächliche Jugendbewegung bedarf, und die der Legitimation für den eigenen Rassismus, die von Feindschaft und »Rassen« nicht sprechen möchte. Da sich Gemeinschafts- und Identitätsbildung nicht notwendig rational vollziehen, stellt das ›identitäre‹ Programm für manche Jugendliche ein verlockendes Angebot dar: gemeinsam zugleich Opfer der Gesellschaft und mutige KämpferInnen für die Zukunft zu sein, bietet für jede Stimmungslage den passenden Theorieaspekt. Aus den simplifizierenden Analysen und Lösungsvorschlägen ethnopluralistischer Provenienz und einer politischen Paranoia, die ›die 68er‹ sowie die Globalisierung als Wurzeln allen Übels ausmacht, könnte also durchaus ein attraktives ideologisches Programm für rechte Jugendliche werden, dessen Abwehrrhetorik aggressives Vorgehen legitimiert.

# Die visuelle Politik der Identitären

## Dem Einsatz grafischer Elemente und einer eingängigen Gestaltung von Werbemittel misst die »Identitäre Bewegung« große Bedeutung bei. Sie versucht sich damit als Marke zu etablieren.

**von Bernd Steckner**

Die Corporate Identity der »Identitären Bewegung« (IB) baut zunächst auf zwei Elementen auf, ihrem Logo und der Verwendung bestimmter Farben. Ersteres besteht aus dem in einen Kreis gefassten griechischen Buchstaben Lambda, der meist in schwarz als Großbuchstabe auf gelbem Grund Verwendung findet. Mit dem Kreissymbol werden verschiedene Bedeutungen aufgerufen, zum Beispiel die der Einheit, Unendlichkeit oder auch Ewigkeit. Letztere wird auch der von der IB verwendeten Farbe goldgelb zugeschrieben, die für Licht, Leben und Freiheitsdrang steht.
Für Aufkleber und grafische Elemente bei ihren Internetauftritten nutzt die IB, beziehungsweise die ihr angeschlossenen Gruppen häufig ein Querformat, das am unteren Rand durch die Verwendung der Worte »Identitäre Bewegung« auf den politischen Akteur verweist – oftmals versehen mit ihrer Internetadresse, seltener mit dem Namen jener Gruppe, die dieses Motiv entwickelt hat. Ziel all dessen ist es, mit grafischen und bildlichen Mitteln die zentralen Themen der IB aufzurufen und – sofern Textelemente eingesetzt werden – diese zu verstärken.

**Motiv ›Wiederkehr‹**
Die Botschaft der ewigen Wiederkehr wird beispielsweise in einer Komposition aufgerufen, die im Bildzentrum ein blondes Kind zeigt, das auf einem unbefestigten Weg läuft. Es trägt Filzkleidung, Lederschuhe und ein kleines Holzschwert sowie eine kleine lederne Tasche, die um den Bauch gebunden ist. Hinter dem Kind wird das Logo der IB sichtbar. Die am oberen und unteren Bildrand platzierte Aussage »Die Geschichten unserer Vorfahren sind die Geschichten unserer Kinder« verweist auf eine zentrale Denkfigur extrem rechter und biologistischer Weltanschauung, nach der das Zusammenleben der Menschen sich im Grunde nicht verändert, sondern stets wiederkehrenden Gesetzen unterworfen ist, womit Veränderung unmöglich ist. Eine enge Verbindung zu ›Natur‹ und ›Tradition‹ wird auch in einer Komposition der IB Stuttgart aufgerufen: dort sind im Vordergrund eines Bildes zwei blonde Kinder (Mädchen) zu sehen, die in die Kamera schauen. In traditionelle Kleidung skandinavischer Bevölkerungsgruppen gehüllt, stehen sie nur wenige Meter vor einer Kate, dahinter erstreckt sich weites Land und ein See.

**Motiv ›Identität‹**
Identität als biologisch vorgegebene, stabile und sich in spezifischen kulturellen Profilen ausdrückende Eigenschaft stellt ein wichtiges visuelles Thematisierungsfeld der IB dar. Dabei wird – zum Teil unter Bezugnahme auf aktuelle Ereignisse und Entwicklungen – durch bildliche Mittel und die Verwendung von einzelnen beziehungsweise wenigen Worten die von der IB gewünschte ›Identität‹ charakterisiert. Diese soll nicht-muslimisch und nicht-migrantisch sein und sich auf ›Heimat‹ und ›Tradition‹ beziehen. Eine Bild-Text-Komposition zeigt beispielsweise vom Zentrum ausgehende gelbe, zum Rand hin breiter werdende Strahlen in zwei Gelbtönen. Darüber liegen von oben links nach rechts laufende Noten. Dazu die Überschrift: »Heimatliebe ist kein Verbrechen! Und Deutsch zu sein auch nicht«. Der Zusatz im unteren Bildabschnitt »Gegen die Verleumdung patriotischer Musik // Deutschlandhasser wegrocken« erklärt den Zusammenhang – Bezug genommen wird hier offenkundig auf die öffentliche Debatte und Kritik um die norditalienische Deutschrock-Band »Frei.Wild«.

**Motiv ›Rückeroberung‹**
Wichtiges Moment im Kontext ihrer Vorstellungen von ›Identität‹ ist nicht nur eine positive bildliche Bezugnahme auf das, was ihres Erachtens eine ›deutsche Identität‹ beziehungsweise ›europäische Identität‹ ausmacht, sondern vor allem das Mittel der Abgrenzung in Verbindung mit dem Wunsch, einen vermeintlich ursprünglichen Zustand wieder herzustellen – dafür nutzen sie den Begriff der Reconquista. Er bezieht sich auf die Wiedereroberung der Iberischen Halbinsel und die vollständige Beseitigung des muslimischen Herrschaftsbereichs durch katholische Truppen. In einer Bild-Text-Komposition der IB werden beispielsweise die Textteile »No peace« und »Reconquista« mit grafischen Elementen verbunden, die zum einen einen reitenden Krieger mit Lanze zeigen, zum anderen vier Silhouetten in gelb, die von den Gesten und der Kleidung her jugendkulturelle Assoziationen des 21. Jahrhunderts aufrufen und diese Forderung durch Gesten unterstützen.
Die visuelle Anrufung an Tatkraft, Entschlossenheit und Kämpfergeist findet sich auch in anderen Kompositionen, mal in Form eines gezeichneten ›Superhelden‹, der, ein Bein angewinkelt und mit dem anderen auf dem Boden kniend, mit der Faust in die Erde geschlagen hat, so dass diese tiefe Risse zeigt, ergo: das Fundament erschüttert. In einer anderen visuellen Darstellung ist ein hellhäutiger junger Mann zu sehen, in dessen behandschuhter rechter Hand ein Molotow-Cocktail brennt. Am häufigsten indes ist die Verwendung von Silhouetten spartanischer Krieger in der Diktion jener Zeichnungen in Frank Millers Comic »300«.
Die grafische Rechtfertigung von Militanz bei der gebotenen Rückeroberung wird mitunter, wie bei anderen extrem rechten Gruppen, mit einem Bezug zu ›Ausländer-Gewalt‹ begründet. Ein vielfach aufgerufener Fall ist dabei der Tod eines jungen Mannes in Weyhe (Daniel S.), dem die IB zahlreiche visuelle Darstellungen widmet. Dabei stellt sie nicht nur Fotos von improvisiert wirkenden und damit zur unkomplizierten Nachahmung aufrufenden politisierten Bekenntnissen (»Wir sind Daniel. Wir sind DEUTSCH« zzgl. IB-Logo) ins Netz, sondern Bilder von ›Mahnwachen‹ aus weit entfernten Orten der Republik sowie Abbildungen christlicher Trauerpraktiken.

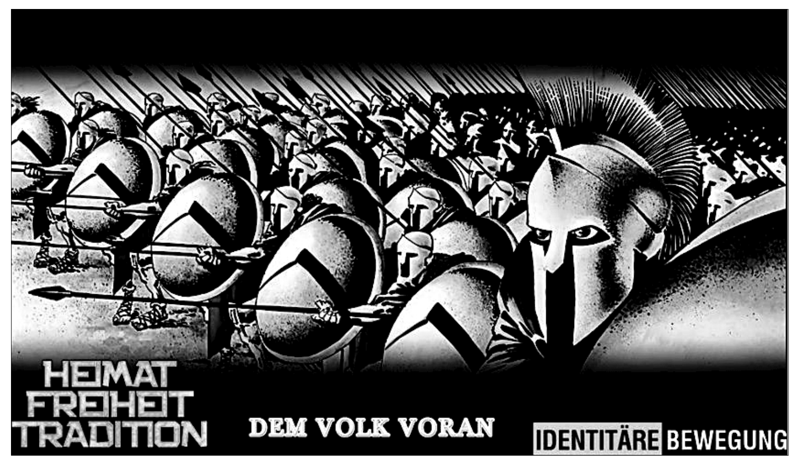
**Motiv ›Heteronormativität‹**
Die IB Bremen visualisiert die heteronormative Kleinfamilie in mehreren Motiven. Eines zeigt im Profil Oberkörper und Gesicht (bis zur Nase) eines sich gegenüberstehenden Paares aus Mann und Frau, die sich küssen. Sie hält ein Baby an die Brust gedrückt, schützend hält er die Hand der Frau. Im Zentrum der Komposition – zwischen den beiden Erwachsenen – findet sich das Logo der IB. Ein anderes Motiv der IB Bremen nimmt durch den im oberen Teil platzierten und nahezu ein Drittel der Fläche einnehmenden Satz »Liebe … ist mehr als ein Wort« auf eine bekannte Cartoon-Reihe (»Liebe ist …«, erfunden von Kim Casali) Bezug und

sucht so die Aufmerksamkeit von Betrachtenden zu erringen. Unter dem Text werden als Silhouetten zunächst ein sich küssendes heterosexuelles Paar, ein Paar mit schwangerer Frau sowie eine heterosexuelle Kleinfamilie, symbolisiert durch Mann und Frau plus zwei Kinder, gezeigt – ergänzt um ein Paar, das dicht aneinander gerückt auf einer Bank sitzt. Letzteres ruft Bilder von Paaren in hohem Alter in Erinnerung, die ihren Lebensabend gemeinsam verbringen. Die Botschaft der visuellen Elemente und der Bild-Text-Kombination verweisen positiv auf die Idee einer lebenslang funktionierenden heterosexuellen Beziehung, in deren Mittelpunkt die Fortpflanzung steht.

**Motiv ›sex sells‹**

Das Geschlechterbild der IB ist nicht nur klassisch konservativ, sondern wie auch in der Werbung werden Frauen als besondere Werbeträger in sexistischer Manier in Szene gesetzt. Eine Bild-Text-Komposition zeigt beispielsweise den leicht geneigten Kopf einer jungen Frau, deren lange Haare ihr zum Teil vor dem Gesicht liegen. Der Mund ist ein wenig geöffnet und zeigt gleichmäßige weiße Zähne. Oben rechts ist das Wort »Identität« in schlichten Typen gesetzt. Am unteren Bildrand stehen drei Worte: »Was Frauen wollen«, daneben das Logo der IB. Dieses taucht auch in ihrer nicht durch das Haar verdeckten Pupille auf. Ziel ist es in diesem Fall, die ›identitäre Botschaft‹ durch eine attraktive und lasziv dargestellte junge Frau aufzuwerten. Ein anderes Bild zeigt den Oberkörper einer nackten jungen Frau, deren lange blonde Haare ihre Blöße verdecken. Dazu heißt es: »Zu schön für einen Schleier«.




**Motiv ›Aufgang‹**

Von der IB Wien wird eine Komposition verbreitet, die den Anspruch auf das Vordringen in die Zentren politischer Macht artikuliert. Sie zeigt die Hofburg in Wien, die seit 1945 unter anderem Amtssitz des Bundespräsidenten ist. Das Gebäude ist grau, der Himmel wolkenverhangen, die Stimmung düster. Oben rechts befindet sich die Ankündigung »Wien wird identitär« und oben links das IB-Logo, das durch Strahlen mit dem Zentrum der Hofburg verbunden ist. Zwei Deutungen sind hier denkbar: Das IB-Logo wird mit Hilfe von Himmelstrahlern aus der Hofburg angestrahlt oder das IB-Logo sendet quasi seine Glanz verheißenden Strahlen auf die Hofburg – letztere Interpretation passt wohl eher zum Anspruch der selbsterklärten Bewegung.

Das visuelle Element der aufgehenden Sonne, die neue Hoffnung und Zukunft verkörpert, findet sich im Übrigen in zahlreichen Deutungsangeboten der IB. Die »Identitäre Bewegung Deutschland« verbreitet beispielsweise eine Text-Bild-Kombination, in der anlässlich der Diskussion um die Finanzkrise in Zypern die visuelle Darstellung der Strahlen einer aufgehenden Sonne in der oberen Bildhälfte mit rauem Meer und einer felsigen Küstenlinie kombiniert wurde. Unten links ist das IB-Logo angeschnitten zu sehen, oben links das Textelement »Wir lieben« mit zwei Anschlussmöglichkeiten: zum einen nach unten rechts mit dem Wort »Europa«, wobei der Buchstabe o als IB-Logo ausgebildet ist. Zum anderen, darunter, über die ganze untere Breite verlaufend in kleinerer Schrift: »… nicht den Euro! Für ein Europa der Vaterländer und der Regionen!«.

**Bezugnahme (Pop-)Kultur**

In der Verwendung visueller Elemente und historischer sowie popkultureller Bezüge ist die IB undogmatisch. Sie lässt die Comic-Figur Asterix »Multi-Kulti-Wahn« und »Islamisierung« herabsetzen und legt der Southpark-Figur Cartman die Aufforderung »Respect my identity« in den Mund. Mit einer anderen Grafik bezieht sie sich auf den Blockbuster »Avatar« und zeigt die Zeichnung eines Na'vi, eines Angehörigen jenes Volkes auf der fernen Welt Pandora, die von den Menschen ausgebeutet wird. Dazu heißt es: »100 % identitär 0 % Rassismus«. Andere Bild-Text-Kompositionen führen Schriftsteller der letzten Jahrhunderte als Zeugen der IB auf, indem beispielsweise Grafiken von Johann Wolfgang von Goethe, Thomas Morus oder Charles Peguy - die beiden letzteren weisen biografisch starke katholische Bezüge auf - mit kurzen Sentenzen aus ihrem Werk verbunden werden: »Tradition ist nicht das Halten der Asche, sondern das Weitergeben der Flamme«, heißt es neben einem Bild von Thomas Morus (1478-1535). Einzig ein Zitat vom Reichskanzler Otto von Bismarck neben seinem stilisierten Hamburger Denkmal ist mit dem Zusatz: »Bismarck ist Pop« versehen. Schließlich verwendet die IB derartige Kompositionen auch mit zeitgenössischen Autoren und Musikern, die sie als Referenzen für ihr Anliegen einführen (zum Beispiel Götz Kubitschek, Douglas Pearce von der Band »Death in June«), oder mit PolitikerInnen und Unternehmern, mit denen sie Feindmarkierungen vornehmen: »Die deutsche Nation würde ich politisch sogar eher bekämpfen« wird die ehemalige Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel beispielsweise zitiert, daneben ein wenig charmantes, digital nachbearbeitetes Foto von ihr.

**Erkennungsmerkmal gesetzt**

Die »Identitäre Bewegung« ist dabei, sich als ›Marke‹ zu etablieren. Mit der weitgehenden Orientierung an einem einschlägigen Gestaltungskonzept, das Farben, Aufbau und historisch-thematische Bezüge verbindet, ist es ihr bereits gelungen, eine Corporate Identity mit deutlichem Wiedererkennungswert zu etablieren. Dazu trägt vor allem bei, dass sie in den sozialen Netzwerken mit ihren mehr als 50 Gruppen stark präsent ist und entsprechende ›Bilder‹ wiederkehrend wechselseitig gepostet werden.

# Mythos Sparta

In ihrer Selbstinszenierung greifen die »Identitären« den Mythos der antiken Schlacht an den Thermopylen auf. Der zum heroischen Opfertod stilisierte Kampf von »300« Spartanern gegen eine Übermacht persischer Krieger wird dabei von der extremen Rechten als Kampf zur Verteidigung Europas umgedeutet.

**von David Janzen**




»Wir sind 300. Unsere Phalanx steht und wird niemals brechen«, verkündete pathetisch die »Identitäre Bewegung« den kurzen Auftritt von kaum mehr als drei Handvoll AnhängerInnen gegen die Entstehung einer Moschee am 23. März 2013 in Hamburg. Noch bevor sie den geplanten Auftaktort erreichten, waren sie auf mehrere hundert GegendemonstrantInnen getroffen, waren mit Schneebällen beworfen worden und mussten schließlich unter Polizeischutz wegeskortiert werden. Trotz des blamablen Auftretens wurden sie unter dem Schlagwort »17 gegen 700« mit jenen 300 spartanischen Kriegern verglichen, die sich 480 v. Chr. unter dem Befehl ihres Königs Leonidas todesmutig einer tausendfachen Übermacht des persischen Heeres entgegengestellt haben sollen – popkulturell verarbeitet im Comic »300« (1998) von Frank Miller, verfilmt 2007. Genau in diesen Rahmen setzen sich die Hamburger »Identitären« schließlich auch selbst: Ein über ihren Facebook-Account verbreitetes Foto ihrer kleinen Truppe, wie sie auf die GegendemonstrantInnen zuläuft, wird überlagert von spartanischen Kriegern aus eben jenem Comic. Abgebildet ist auf dem Bild auch das Logo der »Identitären«, das Lambda, das der Legende nach auf den Schilden der spartanischen Kriegerkaste gestanden haben soll (s. Bild).

**Der Sparta-Mythos**

Die Mythenbildung über den Kampf der Spartaner als Exempel für einen bedingungslosen Gehorsam bis zum Opfertod begann schon in der Antike. »Wanderer, kommst du nach Sparta, verkündige dorten, du habest uns hier liegen gesehen, wie das Gesetz es befahl«, so gibt Friedrich Schiller 1795 in einem Gedicht die Inschrift wieder, die auf den Dichter Simonides aus dem 5. Jahrhundert v. Chr. zurückgeht und die schon in der Antike am Ort der Schlacht auf einer Stele eingemeißelt gewesen sein soll. Ob im Kaiserreich, unter Konservativen in der Weimarer Republik oder im »Dritten Reich«: Sparta galt als Vorbild für Zucht, Disziplin, Gehorsam und militärische Pflichterfüllung bis in den Tod. In seiner »Leichenrede« zum 10. Jahrestag der Machtübergabe am 30. Januar 1943 tönte Göring im Radio angesichts der eingekesselten 6. Armee in Stalingrad: »Kommst du nach Deutschland, so berichte, du habest uns in Stalingrad liegen sehen, wie das Gesetz der Ehre und Kriegführung es für Deutschland befohlen hat«. Nicht nur die Schlacht an den Thermopylen, auch der spartanische Staat galt den Nazis als Vorbild. Hitler, der dem Germanenkult manch anderer nationalsozialistischer ›Größe‹ eher ablehnend gegenüberstand, war begeistert vom antiken Griechenland: »Sehen wir auf die Griechen, die auch Germanen waren, so finden wir eine Schönheit, die hoch über dem liegt, was wir heute aufzuweisen haben. Das gilt für die Großartigkeit ihrer Gedankenwelt […] wie für das Bild ihrer Erscheinung«. Für die alten Germanen, die er mal als »Lackel« mal als »Maori aus Holstein« bezeichnete, hatte er wenig übrig: »Unser Land war ein Sauland […] Wenn man uns nach unseren Vorfahren fragt, müssen wir immer auf die Griechen hinweisen«. Sparta dagegen pries Hitler als den ersten »völkischen Staat« der Geschichte. In der dort praktizierten Tötung der »kranken, schwachen, missgebildeten Kinder« sah er ein Beispiel früher »Rassenhygiene«. Schon 1904 hatte der Zoologe Ernst Haeckel die »Tötung von neugeborenen verkrüppelten Kindern, wie sie zum Beispiel die Spartaner behufs der Selection des Tüchtigsten übten« zynisch als »sowohl für die Beteiligten, wie für die Gesellschaft nützliche Maßregel« befürwortet.

Angesichts der Vereinnahmung Spartas durch die nationalsozialistische Propaganda spielte Sparta in der Geschichtsforschung in Deutschland nach 1945 lange Zeit eher eine unbedeutende Rolle. Die populäre Wahrnehmung allerdings ist noch bis heute durch das pseudowissenschaftliche Bild des Nationalsozialismus mitgeprägt.

**Sparta-Renaissance »300«**

Eine Wiedergeburt erlebte der Sparta-Mythos hierzulande mit dem Kinofilm »300«. Der Plot: 300 ›heroische‹ Spartaner, die aussehen, als wären sie dem Atelier des NS-Bildhauers Arno Breker entsprungen, widersetzen sich dem Ansturm ›dunkelhäutiger orientalischer Horden‹. Hollywood macht die Spartaner dabei zu Verteidigern von Freiheit und Demokratie gegen eine Bedrohung aus dem Osten. Dabei war ein großer Teil der Gesellschaft ohne politische Mitwirkungsmöglichkeiten oder, wie die Heloten, Sklaven und Staatseigentum. In der extremen Rechten hat der Film Kultstatus, wie positive Bekundungen in sozialen Netzwerken zeigen. Die »Nationalen Sozialisten Mainz-Bingen-Kreuznach« beispielsweise loben den Film, weil »eine der Sternstunden Europas« gezeigt werde. Die Schlacht bei den Thermopylen wird hier zum »Beginn einer bis heute anhaltenden Auseinandersetzung zwischen Orient und Okzident« verklärt. Die Spartaner ständen für »die Freiheit des Einzelnen« und die im »Volk verwurzelte Persönlichkeit«, die dem »Gemeinwesen verpflichtet« sei. Die »100 Völker Persiens« dagegen verkörperten die »gesichtslose Masse, getrieben durch ihre Triebe und nackte Gewalt, ohne Heimat, ohne Geist«. Diese Sichtweise dürften auch die »Identitären« teilen. Doch ihr Rückgriff auf den Mythos Sparta, der sich kaum von jenen faschistisch-reaktionären Männerphantasien in Bezug auf Germanen, Wikinger oder ›Landser‹ der Neonazis unterscheidet, wird selten als offensichtlich rechts wahrgenommen – ein grober Irrtum.

# Nur ein virtueller Schein?

## Bei Facebook sind sie mit vielen Gruppen präsent und kommen mitunter auf beachtliche »Like«-Zahlen. Doch reicht das, um eine Bewegung zu sein?

**von Daniel Schlüter**

»Bewegung« wollen die ›Identitären‹ sein, mitunter sogar eine »Generation«. Letztere Selbstbezeichnung beinhaltet vor allem eine Werbebotschaft. Behauptet wird, dass die ›Identitären‹ für die – sozusagen natürlichen – Interessen einer ganzen Alterskohorte (»ethnischer Deutscher«) stehen. Der Begriff der Bewegung soll zum Ausdruck bringen, dass die Botschaft bei einem Teil von ihr auch tatsächlich angekommen ist. In Gestalt der ›Identitären‹, so wird suggeriert, ist eine Gruppierung entstanden, die erstens Bewusstsein besitzt und zweitens nicht nur redet, sondern auch handelt.

**Bewegung**?
Drei Aspekte sind für die Bestimmung bewegungsförmiger kollektiver AkteurInnen bedeutsam: Zur Bewegung werden Gruppen und Netzwerke nicht nur durch eine bestimmte Größe, sondern dadurch, dass sie kontinuierlich agieren, ihre Forderungen eine gewisse Tiefe und Breite annehmen und ein gemeinsames Selbstverständnis herausgebildet wird, durch das man sich untereinander ähnelt und gemeinsam von anderen unterscheidet. Ein weiterer Punkt: Bewegungen stabilisieren sich durch Kommunikation. Sie kommunizieren nach außen, indem sie vorherrschenden Sichtweisen Gegensichtweisen anbieten (oder vorherrschende Sichtweisen überspitzen). Gleichzeitig wird dadurch – und durch die daraus folgenden Aktionen – nach innen Zusammenhalt erzeugt. Sie stehen also in der Öffentlichkeit, aber nicht nur für die Öffentlichkeit. Und schließlich: Bewegungen leben vom Austausch zwischen Handeln und dessen Spiegelung in und durch Medien. Sie sind heute sowohl auf der Straße als auch im World Wide Web beheimatet. Keine Aktion ohne Bericht. Keine Realität der Bewegung ohne ihr virtuelles Echo. Keine eigene Größe ohne die Verzerrungen der medialen Welt. Diesem Verständnis von Bewegung entziehen sich die hiesigen ›Identitären‹ ein Stück weit, was sich an zwei Punkten illustrieren lässt.

**Virtualisierung von Bewegung**
Sie seien, so heißt es in einer Selbstdarstellung der deutschen ›Identitären‹, zunächst eine »virtuelle Erscheinung« gewesen, die darauf abzielte, »über das Internet junge Menschen anzusprechen, die unsere Ziele teilen«. Mittlerweile sei daraus jedoch eine »lebendige Gemeinschaft Gleichgesinnter« entstanden. Die Rede ist von 54 lokalen Gruppen, die miteinander in Kontakt stehen. Daneben sind auch alle Aktionen dokumentiert, die unter dem Label der ›Identitären‹ durchgeführt wurden. Weder das eine noch das andere kann allerdings darüber hinwegtäuschen, dass die ›Identitären‹ auf eine andere Weise über Bilder kommunizieren als Bewegungen herkömmlichen Typs. Bildproduktionen und virtuelles Rumoren verstärken hier nicht ein lebendiges Geschehen, sondern sind (!) das lebendige Geschehen.
Verwischungen der Grenzen zwischen Realität und Virtualität und zwischen Anspruch und Wirklichkeit fanden sich in den vergangenen Jahren bereits bei so unterschiedlichen Gruppierungen wie den ›Autonomen Nationalisten‹ oder den ›Unsterblichen‹. Die ›Identitären‹ stehen nun für einen Typus politischen Handelns, der vorrangig die Form viralen Marketings im Netz besitzt und praktisch in erster Linie darauf setzt, dass Ideen (und nicht Taten) von potenziell Interessierten wahrgenommen werden.

**Beschleunigung von Bewegtheit**
Die Logik virtuellen Erlebens basiert allerdings mehr auf Flüchtigkeit als auf Substanz. Die Produktion von Aufmerksamkeit, die sich auf die Einrichtung von Webseiten und die Verbreitung von Videos konzentriert, stößt damit an Grenzen. Es werden auf diese Weise zwar virtuelle Gegenöffentlichkeiten geschaffen, die sich mächtig geben können. Jedoch drohen diese in der Masse an Informationen und Angeboten, die es im Netz gibt, schlicht unterzugehen. Dies geschieht geradezu unausweichlich dann, wenn kaum eine alltagsweltliche Unterfütterung in Form von Aktionen und Gemeinschaft existiert. Schon am Beispiel des Neonazismus, der über ein vergleichsweise stabiles Alltags-Fundament verfügt, lässt sich sehen, dass unter Bedingungen fortwährender virtueller Selbstdarstellung zwar immer wieder neue Strömungen, Namen und Ideen auftauchen, in immer kürzerer Zeit aber auch wieder verschwinden. Einer Gruppierung wie den ›Identitären‹, die zunächst einmal nur mit einem abstrakten Anliegen (»Identität«) auftritt, dürfte es entsprechend schwer fallen, Aufmerksamkeit und Personal an sich zu binden.
Die Zahl der »Likes« unter einem ihrer Videos ist jedenfalls wenig aussagekräftig. Weder lässt sich daraus ableiten, wie groß die AnhängerInnenschaft ist, noch kann abgelesen werden, worauf die Zustimmung im Einzelnen gründet. Schon gar nicht sagen die flüchtigen Statements etwas über die reale Politikfähigkeit dieser Gruppierung aus. Die ›Identitären‹ treffen schließlich auch auf eine zunehmende soziale Zersplitterung der potenziell Bewegbaren. Wo Bewegungen und Szenen – selbstgewählte – Ankerpunkte von Gemeinschaftserleben in einer individualisierten Welt darstellen, stehen die ›Identitären‹ und ihre »I like«-Angebote praktisch zunächst einmal für die Möglichkeit, sich ohne eine solche Vergemeinschaftung (aber eben auch ohne größere Konsequenz) inhaltlich zu positionieren.

**Identität als Konfliktfeld**
Die Durchschlagskraft von Bewegungen basiert letztlich darauf, dass ein gemeinschaftliches Erleben nicht nur behauptet wird, sondern in Grundzügen bereits besteht. Da dies bei den ›Identitären‹ nicht der Fall ist, sind sie mehr ein Label netzaktivistischer pressure groups, die zwar den Versuch unternehmen, auch in der ›realen‹ Welt Fuß zu fassen, dort aber kaum ein tragfähiges Fundament besitzen. Gleichzeitig ist ihr Thema »Identität« gerade kein ›Schein‹. Den Ausgangspunkt einer Analyse dieser Gruppierung sollten aus diesem Grunde nicht allein die ›Identitären‹ an sich darstellen. Interessieren muss auch, auf welche Weise der Identitätsbegriff von ihnen auf die Agenda gesetzt wird. Mit seiner ethnisch-kulturalistischen Aufladung wird im Kern nämlich an gesellschaftliche Diskurse (etwa über ›Islamisierung‹ und ›Integration‹) angeschlossen, die auch ohne Zutun einer extremen Rechten bereits Bedeutung besitzen. Ob dieses Vorhaben Erfolg hat, wird letztlich weniger von virtueller Präsenz als davon abhängen, ob es ihnen gelingt, in einzelnen lokalen Konflikten zu einem tatsächlich wahrnehmbaren und nicht nur virtuellen Faktor zu werden.

# »Dies ist eine Kriegserklärung«

## Der »Bloc Identitaire« zwischen Kampfgemeinschaft, Debattierklub und virtueller Blase

**von Volkmar Wölk**

Mit einem Paukenschlag fing es an. Mit einem Video, das nicht weniger sein wollte als eine Kriegserklärung an die Gesellschaft, in der wir leben. Eine Kriegserklärung, abgefasst in starken Worten, verfasst im Stil eines Manifestes, deutlich geprägt durch die Ideologie der »Konservativen Revolution« der Weimarer Republik beziehungsweise der so genannten »Nonkonformisten« der 1930er Jahre in Frankreich. In kurzen schwarz-weißen Bildsequenzen, in die jeweils einige wenige Sätze eines jungen Mannes oder einer jungen Frau transportiert wurden, meldete sich angeblich eine ganze Generation zu Wort: die »Génération Identitaire« (GI, »Identitäre Generation«) hatte ihren großen Auftritt.
Innerhalb einer Woche waren über 60.000 Klicks für die Originalversion zu verzeichnen. Der Clip wirkte offenbar nicht nur in Frankreich. Übersetzungen folgten schnell in zwölf Sprachen. Ein Erfolg für eine Gruppe, die kaum drei Monate alt war – der noch übertroffen wurde durch eine Aktion, die nicht mehr in die Öffentlichkeit transportiert werden musste, sondern die für derartiges Aufsehen sorgte, dass die großen Medien sich geradezu zur Berichterstattung drängten. In Poitiers, ungefähr auf halber Strecke zwischen Paris und Bordeaux, besetzten am 20. Oktober 2012 rund 80 AktivistInnen der »Génération Identitaire« die noch im Bau befindliche künftige große Moschee. Datum und Ort des Spektakels waren keineswegs zufällig gewählt. Nur fünf Tage danach lag der Jahrestag der Schlacht von Poitiers am 25. Oktober 732. Damals, so besagt der französische Nationalmythos, hat Karl Martell die aus Spanien vordringenden Mauren aufgehalten und, so sagt es die »Génération Identitaire«, eine »heldenhafte Schlacht« geschlagen, »die unser Land vor der muselmannischen Invasion gerettet hat«. Angeblich stünden wir vor der gleichen Wahl: »Frei leben oder sterben«. Und weiter im gleichen pathetischen Stil, der inzwischen geradezu ein Markenzeichen für die »Identitären« ist: »Unsere Generation weigert sich zuzuschauen, wie ihr Volk und ihre Identität in der Ununterscheidbarkeit verschwinden; wir werden niemals die Indianer Europas sein. [...] Wir wollen weder eine weitere außereuropäische Einwanderung noch den Neubau von Moscheen auf französischem Boden.«.
Damit war die Aufmerksamkeit erzeugt für einen Kongress mit mehreren hundert Teilnehmenden im südfranzösischen Orange. Auch hierzulande hat die extreme Rechte mitbekommen, dass sich jenseits des »Front National« (FN) als erfolgreicher Wahlpartei eine neue Entwicklung abzeichnet, die man eventuell adaptieren könnte, um der chronischen eigenen Erfolglosigkeit zu entkommen. Internetseiten der JN warben mit dem Video »Kriegserklärung«, das »Deutsche Warenhaus« der NPD vertreibt »T-Hemden« mit einer eigenen Version der »Identitären«, virtuelle und real existierende Gruppen deutscher »Identitärer« wurden gegründet. Unter anderem machten sich mit Götz Kubitschek und Martin Lichtmesz zwei Vertreter jener (neuen) Strömung auf den Weg nach Orange. Aber statt spektakulärer Aktion wie in Frankreich – zuletzt im Mai diesen Jahres bei der Besetzung der Parteizentrale der französischen Sozialdemokraten in Paris – versteckte man sich lieber hinter Verkleidungen und schwenkt Fahnen mit dem aus Frankreich übernommenen Symbol der Bewegung, dem griechischen Buchstaben Lambda.
Nicht beachtet bei der Übernahme des französischen Modells wurde der Umstand, dass die GI keineswegs aus dem Nichts entstanden war. Tatsächlich handelte es sich um eine Gründung nach einem langen Vorlauf und ebensolchen Vorarbeiten. Die Mutterorganisation, der »Bloc Identitaire«, war bereits im April 2003 als nationalrevolutionäre Sammlungsbewegung als Nachfolgeorganisation für die 2002 – wegen des Mordversuches eines ihrer Mitglieder an dem damaligen Präsidenten Jacques Chirac am Nationalfeiertag – verbotene »Unité Radicale« (UR, »Einheit der Radikalen«) entstanden. Vor drei Jahren erfolgte die Umwandlung in eine Partei mit inzwischen rund 2.000 Mitgliedern. Somit handelt es sich auch bei der »Génération Identitaire« keineswegs um eine Graswurzelbewegung, wenn auch nach der Aktion in Poitiers ein deutlicher Zulauf zu verzeichnen ist. Vor allem aber dürfte die französische Bewegung in ihren Inhalten kaum kompatibel mit denen ihrer deutschen Epigonen sein. Aber auch Marine Le Pen, Chefin des »Front National«, kritisierte umgehend, es handele sich bei den »Identitären« um eine zugleich regionalistische und europäistische Bewegung. Eine Todsünde für französische NationalistInnen.




^ *Besetzte Moschee in Poitiers*

Tatsächlich berufen sich Führungskader der Partei wie ihr Präsident, Fabrice Robert, oder der strategische Kopf, Philippe Vardon, auf Nationalbolschewisten wie den deutschen Ernst Niekisch oder den Belgier Jean Thiriart. Ihnen schwebt ein europäisches Reich von Brest oder wahlweise Dublin bis nach Wladiwostok vor. Gleichzeitig werden Anleihen bei der französischen »Nouvelle Droite«, besonders bei deren Theoretiker Guillaume Faye, gemacht. Die nicht-europäischen, stets als Muslime gedachten ImmigrantInnen mutieren in dieser Vorstellungswelt zu einer fünften Kolonne bei einer derzeit laufenden Invasion Europas. Ihr Auftraggeber, ob es ihnen bewusst ist oder nicht, sind die USA, die eine Einigung Europas und dessen Aufstieg zur Weltmacht verhindern wollen. In diesem Reich, einem »Imperium ohne Imperialismus«, verlieren die Nationalstaaten an Bedeutung. Ihren Platz bei der Identitätsstiftung nehmen die Regionen ein.
All dies dürfte der Gedankenwelt sowohl der NPD und ihres Umfeldes als auch den ProtagonistInnen um das »Institut für Staatspolitik« mehr als fremd sein. Aus diesen Gründen dürfte eine Übertragung auf Deutschland kein Selbstläufer werden.

# »Dem Volk führend dienen«

Der diesjährige Eisenacher Burschentag der »Deutschen Burschenschaft« verlief ohne großen Eklat. Inhaltlich ist nach dem Austritt des konservativen Flügels eine weitreichende Einigkeit da. Allerdings ist die finanzielle Zukunft des Dachverbandes ungewiss.

**von Jörg Kronauer**

Auf Durchhalteparolen versteht sie sich noch, die »Deutsche Burschenschaft« (DB). Da hat der Dachverband, der noch vor wenigen Jahren rund 120 aktive Burschenschaften in Deutschland und Österreich umfasste, binnen kurzer Zeit ein Drittel seiner Mitgliedsbünde verloren und zählt keine 80 aktiven Verbindungen mehr. Unter den Ausgetretenen befinden sich besonders mitgliedsreiche Organisationen; Schätzungen beziffern die Personalstärke der DB auf vielleicht noch 6.000 Männer - deutlich weniger jedenfalls als die mehr als 10.000, die ihr vor relativ kurzer Zeit noch angehörten. Keine Frage: Da muss dringend eine Erfolgsmeldung her, um schlechte Stimmung zu vermeiden. Und siehe da: Es gelingt dem Schrumpf-Club DB, die Aktivitas der »Berliner Burschenschaft Germania« und die »Burschenschaft Gothia Salzburg« zum Beitritt zu bewegen. Beide gehören weder personell noch inhaltlich zu den Schwergewichten des burschenschaftlichen Spektrums. Verbandssprecher Burkhard Mötz (»Wiener akademische Burschenschaft Teutonia«) jubiliert trotzdem: »Damit«, ruft er aus, sei nun endlich die ersehnte »Trendwende in Sicht«.

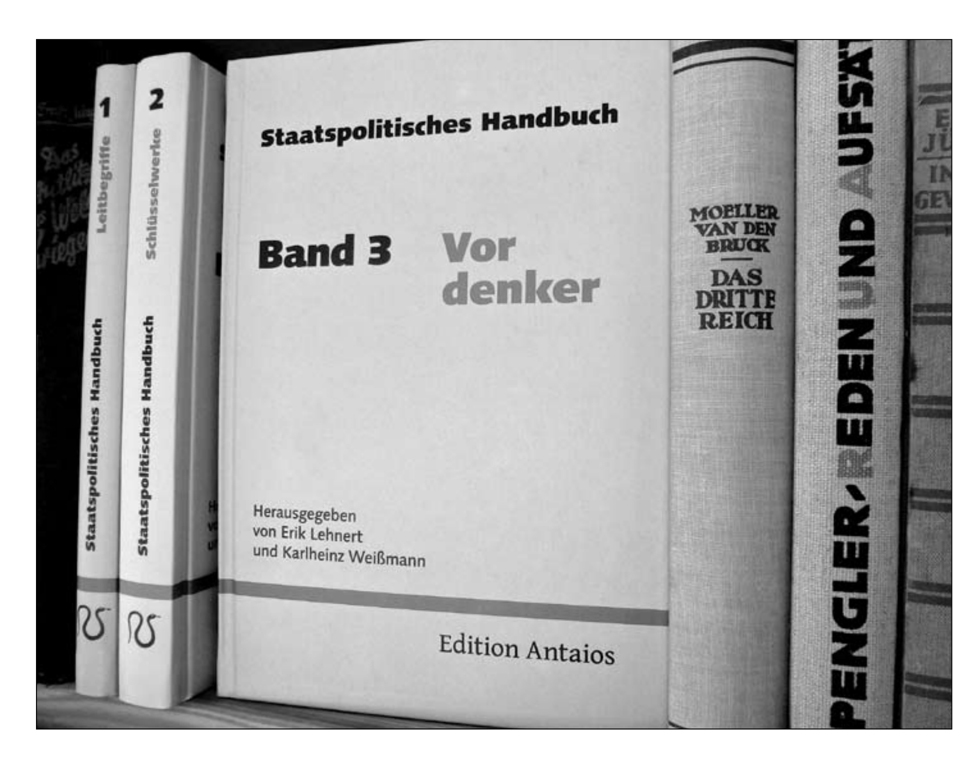


Nach dem Exodus konservativer Burschenschaften, der nach dem Außerordentlichen Burschentag vom 23. bis 25. November 2012 in Stuttgart eingesetzt hatte, hat sich die DB auf ihrem diesjährigen Eisenacher Verbandstreffen vor allem um Konsolidierung bemüht. Inhaltlich waren die Voraussetzungen dafür sicherlich gegeben. Der Verlust des konservativen Flügels hat die politische Spannweite der DB verringert: Verblieben sind weit rechtsstehende Bünde, die sicherlich noch ihre Differenzen haben, sich aber in den entscheidenden Fragen problemlos einigen können. So hat es, wie die »Junge Freiheit« (JF) berichtet, einen Kompromiss im zentralen Streitpunkt der letzten Jahre gegeben: Die »deutsche Abstammung« wird verbindliches Aufnahmekriterium. Dabei wird sie, anders als einige Hardliner es wollten, nicht näher definiert, und die Entscheidung, ob sie bei einem beitrittswilligen Mann vorliegt, bleibt der betreffenden Burschenschaft vorbehalten. Allerdings sind diejenigen Burschenschaften, die mit der Aufnahme von Männern mit nichtdeutschen Vorfahren in den letzten Jahren für Unmut sorgten, inzwischen aus der DB ausgetreten, so dass deren »Überfremdung«, wie sie die Hardliner befürchteten, ohnehin nicht mehr »droht«.

Das Bemühen um Konsolidierung war dem Burschentag in jeder Hinsicht anzumerken. Die Vorsitzende Burschenschaft, die »Wiener akademische Burschenschaft Teutonia«, trat penetrant mit dem Hinweis an die Öffentlichkeit, die DB werde sich - als »älteste Jugendorganisation Europas« - von nun an der »Anliegen der europäischen Jugend« annehmen. So kämpfe man ganz besonders gegen die grassierende Jugendarbeitslosigkeit, verkündete DB-Sprecher Mötz; da könne, so das Konzept, wohl niemand etwas einwenden. Politisch läuft die Zielsetzung angesichts der Ausrichtung der DB jedoch auf Opposition gegen den Euro und die EU von rechtsaußen hinaus, ganz ähnlich wie etwa bei der FPÖ. Mötz sprach zudem von »neugefundene[r] Harmonie und dem einhelligen Bestreben, die gemeinsamen über die trennenden Dinge zu stellen«. Dazu passend hatte der Verband auch den Redner für den diesjährigen Festkommers ausgewählt: den emeritierten Bonner Politik-Professor Hans-Helmuth Knütter.

Knütter ist seit je für sein Plädoyer bekannt, der Feind stehe links und die Rechte müsse sich daher gegen die Linke verbünden. »Schließen Sie sich zur Faust zusammen und gehen Sie offensiv, nicht defensiv, gegen die Feinde der Burschenschaften, des deutschen Volkes, der Freiheit, also den linksextremen Feind vor.« hatte er bereits 1997 als Redner vor dem damaligen Burschentag gefordert; verbunden mit dem Aufruf »Heraus aus den Häusern! Kämpfen Sie!«. Eine ähnlich einigungsstiftende Ansprache hatten sich wohl auch die Organisatoren des diesjährigen Burschentags erhofft - und sie wurden nicht enttäuscht. Knütter wiederholte sein sattsam bekanntes Plädoyer: »Infolge des rasanten technologischen Fortschritts« beherrsche derzeit »der linke, progressive, hedonistische ‹Mainstream›« die öffentliche Debatte; die Rechte müsse sich dagegen geschlossen zur Wehr setzen. Pech für Knütter war nur, dass während seiner Rede das Endspiel der Champions-League lief und rund ein Drittel der nach Eisenach gereisten Burschenschafter von der Teilnahme am Festkommers abhielt - übrigens eine interessante Bruchlinie des rechten Bündniskonzepts.

Dass die äußere Rechte in der DB nach dem Austritt des konservativen Flügels freie Bahn hat, liegt auf der Hand. Die neu eingetretene »Burschenschaft Gothia Salzburg« vermittelt einen Eindruck von der völkischen Lyrik, die im Verband nun keinerlei Gegengewicht mehr hat: Sie verfolge, schreibt sie, »als ideeles (!) Ziel die Heranbildung sittlich hochstehender Persönlichkeiten«, die offenbar die deutsche Rechtschreibung nicht beherrschen müssen, aber »als volksbewußte Bürger ihrem Volk führend dienen können«. Nicht geklärt ist freilich die Frage, wie die völkische Führungselite die Zukunft der DB finanziell sichern will. Schließlich ist ihr durch die Schrumpfung ein erheblicher Teil ihrer Mitgliedsbeiträge verloren gegangen; BeobachterInnen sprechen von bis zu einem Drittel der Einnahmen. Eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge sei nicht ausgeschlossen, schrieb dann auch die JF. Völkische Führungselite sein zu wollen - das wird wohl teuer.




# Nachschlagewerk und Inspirationsquell

Es geht um nicht weniger als die eigene rechte ›intellektuelle‹ Aufrüstung. Für wenig Geld präsentiert der ›neu-rechte‹ Verlag »Edition Antaios« das »Staatspolitische Handbuch«, das nun 2013 komplementiert wurde. Doch was wird dem eigenen ›Nachwuchs‹ dort angedient?

**von Helmut Kellershohn**

»Vordenker« lautet der Titel des dritten und letzten Bandes des »Staatspolitischen Handbuchs«. Herausgegeben wurde es von Erik Lehnert und Karlheinz Weißmann vom jungkonservativen Institut für Staatspolitik (IfS). In dem Nachschlagewerk soll es um die »konservative Sache« (Vorwort) gehen und um die »Köpfe hinter den Büchern und Begriffen« (Werbung). Auf der Website des Instituts lässt man indes keinen Zweifel daran aufkommen, dass dieser Gegenstand aus konservativ-revolutionärer Sicht in den Focus der Betrachtung genommen werden soll. Denn die besagten »Köpfe« – insgesamt sind es 129, davon 25 nicht-deutschsprachige –, das seien »die Vordenker jeder [!] Konservativen Revolution, die Aufhalter und Widerborste, Feuerwerker und Mahner«, die porträtiert werden sollen. Manche von ihnen wie Hannah Arendt oder Margret Boveri (neben Ilse Schwidetzky und Ayn Rand die einzigen weiblichen »Vordenker«) würden sich wohl, sollten sie von dieser ›Ehrung‹ auf wundersamem Wege Kenntnis erhalten, im Grabe rumdrehen. Die Herausgeber jedenfalls halten sich zu Gute, eine, wie sie es nennen, »Engführung« vermieden zu haben.
Das neue Werk komplementiert nach drei Jahren nun die kleine Reihe, zu der die Einzeltitel »Leitbegriffe« (2009; s. drr Nr. 123) und »Schlüsselwerke« (2010) gehören. Dabei orientiert sich die Auswahl der »Vordenker« an ähnlichen Kriterien wie schon im vorherigen Band (s. drr Nr. 130) - allerdings mit der Einschränkung, wie die Herausgeber schreiben, dass nur solche AutorInnen vorgestellt werden sollen, die »unmittelbar […] Einfluß auf die intellektuelle Rechte der Nachkriegszeit genommen« hätten – was impliziert, dass sie in dieser Zeit noch gelebt und geschrieben haben müssen. Aus unerfindlichen Gründen werden mit Pareto und Saint-Exupery zwei Ausnahmen gemacht. Und seltsamerweise erstreckt sich die sogenannte Nachkriegszeit bis heute, so dass noch lebende Zeitgenossen wie zum Beispiel Günter Maschke oder Henning Eichberg in den Genuss kommen, abgehandelt zu werden. Die Folge ist, dass ein Großteil der AutorInnen, die im zweiten Band mit ihren »Schlüsselwerken« vertreten sind, im neuen Band gar nicht mehr auftauchen. Das betrifft vor allem die »Vordenker« der so genannten Konservativen Revolution (KR) der 1920er Jahre wie Moeller van den Bruck, Oswald Spengler, Edgar Julius Jung, Othmar Spann und den ganzen TAT-Kreis, von Ernst Niekisch ganz zu schweigen, obwohl dieser doch in den 1970er Jahren (Nachkriegszeit!) von der nationalrevolutionären ›Neuen Rechten‹ fleißig rezipiert wurde. Welch ein ›Glück‹ also für das Handbuch, dass Carl Schmitt, Ernst Jünger und Martin Heidegger, dieses intellektuelle Dreigestirn der KR, den Krieg überlebt haben. Selbstverständlich sind sie, ebenso wie der Jünger-Bruder Friedrich Georg, im Handbuch berücksichtigt. Ansonsten werden, mit Ausnahme Ernst von Salomons, nur jungkonservative Autoren, die man der KR zuordnen kann, herangezogen: wie Hans Freyer, dessen Leipziger Schule auch noch mit Arnold Gehlen und Helmut Schelsky vertreten ist; wie die Staatsrechtler Ernst Forsthoff und Ernst Rudolf Huber, die protestantischen Theologen Friedrich Gogarten und Emanuel Hirsch und Hans Domizlaff, ein Spezialist für Werbung und Massenpsychologie.
Interessanterweise taucht mit dem österreichischen Germanisten und Volkskundler Otto Höfler ein bekennender Nationalsozialist und Mitglied des SS-Ahnenerbe auf. Dessen Habilitationsschrift »Kultische Geheimbünde der Germanen« (1931) enthält einen »Grundtenor«, den Esther Gajak (aus einer kritischen Perspektive) so beschreibt: »die Hochschätzung der germanischen Männerbundkultur und ihres ekstatischen Kultes, das ehrfürchtige Verhältnis zu den Toten und dann besonders das Bild der Germanen als Staatengründer, Kämpfer, Gestalter und Herrscher«. Weißmann, der übrigens die meisten Artikel (31) für das Handbuch geschrieben hat, erwähnt den Artikel von Gajak aus dem Sammelband »Völkische Bewegung - Konservative Revolution – Nationalsozialismus«, herausgegeben 2005 von Walter Schmitz und Clemens Vollnhals, nicht – wie überhaupt kritische Literatur zu den »Vordenkern« weitgehend fehlt.

**Schmittistisches**

Apropos Günter Maschke: Er ist neben Alain de Benoist der einzige, der sowohl als »Vordenker« behandelt wird als auch als Verfasser eines Artikels fungiert. Die Herausgeber brauchten wohl einen kompetenten Kenner Carl Schmitts. Und Maschke nimmt in der Tat das Buchkonzept sehr genau und beschränkt seine Ausführungen auf das Wirken des einstigen nationalsozialistischen ›Kronjuristen‹ in der Nachkriegszeit, während etwa die Artikel zu Forsthoff oder Freyer weiter ausholen und deren Werdegang insgesamt darstellen. Der Artikel Maschkes ist freilich wenig gehaltvoll. Von insgesamt fünf Spalten begnügen sich anderthalb Spalten mit einigen Anmerkungen zu den Nachkriegsschriften Schmitts. Der Rest ist ein Gejammer über die angebliche Ungerechtigkeit der Welt (»Diffamierungs-Industrie«), die Schmitt bedrückt habe, und zugleich eine Eloge auf die »außergewöhnliche Anregungs- und Ausschließungskraft von Schmitts Denken«, das schließlich nicht nur in Franco-Spanien (!), sondern peu à peu, »nach der Art eines unterirdischen Wurzelstocks, eines immer umfangreicheren Rhizoms« auch in Deutschland seine Wirkung entfaltet habe.

Es verwundert daher nicht, dass das Handbuch eine Menge »Schmittianer« beehrt, selbstverständlich seine direkten Schüler Forsthoff und Huber, sodann jüngere Staats- und Verfassungsrechtler, die den Umgang mit Schmitt pflegten wie Roman Schnur oder Wolfgang Böckenförde, und noch jüngere wie der ominöse Herr Depenheuer, der unter den heutigen Staatsrechtlern einer der prominentesten Schmitt-Adepten ist, übrigens ein Schüler von Josef Isensee, der sich ebenfalls einen Eintrag im Handbuch verdient hat. Depenheuer wurde mit einer Schrift zu 9/11 »Selbstbehauptung des Rechtsstaates« einer größeren Öffentlichkeit bekannt, in der er dem Terroristen und jedem anderen Staatsfeind den Status als Rechtssubjekt absprach, damit unter anderem Guantanamo rechtfertigte und umgekehrt den Bürger als denjenigen definierte, der bereit sein müsse sich für den Staat zu opfern, weil er seinen Status als Rechtssubjekt nicht sich selbst, sondern dem Staat verdanke.

**Christlicher Konservatismus**

Depenheuer ist übrigens (wie Schmitt) katholisch, das gibt Gelegenheit, auf die Schwärmerei heutiger (protestantischer) Jungkonservativer wie Karlheinz Weißmann für das Katholische (im traditionalistischen und papalistischen Sinne) hinzuweisen. Unter den im Handbuch vertretenen Theologen und Philosophen seien hier vor allem der jugendbewegte Romano Guardini, der Münsteraner Philosoph Josef Pieper, der auch in der »Jungen Freiheit« gern interviewte Robert Spaemann und nicht zuletzt Josef Ratzinger erwähnt. Der Artikel zum abgedankten Papst ist von Harald Seubert, dem umstrittenen Hausphilosophen und Präsidenten des CDU-nahen »Studienzentrums Weikersheim«, verfasst. Seubert umschifft galant sämtliche, angeblich politisch motivierten Kritikpunkte, die das Pontifikat des ehemaligen Papstes hervorgerufen hat, insbesondere im Umgang mit anderen Religionen und Konfessionen sowie mit der schismatischen Pius-Bruderschaft. Entsprechend fällt die Beurteilung Benedikts eindeutig positiv aus, wenn er dessen im Sinne Carl Schmitts katechontisches, gegen die Moderne (»Diktatur des Relativismus«) gerichtetes Verständnis von Kirche und Papstamt hervorhebt, die »Singularität der katholischen Kirche« betont und Benedikts Absage an die sogenannte »Konsensökumene« unterstreicht. Benedikt habe »modernistische Auswüchse« des Zweiten Vatikanischen Konzils korrigiert und sich um die »Wiedergewinnung« der Pius-Bruderschaft bemüht.

Seubert, das sei an dieser Stelle eingeflochten, hat sich Letzteres zu Herzen genommen und trat 2012 auf der Schönenberger Sommerakademie im St.-Theresien-Gymnasium der Pius-Bruderschaft mit einem Vortrag »Der Antichrist: Die Wirklichkeit der Endzeit« auf. Im Übrigen ist der Philosoph mit 17 Beiträgen im Buch engagiert und ein sehr gutes Beispiel für die Strategie des jungkonservativen Flügels der ›Neuen Rechten‹ (»Institut für Staatspolitik«, »Junge Freiheit«), im Namen eines christlichen Konservatismus Brücken zu schlagen zwischen den traditionalistischen, papalistischen und integralistischen, schismatischen Kräften des Katholizismus auf der einen Seite und den konservativen Evangelikalen auf der anderen Seite. Hatte Günter Rohrmoser, der auch als »Vordenker« gewürdigte ehemalige Hausphilosoph des »Studienzentrums Weikersheim«, auf seine alten Tage noch das IfS als »leninistisch« beschimpft, so ist Seubert heute Vielschreiber in der Institutszeitschrift »Sezession« sowie der »Jungen Freiheit«. Nach seinem Abgang von der Universität Bamberg, die Wert darauf legt, dass er dort nicht als Professor, sondern als »Privatdozent ohne Stelle und Besoldung« gewirkt habe, ist Seubert mittlerweile Professor an der evangelikal ausgerichteten »Staatsunabhängigen Theologischen Hochschule Basel«, deren Abschlüsse von den Landeskirchen nicht anerkannt werden. Zugleich sitzt er im Beirat des »Europäischen Instituts für Philosophie und Religion« der Philosophisch-Theologischen Hochschule Benedikt XVI. im Stift Heiligenkreuz (Wienerwald). Last but not least wurde er 2010 Präsident des reaktionären »Preußeninstituts«, das sich »die Wiederherstellung Preußens« zur Aufgabe gesetzt hat. Auch wenn man das von den Wünschen der betroffenen Bevölkerung abhängig machen möchte: »In den mitteldeutschen Kerngebieten« – diese Sprachregelung kennt man aus der »Jungen Freiheit« und von Seiten der NPD – sei es das »Gebot der Stunde«, Preußen wieder zu errichten.

**Autoritärer Liberalismus**

Carl Schmitt wird von seinem sozialdemokratischen Kontrahenten Hermann Heller als Exponent eines autoritären Liberalismus beschrieben. Auch der heutige Neoliberalismus ist alles andere als liberal (im landläufigen Sinne), sondern autoritär bis in die Knochen und daher, insbesondere in der nationalliberalen Variante (»Alternative für Deutschland«, AfD) koalitionsfähig mit den autoritär-staatlichen Konzeptionen des heutigen Jungkonservatismus. Es erstaunt daher nicht, wenn unter den »Vordenkern« zwei neoliberale Autoren zu finden sind, die Armin Mohler (auch er natürlich »Vordenker«) in seinem Klassiker über die KR gar nicht im Visier hatte, nämlich Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek, beide Österreicher und in die USA emigriert (von Mises 1940) beziehungsweise berufen (Hayek 1950 nach Chicago). Ludwig von Mises, um sich auf ihn zu beschränken, wird von Jörg Guido Hülsmann vorgestellt, Ökonom und im Redaktionsbeirat der Zeitschrift »eigentümlich frei«, dem rechtslibertären Flügel der ›Neuen Rechten‹. Zum Hauptwerk von Mises »Human Action« (1949) schreibt er: »Der Staat hat die Rolle eines Sicherheitsproduzenten, das heißt, er sorgt für die allseitige Beachtung der Eigentumsrechte. Von Mises weist nach, dass jede darüber hinausgehende Staatstätigkeit kontraproduktiv ist.« Hülsmann kommt nicht auf die Idee, dass es zwischen dem geforderten Verzicht auf Wirtschaftspolitik und der Notwendigkeit repressiver Staatsapparate einen Zusammenhang gibt, weil die tatsächliche Nichtbeachtung der Eigentumsrechte etwas damit zu tun hat, dass das »Sondereigentum an Produktionsmittel«, um das von Mises immer besorgt gewesen ist, andere Eigentumstitel sich unterordnet und tendenziell negiert. Die Hybridität des »neoliberalen Leviathan« (Loic Wacquant) besteht eben darin, dass er der herrschenden Klasse weitgehend ›Beinfreiheit‹ verspricht, während er den subaltern gehaltenen Mitgliedern der Gesellschaft bestrafend und restriktiv gegenübertritt. Übrigens: Von Mises war in den 1920er Jahren ein Verehrer von Mussolini und den berüchtigten Chicago-Boys Kollaborateuren des Pinochet-Regimes, für das sich die verstorbene Margret Thatcher ebenfalls auf das Wärmste interessierte. Kein Wort dazu im Handbuch.

# ›Wir Rasse-Germanen‹ – zur Aktualität eines völkischen Mythos’

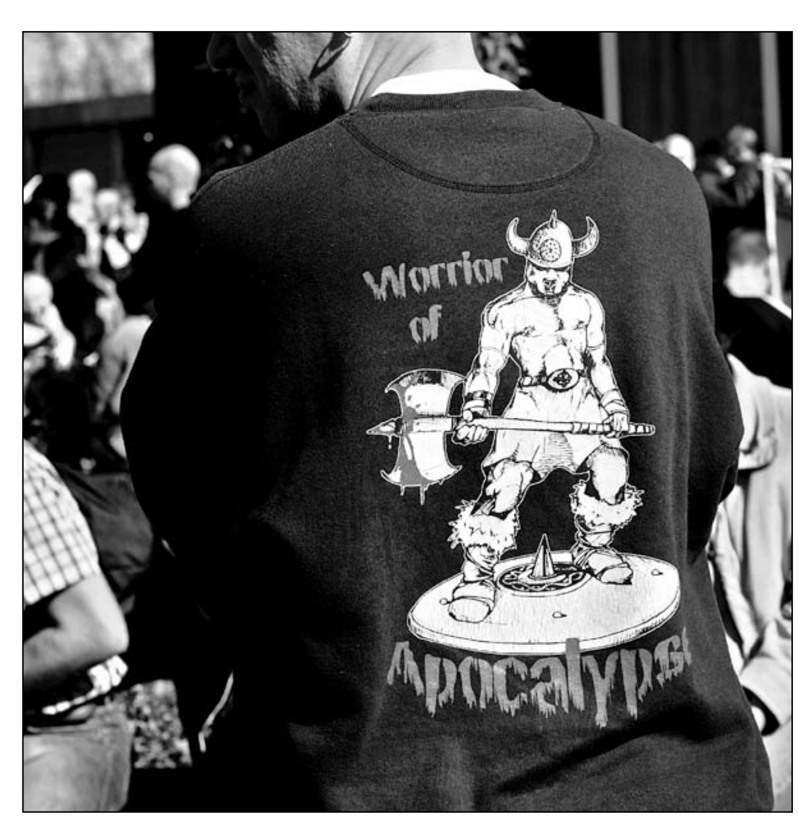
Das heutige Bild von ›den Germanen‹ ist mitunter stark geprägt von Vorstellungen, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts durch die völkische Bewegung verbreitet wurden. Besonders in der Zeit des Nationalsozialismus wirkten auch Archäologen selbst an der Etablierung eines rassistischen Vergangenheitsbildes mit. Eine Spurensuche.

**von Dana Schlegelmilch**

Populäre Geschichtsdarstellungen verkünden es immer wieder: Die Germanen – das sind die mystischen Vorfahren der Deutschen. Selbst Kanzlerin Merkel bemerkte anlässlich des 2000-jährigen Jubiläums der Varusschlacht im Jahr 2009, »wir Germanen« hätten der europäischen Einigung bedurft, um zu einem friedlichen Zusammenleben zu kommen. Und das Themenheft »Der Spiegel Geschichte« schrieb zuletzt im Februar 2013 »Die Germanen: Europas geheimnisvolles Urvolk« herbei. Das hier verbreitete Geschichtsbild ist vor allem eines: völkisch. Denn weder eine jahrhundertelange Kontinuität des ›Deutschen Volkes‹ in die Vergangenheit noch die Ansprache der von den antiken Schriftstellern als Germanen bezeichneten Menschen als einheitliches ›Urvolk‹ sind wissenschaftlich haltbar.
Bezugnahmen auf die »germanischen Ahnen« gibt es, bei aller Unterschiedlichkeit in Habitus und politischer Strategie, auch innerhalb der extremen Rechten ständig: Sei es die Anrufung von »Walvater Wotan« in Songs, die Verwendung ›germanisierter‹ Monatsnamen, das Abhalten von Sonnenwendfeiern an vermeintlich germanischen Kultplätzen oder die Präsentation angeblich germanischer Volksbräuche in neonazistischen Zeitschriften unterschiedlichster Couleur. Der Bezug auf eine ›germanische Vergangenheit des deutschen Volkes‹ war und ist bis heute eine der Grundkonstanten der völkischen Weltanschauung. Dahinter steht ein Bild von Vergangenheit, das vor allem von der Kategorie ›Rasse‹ bestimmt wird. Germanen erscheinen dabei als Träger der »kulturschöpferischen nordischen Rasse«, die sich über Generationen unvermischt bis hin zum Nationalsozialismus und zum heutigen Aktivisten vererbt habe. Diese Germanen werden als heroisch-kämpferisch dargestellt und dienen so als Projektionsfläche für den eigenen »Kampf gegen Unterdrückung«. Als Gegenbild wird eine »semitische Rasse« konstruiert, die alle vermeintlich negativen Eigenschaften – etwa Geldgier, Naturferne und Intellektualität – vereint. Dieses Vergangenheitsbild wurde vor allem in der Zeit des Nationalsozialismus gesellschaftlich verankert und hat sich in scheinbar entpolitisierten Überlieferungen weitgehend erhalten. An der Etablierung mitgewirkt haben auch die deutschen Archäologen der 1930er und 1940er Jahre: Sie lieferten mit ihren Arbeiten eine legitimierende Grundlage der Volksgemeinschaftsideologie.

**»Weltanschauungswissenschaft«**

Die als »deutsche Archäologie« betitelte Vorgeschichtsforschung – auch Urgeschichte oder Prähistorie genannt – war während des Nationalsozialismus allerdings nicht einfach nur ein Instrument, das für ideologische Zwecke missbraucht wurde und ansonsten unberührt blieb. Im Gegenteil: Der Nationalsozialismus war auch hier ein prägender Faktor bei der Verankerung der Strukturen und Verbreitung wissenschaftlicher Inhalte des Faches. Denn die junge Wissenschaft zur Erforschung der »vaterländischen Altertümer« erwuchs zum Ende des 19. Jahrhunderts und am Beginn des 20. Jahrhunderts erst allmählich zu einer eigenständigen Disziplin. Diese Entwicklung stand in Deutschland im Kontext nationalistischer und völkischer Gesellschaftsströmungen, vollzog sich aber auch in den benachbarten europäischen Ländern in ähnlicher Weise.
1927 erhielt die »Vorgeschichtliche Archäologie« in Marburg ihren ersten ordentlichen Lehrstuhl innerhalb des Deutschen Reiches. Damit war an einer Universität erstmals die feste Möglichkeit verankert, professionelle Prähistoriker auszubilden. Die vorherige Generation hingegen hatte ihre akademische Prägung noch in anderen Fächern wie Geschichte, Klassische Archäologie, Geologie und Geographie oder historische Sprachforschung/Germanistik erhalten; es gab lediglich einzelne ›Vorgeschichtliche‹ Extraordinariate oder an andere Lehrstühle angegliederte prähistorische Apparate.
Nach 1933 wuchs die Zahl der Lehrstühle rasant bei einem gleichzeitig generellen Rückbau an den Hochschulen. In diese Zeit fielen die Professionalisierungsphase des Fachs, seine breitere Institutionalisierung an den Universitäten und die Einrichtung und Ausstattung von staatlich getragenen Denkmalpflegeämtern und Vorgeschichtsmuseen.
Dabei waren die inneren Verhältnisse des Faches zwischen 1933 und 1945 durchaus konflikthaft. Eine problemlose Gleichschaltung der bis dahin bestehenden archäologischen Organisationen wurde nicht etwa dadurch behindert, dass es Widerstand gegen die Ausschaltung der (wenigen) jüdischen Fachvertreter gegeben hätte, sondern weil verschiedene Staats- und Parteiorganisationen darum konkurrierten, wer in diesem Vorgang die Führerstellung einnehmen sollte. So versuchte einerseits das »Archäologische Institut des Deutschen Reiches«, das dem Auswärtigen Amt zugehörte, seine schon seit der Jahrhundertwende bestehende prägende Position hinsichtlich der »heimischen Altertumskunde« aufrechtzuerhalten und auszubauen, während andererseits die »Dienststelle Rosenberg« und das »SS-Ahnenerbe« als Gliederungen der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« (NSDAP) jeweils für sich in Anspruch nahmen, die Ausrichtung der Vorgeschichte bestimmen zu dürfen.
Inhaltliche Auseinandersetzungen wurden vor allem um die Frage geführt, welchen Einfluss die Römer auf die germanischen Stämme beiderseits des Limes gehabt hätten und wie dementsprechend der Stellenwert von provinzialrömischer Forschung zu werten sei – also der Erforschung der Hinterlassenschaften der unter römischer Herrschaft lebenden Menschen nördlich der Alpen. Bei Betrachtung der damaligen Debatten wird deutlich, dass dabei unterschiedliche Vorstellungen davon kursierten, was im Sinne des Nationalsozialismus als wissenschaftlich zu gelten habe. Während die einen betonten, die archäologische Forschung in Deutschland müsse im internationalen Rahmen die besten und nach-




^ *Bewaffnete ›Germanen‹ waren und sind schwer angesagt bei Nazis*

prüfbarsten Ergebnisse erbringen, um dem nationalsozialistischen Staat zur Ehre zu gereichen, hielten andere eine dogmatischere Einhaltung von ideologisch vorgegebenen Prämissen für weitaus wichtiger. Einig waren sich die akademisch geprägten Prähistoriker allerdings zumeist in der Ablehnung völkischer Esoteriker. Ihr Zugriff auf die Vergangenheit erfolgte über Intuition im Sinne eines religiösen Eifers, weshalb sie an allen möglichen Orten »germanische Kultplätze« oder »prähistorische Kraftlinien« entdeckten. Jedoch konnten diese völkischen Religionsstifter auch Anhänger in Partei und Staat für sich gewinnen und wurden so in ihrer Bedeutung aufgewertet.

**Archäologie im Dienst der Volksgemeinschaft**

Die Archäologen machten sich im Nationalsozialismus mit besonderem Nachdruck daran, ein völkisches Germanenbild zu konstruieren und in der Gesellschaft zu verankern. Ein wichtiges Betätigungsfeld der Prähistoriker war dabei die »Schulungsarbeit«, die nicht nur in Museen, sondern insbesondere auch in Schulen und in den Jugendorganisationen der Partei geleistet wurde. Dabei kamen die damals modernsten didaktischen Methoden zum Einsatz: Filme wurden gedreht, Modelle angefertigt, Schulklassen auf Ausgrabungsexkursionen mitgenommen und Schulbücher neu konzipiert. Ungeachtet der Tatsache, dass sich die prähistorische Forschung schon lange von diesen Rassestereotypen gelöst hat und heute »Germanen« lediglich als eine von den antiken Schriftstellern erdachte Bezeichnung für Menschen am nördlichen Rand des Römischen Imperiums betrachtet, ist das damals eingeimpfte Germanenbild in der Gesellschaft noch heute vorhanden. Die Germanen gelten im Allgemeinen weiterhin als ursprüngliches ›Volk‹ mit blonden Haaren und blauen Augen und als Vorfahren der Deutschen.
Doch die Einbindung der Archäologen beschränkte sich nicht auf die nationalsozialistische Propaganda. Gerade während des Krieges waren die führenden Fachvertreter in die Ausplünderung der besetzten Gebiete eingebunden. Sie setzten KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter für archäologische Ausgrabungen ein, waren als Soldaten ebenso wie als Wissenschaftler Teil des Vernichtungskrieges im Osten und beteiligten sich mit ihrer Expertise an allen Fronten massiv am Kulturgutraub, was oft euphemistisch als »Kulturgüterschutz« verklausuliert wurde.

**Kontinuitäten in die Nachkriegszeit**

Mit der deutschen Niederlage 1945 verband sich für viele Prähistoriker nicht nur die bange Frage nach dem persönlichen Schicksal, sondern auch die nach der Zukunft des gesamten Fachs: Würden die Alliierten die Wiederzulassung der Prähistorie an den Universitäten aufgrund der hochgradigen nationalsozialistischen Belastung überhaupt genehmigen? In dieser Situation wurden die alten Konkurrenzkämpfe, die zuvor innernationalsozialistische Auseinandersetzungen gewesen waren, umgedeutet und die Prähistoriker der »Dienststelle Rosenberg« als die eigentlichen Nazis dargestellt, sodass sich die anderen Fachvertreter von allen NS-Tendenzen freizusprechen vermochten. Dass gerade die Angehörigen des »SS-Ahnenerbes« dadurch als die Vertreter der reinen Wissenschaft erschienen, die das Fach von jeder politischen Einflussnahme freigehalten hätten, steht in direktem Widerspruch zur allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung, in der die SS die Funktion der eigentlichen Parteitruppe innehatte; damit hatte sie eine Entlastungsfunktion für die restliche Bevölkerung. Die Strategie jedenfalls funktionierte: Im Osten wie im Westen sicherten die erfolgreichen Prähistorikerfraktionen mit der Ausschaltung der auch zuvor schon isolierten Fachrichtung die bestehenden Ressourcen – wie fast alle anderen universitären Wissenschaften auch. Die exponiertesten Vertreter dieses Fachs unternahmen lediglich einige Anpassungsbemühungen, beispielsweise geringfügige Änderungen im Sprachduktus. Eine Änderung der eigentlichen Inhalte schien nicht nötig zu sein, lediglich die propagandistische Auswertung rückte in den Hintergrund. So beschäftigten sich Prähistoriker noch viele Jahre nach dem Krieg mit der Frage, wie mit archäologischen Methoden Völker nachgewiesen werden könnten. Das allerdings ohne den politischen Kontext, der dieser Teildisziplin zwischen 1933 und 1945 in die erste Reihe der sogenannten »Weltanschauungswissenschaften« gestellt hatte. Erst durch die in den letzten 15 Jahren innerhalb des Faches erfolgte Auseinandersetzung mit der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit ergab sich, bislang noch ansatzweise, auch ein Infragestellen der eigenen Forschungsinhalte. Die von ihr geprägten völkischen Denkmuster und Vorstellungen über ›unsere germanischen Vorfahren‹ sind indes weiterhin in der deutschen Gesellschaft virulent. Sie zu verändern dürfte noch lange dauern.



# Archäologie unterm Hakenkreuz

Die Ausstellung »Graben für Germanien« im Bremer Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte wurde unter anderem von Prof. Dr. Uta Halle, Professorin für Ur- und Frühgeschichte an der Universität Bremen, konzeptioniert und umgesetzt. »der rechte rand« nahm dies zum Anlass, um mit ihr über das Thema Archäologie im Nationalsozialismus und die Schwierigkeiten der Aufarbeitung zu sprechen.

**drr: Frau Halle, Archäologie im Nationalsozialismus ist eigentlich ein zeitgeschichtliches Thema und trotzdem beschäftigen Sie sich als Mittelalterarchäologin damit – warum?**

UH: Mit den Forschungen zur Archäologie der NS-Zeit habe ich 1993 begonnen. Auslöser war eine Notiz aus dem Jahr 1953 in einem Fundkarton mit mittelalterlichen Funden, die 1934/35 bei Ausgrabungen am angeblich germanischen Heiligtum »Externsteine« gemacht worden waren. Auf ihm stand, dass die SS die öffentliche Diskussion über die Funde verboten hätte. Das hat mich neugierig gemacht, hatte ich doch im Studium über die nationalsozialistische Zeit gelernt, dass es quasi nur einen ›richtigen‹ Nazi-Archäologen, den Berliner Professor Hans Reinerth, gegeben hätte, die anderen hätten bei der SS nur ›Schutz‹ vor ihm und seinen Gleichschaltungsbemühungen gesucht. Während meiner Forschung stieß ich aber immer wieder auf Dokumente, bei denen ich dieses Bild kritisch hinterfragen musste, denn in den Briefen entdeckte ich ein bereitwilliges und auch begeistertes Mitmachen vieler Archäologen. Außerdem habe ich im Laufe der Zeit immer wieder feststellen müssen, wie stark die im Nationalsozialismus entwickelten Germanenbilder bis heute in der Gesellschaft nachwirken. Dabei hat sich bei mir im Hinterkopf die Idee festgesetzt, dass ich gerne einmal eine Ausstellung zu diesem Thema zeigen möchte.

**drr: Was meinen Sie mit ›Nachwirken nationalsozialistischer Germanenbilder‹?**

UH: Noch heute werden Germanen im Spielzeug oder in den Medien oft als kriegerisch, kämpferisch, muskelbepackt, trinkfest, blond und blauäugig dargestellt. In dieser Darstellung steht in den meisten Fällen keine politische Absicht dahinter, aber diese Germanenbilder werden auch in der rechten Szene benutzt und dann sind sie natürlich politisch besetzt.

**drr: Wie relevant sind denn die ideologischen Kontinuitäten aus der Archäologie des Nationalsozialismus bis in die Gegenwart, sowohl in der Wissenschaft als auch in der populären Darstellung?**

UH: In der Wissenschaft beginnt gerade erst der Prozess der Reflexion darüber, welche Fragestellungen in das Fach eingegangen sind, die ursprünglich völkisch waren. Dazu gehört beispielsweise die ›ethnische Deutung‹, das heißt die Zuordnung von archäologischen Funden und Befunden zu historisch bezeugten Völkern. Das ist in den letzten Jahren erstmalig infrage gestellt worden, und zwar gerade deshalb, weil wir angefangen haben, uns mit unserer Fachgeschichte zu beschäftigen.

**drr: Sind Sie auf Schwierigkeiten gestoßen, als Sie das Konzept zur Ausstellung mit Ihrem Team umsetzen wollten?**

UH: Zu Beginn waren die Voraussetzungen im Team sehr unterschiedlich, weil wir alle ganz verschiedene Wissensstände und Zugänge zur Thematik hatten. Außerdem mussten wir Befürchtungen ausräumen, dass ein solches auch politisches Thema vielleicht zu Polarisierungen führen könnte. Und letztendlich mussten wir potentielle Sponsoren von unseren Vorstellungen überzeugen – tollerweise wurden wir über dreieinhalb Jahre von der »VolkswagenStiftung« in unserer Forschung über die ›Vorgeschichtsforschung‹ während der NS-Zeit in Bremen gefördert und schließlich bewilligte die Kulturstiftung des Bundes die Finanzierung des Ausstellungsvorhabens.

**drr: Sind die personellen Kontinuitäten der nationalsozialistischen Archäologie über das Jahr 1945 hinaus vergleichbar mit den Linien in anderen Bereichen, wie zum Beispiel in Ministerien und Ämtern?**

UH: Ja, da lassen sich durchaus Parallelen sehen. Auch waren Archäologen in Verbrechen verstrickt, beispielsweise massiv am Kulturgutraub. Außerdem gibt es Nachweise, dass KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter auf archäologischen Grabungen eingesetzt wurden. Der SS-Archäologe Herbert Jankuhn bekam auch eine Kriegsauszeichnung für seine Beteiligung an der Niederschlagung des zweiten Warschauer Aufstandes. Welche Rolle er dabei genau innehatte, ist allerdings unbekannt.

**drr: Die Ausstellung läuft nun schon einige Monate, welches Echo erhielten Sie bisher?**

UH: Die Resonanz auf die Ausstellung ist gut, trifft aber bei Besuchern, die einem völkischen Denken verhaftet sind, auf weniger Begeisterung. Und aus unserem Fach gab es im Vorfeld nicht nur Zustimmung. Nun aber, die merkbare Öffnung für das Thema in den letzten Jahren trägt Früchte; es gibt erste Anfragen anderer Museen, ob sie die Ausstellung übernehmen können.

**drr: Wie sehen Sie den Stellenwert der Auseinandersetzung mit dem Thema innerhalb der Archäologie?**

UH: Es hat lange gedauert, bis unser Fach sich überhaupt mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit auseinandergesetzt hat. Die Aufarbeitung begann ja erst in den 1990er Jahren. Mittlerweile haben wir einen gewissen Forschungsstand erreicht, der von vielen Kolleginnen und Kollegen anerkannt wird. Trotzdem sind noch nicht alle Bereiche genügend erforscht, zum Beispiel die Archäologinnen des Nationalsozialismus. Wir erleben auch immer noch, dass Aufsätze veröffentlicht werden, die apologetische Aussagen zur Archäologie im Nationalsozialismus enthalten. Weitere Forschungsarbeit tut also noch not. Es wäre toll, wenn unsere Ausstellung da weitere Impulse ins Fach geben könnte.

**drr: Vielen Dank für das Gespräch.**

*»Graben für Germanien. Archäologie unterm Hakenkreuz«, Ausstellung vom 10. März bis 8. September 2013 im Focke-Museum/Bremer Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte.*

## »Kein Tag der Befreiung«

Der CDU-Stadtverband Coswig im sächsischen Landkreis Meißen veröffentlichte unter dem Titel »Kein Tag der Befreiung« einen Text zum 8. Mai 1945. Im Namen ihres Pressesprechers Mirko Krawczyk heißt es dort: »... dieser Tag [war] für die meisten Menschen in Ost- und Mitteldeutschland kein Tag der Befreiung, kein Tag der Freude oder der Zuversicht.« Stattdessen beschwert sich die Partei über die alliierten Beschlüsse des Potsdamer Abkommens. Sie beklagt ausschließlich die »Opfer« auf deutscher Seite: »Millionen von Landsleuten verloren nicht nur ihr Hab und Gut. Sie verloren ihre Heimat und viele auch ihr Leben. [...] Großes Leid erfuhren auch unzählige deutsche Frauen und Mädchen, die während der ›Befreiung‹ von Angehörigen der Roten Armee vergewaltigt wurden.« Darauf folgt die Gleichsetzung des NS-Staates mit dem realexistierenden Staatssozialismus: »In der sowjetischen Besatzungszone wurde die nationalsozialistische Diktatur nahtlos abgelöst durch die Tyrannei unter dem roten Stern.« Über die Verbrechen der Deutschen, den Holocaust oder die Opfer auf Seite der Nazi-GegnerInnen verliert die CDU in ihrem Text kein Wort.

## »Hochwasserdienst«

Wie bereits bei vergangenen Flutkatastrophen versuchten auch dieses Jahr Neonazis das Hochwasser in Deutschland für ihre politischen Zwecke zu nutzen. »Die NPD-Fraktion packt an, während die Etablierten ihre übliche Show abziehen…«, schrieb die sächsische Landtagsfraktion auf Facebook und nutze das Thema, um sich wieder einmal als »Kümmerer« und »Anpacker« vor Ort zu präsentieren. Etliche Kader und Aktivisten zeigten sich entsprechend in den sozialen Netzwerken und auf ihren Internetseiten beim Sandsäcke befüllen. Auch ruft die NPD zu Spenden auf: Wer mehr als 10,- Euro gibt, bekommt ein T-Shirt mit der Aufschrift: »Nationale Solidarität – Fluthelfer 2013«. Noch deutlicheren Wahlkampf macht der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende in Sachsen, Maik Scheffler. Im Internet ruft er auf: »Sachsen, ihr seid mal wieder auf Eure eigene Solidarität angewiesen! Hoffentlich denkt Ihr auch noch daran, wenn ihr bei den nächsten Wahlen Euer Kreuz bei denen machen sollt, die für Euren Schutz kein oder nur wenig Geld in die Hand nehmen wollten...«. Unterdessen veröffentlichte »Opos-Records« aus Dresden eine Hochwasser-Solidaritäts-CD mit 17 Szene-Bands und 20 Liedern. Und das diesjährige Motto des elften »Rock für Deutschland« in Gera am 6. Juli 2013 wurde spontan in »Solidarität mit den Flutopfern« umgeändert.

## Neonazikonzert in Nienhagen

Im sachsen-anhaltischen Nienhagen konnte zum dritten Mal ein Groß-Event der Neonazi-Szene stattfinden. Für den 25. Mai 2013 waren die Bands »Endstufe« (Bremen), »Kommando Skin« (Stuttgart), »Abtrimo« (Hamburg) »Short Cropped« (Belgien), »The Wrongdoers« (Finnland) sowie »Brassic« (USA) angekündigt. Rund 1.200 rechte Skinheads reisten für das Musikspektakel an, das ursprünglich auf einem fast 50.000 Quadratmeter großen Anwesen samt Schlossruine nahe Germersleben geplant war. Dieses hatte der Veranstalter der »Skinhead-Party« Oliver Malina erst vor kurzem ersteigert.

## Anklage gegen »Thiazi«-Forum

Die Staatsanwaltschaft Rostock hat im Mai 2013 Anklage gegen vier BetreiberInnen des Neonazi-Forums »Thiazi« erhoben. Den drei Männern und einer Frau wird die Gründung einer kriminellen Vereinigung sowie Volksverhetzung in mehreren hundert Fällen vorgeworfen. Das Forum galt mit mehr als 30.000 registrierten BenutzerInnen als die größte deutschsprachige Internetplattform für Neonazis. Laut Staatsanwaltschaft gelang es durch die Auswertung der erlangten Daten weitere Tatverdächtige zu identifizieren und gegen diese gesonderte Ermittlungsverfahren einzuleiten. Auf »Altermedia Deutschland« werden seit Anfang Juni regelmäßig Ermittlungsakten des Verfahrens online gestellt, diese sind zum Teil ungeschwärzt.

## NPD-Landesparteitag in Bayern

Die NPD Bayern führte am 15. Juni 2013 in Augsburg-Oberhausen ihren 48. ordentlichen Landesparteitag durch. Die Bundesvorsitzende des »Ring nationaler Frauen«, Sigrid Schüßler, wurde zur Spitzenkandidatin für den Landtagswahlkampf gewählt. Allerdings war die Partei nicht in der Lage in allen Regionen im Land die notwendigen Unterstützungsunterschriften für die Landtags- und Bezirkstagswahlen einzusammeln. Sie kann somit nicht flächendeckend antreten. Ferner wurde die Landesliste für die Bundestagswahl aufgestellt mit Karl Richter, Sigrid Schüßler, Sascha Roßmüller, Ralf Ollert und Manfred Waldukat.

## Jahrestagung der GfP

Die »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP) hat sich vom 14. bis 16. Juni 2013 zu ihrer Jahrestagung getroffen. Wie in den Jahren zuvor fand der Kongress im thüringischen Kirchheim statt. Unter dem Motto »Von Versailles nach Brüssel - Deutschland zahlt immer!« waren als Referenten Baal Müller, Ewald Stadler, Hannes Kaschkat, Manuel Ochsenreiter, Richard Melisch und Alfred Mechtersheimer angekündigt. Die GfP gilt mit 500 extrem rechten PublizistInnen, RedakteurInnen, BuchhändlerInnen und VerlegerInnen als mitgliederstärkste extrem rechte Kulturvereinigung in Deutschland.

## Jagdszenen auf Mallorca

Seit dem Pfingstwochenende 2013 häufen sich laut »Mallorca Zeitung« auf dem Strandabschnitt »Playa de Palma« auf Mallorca rassistische Übergriffe deutscher Touristen gegen senegalesische EinwandererInnen. Am 19. Mai sei es zu einer regelrechten »Hetzjagd« gekommen. Laut der Zeitung soll nach ersten Polizeiinformationen der Verdacht bestehen, dass die Angreifer extra aus Deutschland angereiste Neonazis seien. Hintergrund könnten AnwohnerInnen-Proteste gegen »Straßenhandel und Hütchenspiel« sein. Die »fliegenden Händler«, die sich ihren Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Billigwaren verdienen, sind meist Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern. Mitte April war der 28-jährige Straßenhändler Abdoulaye Mbengue auf der Flucht vor der Polizei, die auf der Insel gegen die Händler vorgeht, von einem Auto erfasst worden und wenige Tage später an seinen Verletzungen gestorben. Laut »Mallorca Magazin« wirft ein Sprecher der Murimoula-Gemeinde, der der Verstorbene angehörte, einigen Lokalpolizisten vor, sie seien »aggressiv und rassistisch«.

# Tschechische DSSS gespalten

Die tschechische Rechtspartei DSSS hat sich Anfang des Jahres gespalten. Der Konflikt könnte sich in Zukunft auf die deutsch-tschechische Zusammenarbeit auswirken. Zwei Prozesse gegen Nazigruppierungen tragen ebenfalls dazu bei, die Szene weiter zu schwächen.

**von Ladislav Soukup**



^ *DSSS-Vorsitzender Tomas Vandas*

Ob es um persönliche Differenzen, Streit um Posten oder, wie tschechische AntifaschistInnen vermuten, um finanzielle Unregelmäßigkeiten ging, ist nicht bekannt. Fakt ist: Die extrem rechte »Dělnická strana sociální spravedlnosti« (»Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit«, DSSS) hat sich auf ihrem jüngsten Parteitag am 19. Januar 2013 gespalten, ohne dass Streitigkeiten oder Flügelkämpfe bekannt geworden wären. Rund 40 Mitglieder um den bisherigen Vizevorsitzenden Petr Kotáb gaben noch während der Veranstaltung ihren Austritt kund. Die Abtrünnigen firmieren seither als neue Gruppierung unter dem vorläufigen Namen »Demokratická strana pracujících« (»Demokratische Partei der Arbeitenden«, DSP), haben sich aber noch nicht als Partei registriert. Dass der von ihnen gebildete Ausschuss zur Vorbereitung einer neuen Partei just am 1. Mai erstmals tagte, war ein klarer Affront gegen ihre bisherigen ParteikameradInnen. Diese zogen beim parallel stattfindenden jährlichen 1.-Mai-Aufmarsch der DSSS durch das osttschechische Přerov. Derweil wählte die DSP Petr Kotáb zum Ausschussvorsitzenden. Eine der Vizevorsitzenden wurde die bekannte frühere DSSS-Aktivistin Lucie Šlégrová. Allerdings war sie bei der Abstimmung nicht anwesend, sondern beteiligte sich am 1.-Mai-Marsch des »Freien Netz Süd« (FNS) in Würzburg.
Auf Facebook hat die DSP bereits rund 1.100 Fans, also etwa so viele, wie die DSSS Mitglieder hat. Der DSSS-Vorsitzende Tomáš Vandas zeigte sich in einer Pressemitteilung vom 14. Juni 2013 zwar betroffen, seinen langjährigen Stellvertreter Kotáb verloren zu haben, verharmlost aber die Situation und bestreitet eine neue Parteigründung: »In den letzten Tagen und Wochen beginnt sich die mediale Fehlinformation zu verbreiten, dass die DSSS angeblich gelähmt, zerstritten, im Auseinanderfallen sei. Angeblich entsteht eine neue nationalistische Partei unter der Führung der Abtrünnigen aus unseren Reihen. […] Solche Entscheidungen [Parteiaustritte, Anm. d. A.] gehören zu der Freiheit des Einzelnen. In politische Parteien tritt man freiwillig ein und aus«.
Erste konkretere Auswirkungen der Spaltung zeigten sich auch am 18. Mai beim »REHO 2013 - Vzpomínkový pochod/Gedenkmarsch für unsere ermordeten Kameraden in Litvinov«. Vor 15 Jahren wurde im nordböhmischen Litvínov der Neonazi Miloš Reho in einer körperlichen Auseinandersetzung mit einem Rom schwer verletzt und erlag später seinen Verletzungen. Für die tschechische Neonaziszene dient er seitdem als Märtyrer, zu dessen Todestag jährlich ein »Gedenkmarsch« stattfindet. Die DSSS war dabei stets durch Redebeiträge etc. prominent vertreten. Diesen Mai jedoch nahmen vor allem ehemalige DSSS-Mitglieder teil und als Rednerin sprach unter anderem Marie Labusová, die als »böhmische Nationalistin« angekündigt wurde. Zwei Wochen zuvor, am 1. Mai in Würzburg, war sie noch als DSSS-Aktivistin aufgetreten.
Als ein weiteres Zeichen der voranschreitenden Spaltung kann wohl auch gewertet werden, dass dieses Jahr erstmals seit Jahren keine deutschen Nazis am 1. Mai mit der DSSS auf die Straße gingen. Kontakte nach Deutschland pflegen vor allem diejenigen, die jetzt die Partei verlassen haben. Beim Litvínover »Gedenkmarsch« sprach auch Simon Preisinger vom »Aktionsbündnis Oberpfalz« als Vertreter des FNS. Unter den rund 100 Neonazis befand sich im Übrigen auch Dragan Petrović. Er ist Führer der »Blood & Honour«-Divisionen Serbien und Bosnien-Herzegowina und lebt in Tschechien.

**Verschleppte Verfahren**

Petrović hatte bereits 2001 eine Versammlung der tschechischen extremen Rechten vor der Deutschen Botschaft in Prag unterstützt, mit der gegen das drohende NPD-Verbot demonstriert wurde, ist ansonsten aber in der Veranstaltung von RechtsRockkonzerten aktiv. Gegen ihn und 16 weitere Nazis laufen in Tschechien derzeit Strafverfahren, vor allem wegen der Propagierung von Nazismus und Rassismus sowie der Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen im Rahmen von Konzerten, die 2008 und 2009 stattgefunden haben. Den Angeklagten, zu denen neben Petrović vor allem neonazistische Musiker gehören – darunter Pavel Blinka von der RechtsRock-Band »Devils Guard«, Michal Moravec und Kamil Víta von »Imperium« und Vilém Farkać von »Attacka« – drohen bis zu acht Jahre Haft. Ein Prozess gegen 15 Frauen der überregionalen Frauenkameradschaft »Resistance White Unity« zieht sich mit Berufungsverfahren schon über eineinhalb Jahre. Ihnen drohen wegen des »Propagierens von Nazismus« bis zu acht Jahre Haft. Eine Verurteilung der Angeklagten würde einen weiteren Schlag für die tschechische Neonaziszene bedeuten.

**Wahlen 2014**

2014 stehen in Tschechien Parlaments- und Europawahlen an. Die parlamentarisch unbedeutende DSSS, die bei den jüngsten Parlamentswahlen etwa ein Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinte, bekommt nun scheinbar noch Konkurrenz von Abtrünnigen, die zwar »eine andere Politik« machen wollen, mit den Aussagen »völkische Orientierung«, »Ablehnung der Europäischen Union« und »Widerstand gegen Multikulturalismus« aber weiterhin in die gleiche Richtung wie die DSSS stoßen. Den Einzug ins Abgeordnetenhaus werden indes beide nach jetzigem Stand der Dinge nicht schaffen. Zustimmung findet die DSSS zwar nicht an den Wahlurnen, wohl aber auf der Straße, wenn es gegen die Romabevölkerung geht. Am 22. Juni fand im nordböhmischen Duchcov ein antiziganistischer Aufmarsch der DSSS mit über 1.000 Teilnehmenden statt. BürgerInnen marschierten mit Nazis Seite an Seite.

# »Non au mariage homosexuel«

»Nein zur Ehe von Homosexuellen« und »Die Familie ist heilig« – es sind Parolen wie diese, die in den vergangenen Monaten Frankreich polarisierten. Doch trotz höchstrichterlicher Entscheidung sind die Proteste nicht vorbei.

**von Bernard Schmid**




^ *Homophober Massenprotest in Frankreich*

Vorüber sind die Demonstrationen von mehreren hunderttausend Menschen – etwa am 13. Januar, 24. März und 26. Mai 2013 in Paris – gegen jenes Gesetz, das in Frankreich nunmehr die Ehe zwischen Homosexuellen erlaubt. Am 17. Mai erklärte das französische Verfassungsgericht es für verfassungskonform, und durch die Veröffentlichung im Amtsblatt trat es am folgenden Tag in Kraft. Aus Sicht staatstragender Kräfte wird es dadurch problematisch, den Protest fortzusetzen, da er nunmehr die Autorität eines gültigen Gesetzes der Republik in Frage stellt. So argumentiert beim internen Streit der französischen Rechten eine starke Fraktion gegen eine Fortsetzung der Proteste, während ein anderer Flügel (auch eine Minderheit bei den Konservativen) ungebrochen weitermachen will und gegen eine angebliche »sozialistische Diktatur« wettert.

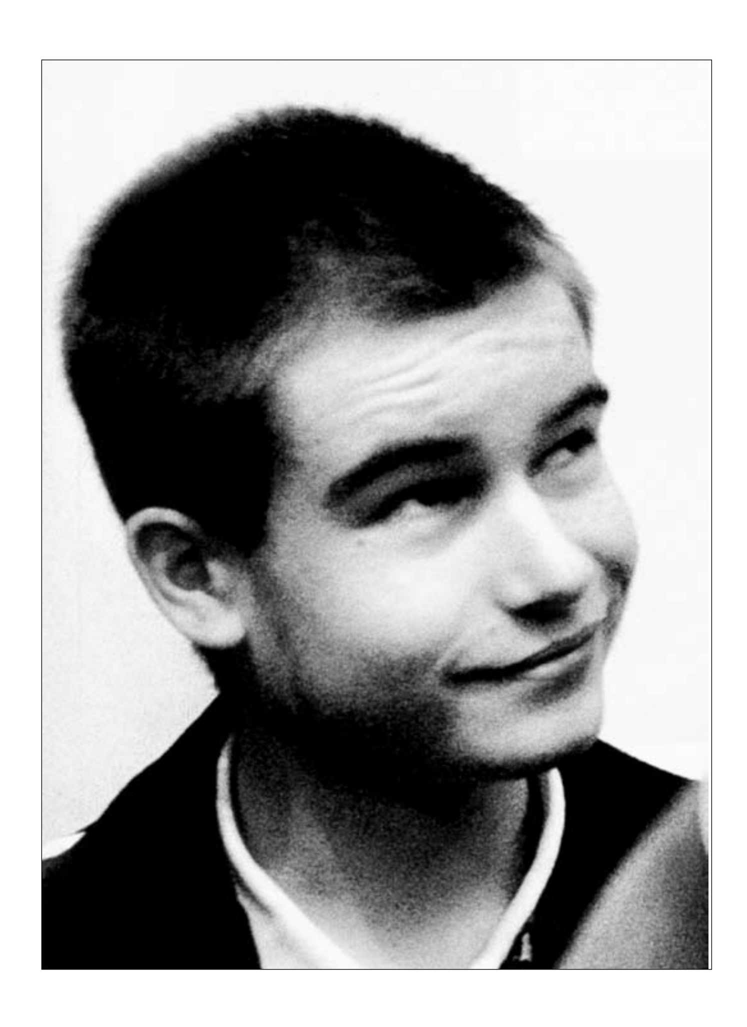
Die politisch heterogene Protestbewegung, die sich unter anderem aus KirchenvertreterInnen und katholischen Laien, Konservativen und Rechtsextremen unterschiedlicher Organisationszugehörigkeit zusammensetzt, verlagert jetzt ihre Aktivitäten. Ein Teil konzentriert sich nunmehr darauf, auf die Vorbereitung der Kommunalwahlen Einfluss zu nehmen, die im März 2014 in ganz Frankreich stattfinden werden. Andere wollen etwa bei einzelnen Hochzeiten vor den Rathäusern demonstrieren und den Homosexuellen dadurch das Fest verderben.

Dem konservativ-wirtschaftsliberalen Block in Gestalt der stärksten Oppositionspartei »Union pour un mouvement populaire« (UMP, »Union für eine Volksbewegung«) gelingt es im Augenblick am ehesten, die Reste der Protestbewegung gegen die Homosexuellenehe einzusammeln. Ein Grund dafür ist, dass die mit Abstand stärkste Partei der extremen Rechten, also der »Front National« (FN), über die eigene Haltung zu den Demonstrationen gespalten war. Die 44-jährige Parteichefin Marine Le Pen war persönlich reserviert bezüglich der Teilnahme an den Demonstrationen: Zum einen war sie überzeugt davon, dass es in Wirklichkeit eher »die wirtschaftlichen und sozialen Themen« seien, die die französische Gesellschaft im Allgemeinen und die WählerInnen ihrer Partei im Besonderen berührten. So genannte weiche, oder postmaterielle, Themen wie die Debatte um die Homo-Ehe seien nur Ablenkungen, mit denen die etablierten Parteien (ob für oder gegen die Einführung der Homosexuellenehe) die Aufmerksamkeit von der wirtschaftlichen Misere ablenken wollten. Zum anderen wollte Marine Le Pen, zumindest anfänglich, auch vermeiden, dass ihre Partei den Kontakt zu neuen WählerInnenschichten verliert, um die sie sich seit ihrem Amtsantritt als Vorsitzende im Januar 2011 verstärkt bemüht (Frauen, jüngere Generationen, Leute mit höherem Bildungsgrad). Diese Haltung war in ihrer Partei jedoch stark umstritten. Ihr Vater, Jean-Marie Le Pen, erklärte seine Unterstützung für die Proteste (ohne persönlich zu erscheinen). Ihre Nichte Marion-Maréchal Le Pen, mit 23 Jahren bereits Abgeordnete in der Nationalversammlung, und ihr Parlamentskollege Gilbert Collard hingegen nahmen selbst an den Demonstrationen teil.

Neben dem FN und der UMP, die um Einfluss in der rechten Protestbewegung konkurrierten, gingen auch zahlreiche kleinere rechtsextreme Organisationen gestärkt aus dem monatelangen konservativ-reaktionären Massenprotest hervor. Dies gilt etwa für die katholisch-nationalistische militante Gruppierung »Renouveau français« (»französisches Wiederaufleben«), die Reste der monarchistisch-nationalistischen »Action française«, aber auch den eher neuheidnisch als christlich orientierten »Bloc identitaire« (s. S. 26 sowie drr Nr. 127). Sie alle hatten versucht, sich an die Spitze des Protests zu setzen, und sich im April und im Mai – im Anschluss an die regelmäßig stattfindenden Demonstrationen – fast allabendlich gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei geliefert. Auf politischer Ebene versuchte ferner das katholisch-fundamentalistische »Institut Civitas«, die Proteste zu radikalisieren. Das Institut, das gegen die »freimaurerische Republik« wettert, demonstrierte bei den größeren Protestzügen wie am 13. Januar und 26. Mai indes auf einer vom großen Zug getrennten Route unter eigenen Parolen.

Als militante Speerspitze versuchten sich daneben die neonazistischen »Jeunesses nationalistes« (JN, »Nationalistische Jugendverbände«) von Alexandre Gabriac aufzuführen. Die JN mit maximal 100 Mitgliedern bestehen seit Oktober 2011 und sind eine Jugendorganisation der antisemitischen und offen faschistischen Splitterpartei »L´OEuvre française«, die seit Januar 2012 von Yvan Benedetti angeführt wird. Sowohl Gabriac, der gerade einmal Anfang zwanzig ist, als auch Benedetti mit Anfang 40 wurden 2011 aus dem FN ausgeschlossen: Alexandre Gabriac, damals der jüngste Regionalparlamentarier der Partei in ganz Frankreich, weil er auf bei Facebook veröffentlichten Fotos mit Hitlergruß posierte, und Benedetti wegen seiner ungeschminkt antisemitischen Äußerungen.

Trotz der eingangs benannten Widersprüche gehen die Proteste weiter: Am 29. Juni versuchten Männer mit nacktem Oberkörper, sich selbst in antifeministischem Reflex gegen die internationale Organisation »Femen« als »Hommen« bezeichnend, die jährliche Gay-Pride-Parade in Paris zu stören. Und am Folgetag demonstrierten GegnerInnen der Homo-Ehe mit einem Autokorso durch die Pariser Innenstadt. Im Herbst könnte dann der Beginn der Kommunalwahlkampagne mit dem Thema aufgeladen werden.



# Junger Antifaschist ermordet

In Frankreich wurde vor einigen Wochen der gerade 18-jährige Antifaschist Clement Meric von einem neonazistischen Skinhead ermordet. Aus Paris erreichte »der rechte rand« ein Brief seiner Freunde von »La Horde«:

»Am Mittwoch, dem 5. Juni 2013, wurde unser junger Freund Clément von einem Neonazi in Paris ermordet. Er befand sich mit drei anderen Antifaschisten vor einem Laden, in dem er gerade eingekauft hatte. Dort waren sie einer Gruppe neonazistischer Skinheads begegnet. Einer aus der Gruppe trug ein T-Shirt, das für die ›weiße Rasse‹ warb. Ihnen war das unerträglich. Anstatt wegzuschauen haben sie ihm gesagt, dass sie nicht derartige rassistische Losungen sehen wollten. Doch weil sie so reagierten, ist Clément jetzt tot.

Am Abend versammelten sich alle seine Freunde vor dem Krankenhaus, in dem er seinen Wunden erlag. Für uns war und ist das ein wahrer Schock. Mit 18 Jahren wurde er wegen seiner Ideen erschlagen und das in der Hauptstadt Frankreichs. Hier hatte er letztes Jahr erst sein Studium der Politikwissenschaft aufgenommen.

Wir hatten nicht einmal die Chance, seinen Tod zu begreifen, als die JournalistInnen schon anfingen, uns mit ihrer bequemen Extremismustheorie anzugreifen. Ihre einfache Logik: Clément und sein Mörder seien Anhänger feindlicher Banden gewesen, die miteinander in Streit geraten seien. Einer sei in Folge dessen gestorben, das sei aber reiner Zufall.

Wir hatten den Eindruck, als wüssten die JournalistInnen überhaupt nicht, warum es zu einer solchen Eskalation gekommen war. Heißt es doch in den Zeitungen, im Radio und Fernsehen immer, in Frankreich gäbe es keine Neonazis. Selbstverständlich hatten sie da längst schon wieder die Ausschreitungen am Ende der ›manif pour tous‹, der ›Demo für alle‹ gegen die Homo-Ehe vergessen. Und auch von den anderen extrem rechten Gruppierungen, die mit dem ›Front National‹ von Marine Le Pen befreundet sind, haben sie nichts wissen wollen.

Seit dem Mord an Clément müssen wir jeden Tag, jede Stunde, jede Minute gegen die Entpolitisierung dieses Mordes kämpfen. Es liegt uns am Herzen, der Öffentlichkeit zuvorderst zu zeigen, dass es sich um einen politischen Mord handelt, was meistens bestritten wird. Und dann geht es auch darum zu zeigen, dass Clément nicht nur ein Betroffener neonazistischer Gewalt beziehungsweise Ideologie gewesen ist, sondern dass er ermordet wurde, weil er aktiver Antifaschist war. Für uns heißt es daher zu erinnern und weiter zu machen, und zwar nicht nur für uns, sondern auch für alle, die den Kampf gegen Faschismus entweder schon aufgegeben oder noch nicht angefangen haben.

Bis jetzt wissen wir nicht genau, ob uns diese Öffentlichkeitsarbeit gelingen wird – das lässt sich nur schwer einschätzen. Immerhin, als wir uns am 7. Juni dort versammelten, wo Clément gestorben war, waren wir viele. Und als am folgenden Samstag eine antifaschistische Trauerdemonstration in den östlichen Bezirken von Paris stattfand, nahmen mehr als 5.000 Menschen teil. Leuten aus politischen Parteien und Gewerkschaften war nur schwer zu vermitteln, warum sie nicht mit ihren Fahnen, ihren Luftballons und Werbeslogans für die kommende Wahl teilnehmen durften – so gingen wir mit ihnen gemeinsam noch einmal am 23. Juni auf die Straße. Diesmal waren wir 10.000. Die Menschen sind erschüttert und wollen etwas tun. Nach den Demonstrationen trafen sich mehr als 200 Leute in Paris, die sich mit dem Thema Antifaschismus auseinandersetzen wollen, sei es mit der Gründung oder Wiederbelebung von Antifa-Komitees, oder der Einbeziehung antifaschistischer Politik in die ihrige. Gleichzeitig jedoch wurden MigrantInnen und andere AntifaschistInnen sowie antirassistische AktivistInnen in mehreren Städten Frankreichs angegriffen, im südlichen Agen, im nördlichen Lille, in einem Vorort von Paris, in Lyon oder in der Nähe von Besançon im Osten Frankreichs. Die französischen Neofaschisten werden derzeit immer aggressiver.

In den nächsten Wochen wird nun wohl der Prozess gegen Cléments Mörder eröffnet. Er und seine Freundin gehören zur nationalrevolutionären Vereinigung ›Troisième Voie‹ (›Dritter Weg‹).

Von staatlicher Seite ist wenig zu vernehmen. Zwar wurde das Verbot der genannten Gruppe wie auch der ›Jeunesses Nationalistes Révolutionnaires‹ (JNR, ›Revolutionär nationalistische Jugend‹) zur Disposition gestellt, aber niemand gab ein klares antifaschistisches Statement ab. Das hätte wohl auch zu viele Fragen in ihren eigenen Reihen aufgeworfen hinsichtlich ihres eigenen Nationalismus (bei der linken Partei ›Parti de Gauche‹), ihrer romafeindlichen Politik (bei der Regierungspartei ›Parti socialiste‹) und hinsichtlich ihrer rassistischen Vorstellungen (wie sie in der konservativen Partei ›Union pour un mouvement populaire‹ verbreitet sind).

Die FührerInnen des ›Front National‹, Marine Le Pen und Florian Philippot, haben sich zunächst schnell von ›Troisième Voie‹ und den JNR distanziert, entsprechend ihrer Strategie in der ›Mitte‹ Fuß zu fassen. Doch als sich der öffentliche Diskurs verstärkt positiv auf das Thema Antifaschismus fokussierte, änderte Marine Le Pen ihre Taktik. Nun fordert sie ein Verbot ›der Antifa‹ und Redefreiheit für Neonazis.

Einen bitteren Vorgeschmack auf den anstehenden Prozess gab jene Medienberichterstattung Ende Juni, die behauptet, dass es ein Video von Cléments Mord gebe, das zeige, dass er jenen neonazistischen Skinhead zuerst geschlagen habe, der ihn dann zu Tode prügelte. Es steht zu befürchten, dass versucht werden wird, aus unserem Freund einen Täter zu machen und den neonazistischen Hintergrund seines Mörders zu verharmlosen.«

## Wie rechts ist die Bundeswehr?

von Sören Frerks

Der Aufsatz »Braunzone Bundeswehr. Rechtsum in der Männertruppe« von Lucius Teidelbaum trägt rechte Traditionen und Tendenzen in der Bundeswehr zusammen. Dass das kein einfaches Unterfangen ist, wird durch seine erste These deutlich: die Bundeswehr ist eine Parallelgesellschaft hinter Mauern - agiert intern de facto geheim. Die dürftige Quellenlage erlaubt lediglich fragmentierte Einblicke. Somit finden auf 84 Seiten neun Kapitel Platz. Allerdings tut das dem Inhalt keinen Abbruch, denn Teidelbaum fördert beunruhigende Fakten zutage. Eindeutige Bezüge von Bundeswehr und »Militärischem Abschirmdienst« zur Reichswehr, Wehrmacht und Waffen-SS haben nach dem Tod vieler nationalsozialistischer und antikommunistischer Geburtshelfer zwar sukzessive an Bedeutung verloren, doch dies ist kein Grund zur Entwarnung. Das Buch macht deutlich, wo die historischen Wurzeln liegen und wie sie reproduziert werden. Das zeigte nicht zuletzt die Allianz von Rechtskonservativen bis Neonazis gegen die »Wehrmachtsausstellung«. Mittlerweile bildet das militärische Ethos die Traditionslinie, die es rechtfertigt, Kasernen nach Hitlers Feldmarschall, Erwin Rommel, benannt zu lassen. Rechte Veteranenverbände sowie Burschenschafter und »Neue Rechte« unter Spitzenmilitärs machen deutlich, wie groß die rechte Lobby in der und um die Bundeswehr ist. Dabei stoßen die LeserInnen immer wieder auf rechte Thinktanks, wie die »Gesellschaft für freie Publizistik«, das »Institut für Staatspolitik« oder ihre Sprachrohre »Junge Freiheit« und »Nation und Europa«. Dem Kapitel »Rechte Tendenzen an der Basis«, das nur drei Seiten einnimmt, hätte Teidelbaum mehr Aufmerksamkeit schenken sollen. Die Bundeswehrkarrieren führender Neonazis - Udo Voigt, Karl-Heinz-Hoffmann oder eines mutmaßlichen Mitglieds des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) - finden Erwähnung; die Gefahr, die von ihnen ausgeht, bleibt jedoch unbeleuchtet. Angesichts von Wehrsportgruppen, NSU-Morden und der immer wieder im Raum stehenden Bewaffnung stellt sich die Frage nach der Bedrohung. Teidelbaum konstatiert zwar, dass die Bundeswehr von einer rechten Infiltration weit entfernt ist - doch wie sehr ist die Neonaziszene von militärisch ausgebildeten Neonazis durchsetzt? Es bleibt zu wünschen, dass dem in einem kommenden Band nachgegangen wird. Als Einführung bietet das Buch einen ersten Überblick und eine solide Grundlage für weitere Nachforschungen.

*Lucius Teidelbaum: Braunzone Bundeswehr. Rechtsum in der Männertruppe. Münster: Unrast Verlag, 2012, 84 Seiten, 7,80 Euro.*

## Blut und Ehre

von Ernst Kovahl

Natürlich, das Buch »Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland« von Andrea Röpke und Andreas Speit behandelt auch den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU). Doch es beschränkt sich nicht darauf, es fasst das Thema historisch und in seiner Breite. »Statistisch gesehen, werden jeden Tag zwei Menschen von Neonazis angegriffen, verletzt oder getötet«, schreiben die JournalistInnen im Vorwort des Buches, das neun Beiträge von fünf AutorInnen enthält. Interviews mit Nazi-AussteigerInnen, ExpertInnen und PolitikerInnen, Vor-Ort-Recherchen und ein in jahrelanger Arbeit zusammengetragener Fundus an Quellen (und Datenmaterial) verdichten sie zu einem hoch-informativen Buch. Einleitend schildern Anton Maegerle, Andrea Röpke und Andreas Speit rechten Terror in der Bundesrepublik zwischen 1945 und 1990. Schon bald nach der Befreiung vom Faschismus gründeten sich neue gewalttätige, neonazistische Gruppen in der BRD. Das Buch bietet einen Überblick über oft kaum bekannte Gruppen, über Attentate und Anschlagsplanungen.

Rechten Terror, den gab es in der BRD eigentlich immer. Deutlich wird, dass auch die Geheimdienste dabei meist nicht weit waren, ohne einzugreifen. Bis heute gebe es eine »vorherrschende Unterschätzung von Rechtsterrorismus«, resümieren die AutorInnen.

Im Beitrag »Der Terror von rechts – 1991 bis 1996« fokussiert Speit auf die rassistischen Pogrome zu Beginn der 1990er Jahre und die politischen Folgen. Julia Jüttner schreibt einen soliden Beitrag zum NSU, Röpke schildert die Netzwerke des NSU - vom »Ku-Klux-Klan« bis »Combat 18«. Klar wird, dass der NSU nie abgeschottet agierte. Andreas Förster beschreibt das Versagen der Behörden unter anderem an der »Karriere des Topspitzels Tino Brandt«, der »Geheimoperation Rennsteig« oder den antikommunistischen Nazi-Seilschaften in den Geheimdiensten nach 1945. Es wird deutlich, dass die Behörden bei den Ermittlungen gegen Neonazis und rechte Gewalt versagten - oder nichts tun wollten. Bei der politischen Bewertung der Rolle von Staat und Geheimdiensten halten sich Röpke und Speit zurück. Das ist angesichts überschäumender und unbewiesener Theorien - die im Fall des NSU vor allem von rechts, aber mittlerweile auch von linken AutorInnen zusammengeschustert werden - angenehm. Das Buch liefert Fakten; Bewertungen vorzunehmen und Fragen zu stellen, das überlassen die AutorInnen den LeserInnen.

*Andrea Röpke, Andreas Speit (Hg.): Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland. Berlin: Ch. Links Verlag, 2013, 288 Seiten, 19,90 Euro.*

## ›Lesarten‹

von Jens Breuer

Ein anspruchsvolles Unterfangen ist es, die »Junge Freiheit« (JF) mit der Monatszeitung »Deutsche Stimme« (DS) zu vergleichen: Die 1986 gegründete JF erscheint seit 1994 wöchentlich. Derzeit hat sie einen Umfang von 24 Seiten, in den letzten zwanzig Jahren sind so mehr als 20.000 Seiten bedruckt worden. Die DS besteht seit 1976, sie erscheint monatlich. Das heutige Format ist jedoch nicht mit dem von früher vergleichbar. In der ›Ära‹ von Parteichef Udo Voigt ist sie kontinuierlich ausgebaut worden und umfasst heute 28 Seiten – das macht seit 1996 rund 5.000 Seiten. Hinzu kommt, dass beide Blätter einer unterschiedlichen politischen Ausrichtung folgen. Die JF möchte ein konservatives Medium sein, das Organ einer gemäßigten Rechten. Die DS indes ist die Parteizeitung der NPD und steht politisch im offen neonazistischen Milieu. Trotzdem betont Helmut Kellershohn, der Herausgeber des Sammelbands »Die ›Deutsche Stimme‹ der ›Jungen Freiheit‹«, haben beide Zeitungen eine gemeinsame politische Basis, den völkischen Nationalismus. Neun Beiträge umfasst das Buch, ergänzt um biographische Angaben zu den rechten PublizistInnen. Inhaltlich wenden sich die Aufsätze Einzelfragen zu, fünf vergleichen beide Medien entlang der Diskursfelder Migration, Gender, Geschichtspolitik und Parteien(-kritik) sowie hinsichtlich ihres Antisemitismus. Auch die anderen Texte nehmen Einzelfragestellungen auf, die Grundzüge der NPD-Programmatik, Agitation gegen die EU-Freizügigkeit und Positionen zur deutschen Außenpolitik. Ihre Qualität ist unterschiedlich, das Niveau in der Regel hoch. Allerdings wäre ein weiterer Beitrag zu den gegensätzlichsten Positionen zwischen beiden Zeitungen interessant gewesen. Zwar sind alle Beiträge differenziert, dennoch besteht die Gefahr, die beiden Zeitungen für ›eine Soße‹ zu halten.

Insgesamt ist der Band interessant. Allein die Einleitung von Kellershohn sowie sein Beitrag zum Konservativismusverständnis der JF sind lesenswert. Vergleichbares schreibt derzeit niemand. Das Geld für die Anschaffung des Buches ist gut investiert.

*Helmut Kellershohn (Hg.): Die ›Deutsche Stimme‹ der ›Jungen Freiheit‹. Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten. Münster: Edition DISS / Unrast, 2013, 330 Seiten, 28,00 Euro.*

## Zeugnisse des Unfassbaren

von Annelies Senf

Das Buch erzählt eine Geschichte – eine Geschichte wie sie ergreifender nicht geschrieben werden kann. Es ist die Geschichte des erfolgreichen jüdischen Aufstandes im NS-Vernichtungslager Sobibor im Oktober 1943. Zu Wort kommen vier Überlebende, die als Akteure an dem Aufstand beteiligt waren.

Die Berichte der Akteure erscheinen in dem Buch »Hunderte solcher Helden - Der Aufstand jüdischer Gefangener im NS-Vernichtungslager Sobibor. Berichte, Recherchen und Analysen« erstmals in deutscher Sprache. Der Autorin Franziska Bruder ist es gelungen, durch akribische Recherchearbeit die Originale der Berichte zusammenzustellen und durch Übersetzung aus der russischen, jiddischen und polnischen Sprache den deutschen LeserInnen zugänglich zu machen. Hauptsächlich beruht das Buch auf den Aufzeichnungen des militärischen Anführers des Aufstandes, Aleksandr Petscherski, welcher als Soldat der sowjetischen Armee in die Kriegsgefangenschaft der Nationalsozialisten geriet und aufgrund seiner jüdischen Herkunft nach Sobibor verschickt wurde. Petscherskis erstes Zeugnis des Aufstandes stammt aus dem Jahre 1944. Diesem Original-Maschinenskript folgte 1945 in russischer Sprache die erste Veröffentlichung unter dem Titel »Aufstand im Lager Sobibor«.

Diese Quellengrundlage ergänzt die Autorin mit Berichten dreier weiterer am Aufstand Beteiligter, die diese unter anderem 1944 der »Jüdischen Historischen Kommission« in Polen gaben. Die Fülle an Originalen wird durch Akten des Hagener Strafverfahrens von 1965/66 gegen zwölf SS-Männer aus Sobibor und Akten eines Revisionsverfahrens gegen einen dieser SS-Aufseher angereichert.

Neben der historiographischen Leistung des Buches unterzieht die Autorin die Zeugnisse Petscherskis aus dem Jahre 1945 einer kritischen Analyse der Geschichtsschreibung, indem sie diese mit polnischen, russischen und jiddischen Veröffentlichungen aus den Jahren 1946, 1952 und 1972 vergleicht. Interessant dabei ist, wie die jeweilige Veröffentlichung des Berichts über den Aufstand jüdischer Gefangener dem politischen Klima ihrer Zeit und ihres Ortes angepasst wurde.

Der Autorin ist es gelungen, die Akteure zu den LeserInnen sprechen zu lassen. Die »Helden« dieser unfassbaren Geschichte erhalten eine Stimme und eine Identität, indem sie ihre ganz eigene Geschichte erzählen. Eine Geschichte, die sie ihr Leben lang begleitet hat.

*Franziska Bruder: Hunderte solcher Helden. Der Aufstand jüdischer Gefangener im NS-Vernichtungslager Sobibor. Berichte, Recherchen und Analysen Münster/Hamburg: rat/UNRAST, 2013, 182 Seiten, 16,00 Euro.*

## Von U-Bahnen, Affenlauten und Fußballschlägern

von Sören Frerks

Schnell sind die Schmährufe und Attacken präsent, wenn es um Rassismus und Neonazis im Fußball geht. Ebenso rasch werden sie dementiert oder verharmlost. Was wirklich in den Stadien vor sich geht, das präsentiert Gerrit Hoekman in einer sportlich-politischen Rundreise durch Deutschland und Europa. Bis auf Skandinavien gehören scheinbar überall rassistische Vorfälle zum Wochenendspektakel. Doch wie machen rechte Ultras und Hooligans, Spieler, Trainer und Verbände oder das ganz normale Publikum von sich reden? Das Buch »Die braune Wand – Rechtsradikale Fußballfans in Europa« wirft einen differenzierten Blick auf den Liga-Alltag. Die wohl bekanntesten und berüchtigtsten Hooligans tummeln sich in Russland, »nirgendwo sonst in Europa sind militante, rechtsradikale Fans in der Lage, den Fußball so zu terrorisieren«. In Polen wird ihre Zahl auf 20.000 geschätzt. Ob »Wisla Krakow« oder der Kontrahent »KS Cracovia«, ihre Anhänger verbindet eine ungeheuerliche Brutalität und offener Antisemitismus – dazu gehören Macheten, »Juden ins Gas«-Gesänge oder Transparente mit der Parole »Arbeit macht frei«.

Wenngleich die Zustände in Italien und Spanien weniger prekär sein mögen, auch hier werden Kelten- und Hakenkreuzfahnen geschwenkt. Die Tribünen der italienischen Profiligen gelten als die politischsten in Westeuropa und werden zu zwei Dritteln von Neofaschisten belagert, die Mussolini huldigen oder der »Forza Nuova« nahestehen. In Spanien und Holland hallen die rassistischen und antisemitischen Gesänge aus den Kehlen tausender durchschnittlicher Stadiongänger. Die Liste der Vorfälle, die Hoekmann dokumentiert, ist endlos. Wie in vielen anderen Ländern werden schwarze Fußballer während der Gastspiele bei »Real Madrid« regelmäßig mit Affengebrüll verhöhnt und »Ajax Amsterdam« bekommt auswärts stets »Juden«-Rufe und Zischlaute – wie von ausströmendem Gas – zu hören.

Spieler und Trainer sind ebenso wenig frei von Rassismus. So hat die englische Liga weniger ein Problem mit Neonazis, als durch Skandale auf dem Platz, wo es in den letzten Jahren immer wieder zu rassistischen Vorfällen kam. Und wie im Rest Europas reichen sich in der Bundesrepublik rechte Organisationen und Fußballschläger die Hand. Besonders brenzlig wird die Lage in Aachen, Braunschweig, Chemnitz und Dortmund beschrieben, wo das »U-Bahn«-Lied immer noch zu hören sein soll.

*Gerrit Hoekman: Die braune Wand. Rechtsradikale Fußballfans in Europa. Hamburg, Münster: Unrast Verlag, 2013, 96 Seiten, 7,80 Euro.*

## Geschichte eines Umsteigers

von Jens Breuer

Wann jemand tatsächlich AussteigerIn ist oder einfach nur aus der Szene ›rausgefallen‹ ist, darüber wird schon seit Jahren gestritten – verschärft, seitdem im Münchner NSU-Verfahren ein solcher als Helfer mitangeklagt ist. Stefan Rochow jedoch sieht sich als Aussteiger. Er war in der »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO) und in der NPD aktiv, unter anderem mehrere Jahre Bundesvorsitzender der »Jungen Nationaldemokraten«. Er ist vor Andreas Molau auf Distanz gegangen, der sich im Frühsommer 2012 aus der extremen Rechten verabschiedete. Für die ›Aussteigerbiographie‹ von Rochow verfasste Molau ein nichtssagendes Nachwort – umso interessanter das Geleitwort. Um dieses zu verstehen, muss vorweg geschickt werden, dass der einstige Funktionär Rochow in Folge seiner Konvertierung zum Katholizismus seinen bisherigen Lebensweg revidierte. Doch offenkundig ist er dort nicht bei den Liberalen gelandet. Vorweg zeigt sich Michael Hesemann – der neben vielen Büchern auch eines mit Georg Ratzinger über dessen Bruder, den Papst, verfasst hat – vom Wandel des ›Saulus zum Paulus‹ beeindruckt. Interessant ist, was er zu sagen hat. Gleich zu Anfang beklagt er sich bitterlich über »die deutsche Presse«, die »wieder einmal die katholische Kirche auf Korn genommen« habe und nennt die Diskussion um die Pius-Bruderschaft und den Mißbrauchsskandal. Er hält das für eine Kampagne: »Unschuldige Priester wurden unter Generalverdacht gestellt und natürlich war der Hauptschuldige der Papst«. In dieser Diktion geht es weiter, seitenlang. Es wirft kein gutes Licht auf den ›Aussteiger‹. Auch nicht, dass das Werk im »Gerhard Hess Verlag« erschien, zu dessen Autoren unter anderem der »neu rechte« Felix Menzel zählt. Indes, auf Rochows Weblog kann noch mehr über ihn gelernt werden: Das weit rechts stehenden Magazin »Eigentümlich Frei« (s. drr Nr. 110) erachtet er dort als »eines der besten liberalen Magazine in Deutschland«.

In seinem Buch erfährt der Leser oder die Leserin viel über den persönlichen Werdegang von Rochow aus der Retrospektive. Das ist wie immer mit dem Problem behaftet, dass sich die Erinnerung an ursächliche Beweggründe kontinuierlich im Zeitverlauf verändert. Und Insidergeschichten werden sehr wenige erzählt. Letztlich ist »Gesucht – Geirrt – Gefunden« die Geschichte eines Umsteigers, von einem Glaubensdogma zum anderen.

*Stefan Rochow: Gesucht – Geirrt – Gefunden. Ein NPD-Funktionär findet zu Christus. Bad Schussenried: Gerhard Hess Verlag, 2013, 244 Seiten, 18,90 Euro.*

der rechte rand ist ein Magazin von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 18,- Euro (Inland) mit Lastschriftverfahren,
20,- Euro ohne Lastschriftverfahren
Abo der rechte rand, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift der rechte rand bis auf Widerruf.
Ab der nächsten Ausgabe möchte ich für 6 Ausgaben ein
[ ] Inlandsabo für 18,- Euro
[ ] Auslandsabo für 25,- Euro
[ ] Soli Inlandsabo für 25,- Euro
[ ] Super Soli Inlandsabo für 50,- Euro bestellen.
Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter. Wir verschicken frühzeitig eine E-Mail als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige E-Mail-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der E-Mail-Adresse sind umgehend mitzuteilen.

Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.
Dieses Formular ist nur mit Unterschrift, Adresse (inkl. E-Mail-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an die oben genannte Adresse oder per Mail an: abo@der-rechte-rand.de schicken.
Danke für die Bestellung und viel Spaß beim Lesen.
Redaktion
der rechte rand

Name ____________________ E-Mail-Adresse ________________________
Anschrift ____________________ Unterschrift ________________________

# Photos


Thüringer Staatskanzlei (Seite 3)
Mark Mühlhaus (Seiten 4, 7)
Robert Andreasch (Seite 8)
der rechte rand (Seite 9)
Peter Juelich (Seite 10)
Feine Sahne Fischfilet (Seite 13)
Prof. Dr. Uta Halle (Seite 32)


# Impressum


V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Herausgeber: Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr. 16, 30161 Hannover

Postanschrift und Aboverwaltung:
Magazin der rechte Rand
Postfach 304180, 20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Interdruck Berger und Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.